

GrKo22

Balancen

Zehnter Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 4. November 2022

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

GrKo22

Balancen

Zehnter Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 4. November 2022

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich),
Monika Berghäuser, Alla Stoll

Texte

Alexander Gemeinhardt, Marilena Geugjes, Anselm Hager,
Christopher Hamich, Roger Häußling, Michael Koepe,
Peter Lonitz, Kirsten Mensch, Luca Müller, Désirée Nothnagel,
Laura Pauli, Michelle Pfeiffer, Caroline Y. Robertson-von Trotha,
Ulrike Röttger, Rolf Schnauer, Stefan Selke,
Tatiana Soto Bermudez, Luise Spieker, Ursula Stein,
Vanessa Strickstroock, Peter F. Titzmann, Anna-Lena Treitz,
Caroline Walter, Dennis Weis

Fotografie

Julia Wisswesser, Darmstadt

Satz

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-59-9



Dezember 2022





Inhaltsverzeichnis

1

7 Einleitung

2

15 Programm

3

21 Prolog

4

23 Dialog-Runden

5

27 Impulse

6

39 Dialog-Cafés

7

89 Epilog

8

93 Biogramme der Teilnehmenden

9

117 Wahl zum Kleinen Konvent

Weiter so

Etwas Besonderes ist er schon für uns als Schader-Stiftung: Der zehnte Große Konvent. Noch keine wirklich große Zahl, aber manifestes Zeichen, dass und wie der Große Konvent seine Funktion erfüllt. Als Seismograph, als Relaisstation, als Kommunikationsplattform, als Inkubator – nur einige der Zuschreibungen von außen, die uns zu diesem kleinen Jubiläum erreichten. Natürlich freuen wir uns, wenn es dann heißt „Macht weiter so!“ oder auch bei Absagen „Nächstes Mal bin ich wieder dabei – wenn denn wieder ein Konvent stattfindet.“ Beides sind gute Worte mit kleinen Tücken. Denn ob ein Konvent stattfindet, ist keine Entscheidung des Wissenschaftlichen Kollegiums oder des Kleinen Konvents als Wissenschaftlichem Beirat, sondern satzungsgemäß vorgegeben. In § 11 der Satzung vom 30. November 2013 heißt es: „Der Große Konvent ist das zentrale Beratungsgremium der Stiftung und trifft sich einmal jährlich zu einer Arbeitstagung im Stiftungszentrum.“ Und weiter zur Zusammensetzung: „Dem Großen Konvent gehören Persönlichkeiten aus stiftungszweckrelevanten Wissenschaftsdisziplinen, aus dem Wissenschaftsmanagement, der Angewandten Wissenschaft und aus der Praxis an.“ Wir sind also nicht frei, *ob*, sondern lediglich *wie* wir einladen und den Großen Konvent gestalten. Das ist die Tücke des *weiter so*. Erst recht in krisenhaften Zeiten, die uns ganz unmittelbar betreffen wie die ökologischen Krisen und die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch mit dem Blick auf die Wiederkehr des Krieges in Europa. Doch der Reihe nach.

Prolog, oder: Wie alles begann

Am Anfang des Großen Konvents stand eben diese Frage des *weiter so*. 2010 hatte die Schader-Stiftung den großen Wurf ihres Stifters umsetzen können, präziser: Der Stifter hatte seinen großen Wurf umsetzen können und das Schader-Forum wurde eröffnet – als Zentrum des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Gegenüber dem langjährigen Wohn- und Arbeitshaus des Stifters, das wir heute als Haus Schader in seiner Gesamtheit nutzen mit besonderen Tagungsräumen, Büros, der Schader-Galerie und der Residence für Fellowships, zuletzt im Sommer 2022 durch die Geographin Angelina Göb vom Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt / Teilinstitut Hannover. Das Schader-Forum sollte ein Ort werden „an dem Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler ein- und ausgehen und es als ihre Ressource begreifen“, so Alois Schader. Genau mit der Umsetzung dieses elementaren Auftrags einer bis dato in dezentralen Projekten erfolgreichen Stiftung sahen wir uns 2013 konfrontiert, dem Jahr, in dem die Stiftung ihr 25. Jubiläum feiern sollte.

Ein Motto für dieses 25. Jubiläum gab es nicht, wohl aber ein Nicht-Motto: *weiter so*. Und auf diese Weise entstand der Wunsch nach einem ganz besonderen Geburtstagsgeschenk. Personen und Institutionen, die der Stiftung bereits verbunden waren oder die wir als künftig relevante Akteure identifizieren konnten, luden wir am 29. November 2013 zu einem Fachkongress ein: „25 Jahre Schader-Stiftung. Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis“. Die Grundstruktur aus impulsgebenden Keynotes, aus Fachlichkeit, vor allem aber Zeit und Raum für den direkten Dialog findet sich nach wie vor. Der Anspruch, ein solches Jubiläum nicht in einem reinen Festakt, sondern einer Arbeitstagung aufgehen zu lassen, ist grundlegend für die Kultur der Stiftung – wobei anschließend auch gefeiert wurde, mit einem Empfang, gutem Essen und Jazz, soviel zu sagen ist Chronistenpflicht.



Nicht mehr oder weniger als die eigene Zukunft legte die Stiftung also in die Hände derer, die sie fördern wollte. In der Einladung hieß es: „Der Kongress stellt damit eine beratende Fachtagung dar, die die Stiftung dabei unterstützen soll, ihre inhaltlichen Schwerpunkte der nächsten Jahre zu finden. Ausgangspunkt wird die Analyse des Status quo des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis sein. Dazu gilt es zum einen herauszufinden, was – aus Sicht der Gesellschaftswissenschaften – in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gesellschaftlich besonders relevante Aufgabenstellungen sind. Zum anderen sollen die Punkte identifiziert werden, an denen die Gesellschaftswissenschaften zur Bearbeitung dieser Aufgabenstellungen einen wichtigen Beitrag leisten können. Dadurch können Themen formuliert werden, in denen sich die Stiftung mit ihrem Dialogauftrag in Zukunft sinnvoll engagieren kann.“ (<https://www.schader-stiftung.de/fachkongress25>) Schon damals lag die Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation ganz entscheidend in den Händen des wissenschaftlichen Kollegiums, das mit den Jahren den Konvent als Herausforderung und Chance annahm, die jeweiligen Themenschwerpunkte in den Diskurs zu bringen, sich anregen zu lassen, neue Kontakte zu knüpfen und Perspektiven einzuholen, für die an anderer Stelle kein Raum gewesen wäre. Das Team der Stiftung insgesamt hat Jahr für Jahr an der Durchführung gefeilt und unterstützt mit wortwörtlich allen Mitarbeitenden diese zentrale Tagung vorbildlich.

Zur historischen Ehrlichkeit anlässlich des kleinen zehnjährigen Jubiläums gehört es zuzugeben, dass seinerzeit die ganze Stiftung gespannt darauf war, ob dieses Konzept wohl gelingen würde. Und so hatte der Unterzeichnete zwei Entwürfe eines Dankeswortes zum Abschied geschrieben. Das erste begann mit „Vielen Dank für diese einmalige Veranstaltung zum 25-jährigen Jubiläum!“ Nach kurzer Absprache mit dem Stifter und mit dem Vorsitzenden des neu konstituierten Stiftungsrats, Joachim-Felix Leonhard, kam der zweite Entwurf zum Einsatz: „Vielen Dank für diesen ersten Großen Konvent der Schader-Stiftung. Wir laden Sie schon jetzt herzlich ein zum zweiten Großen Konvent zum Thema ‚Nachhaltigkeit im Dialog‘ am 14. November 2014.“ Die Keynotes sollten der damalige Direktor des Wuppertal Instituts, Uwe Schneidewind, und die Schader-Preisträgerin Gesine Schwan halten. Sie legten den Grundstein für den starken Bereich Nachhaltige Entwicklung, der zum siebten Themenschwerpunkt der Schader-Stiftung wurde.

Dem ersten Konvent am Freitag, 29. November 2013, folgte die konstituierende Sitzung des Senats am Samstag danach, dem exakten Gründungsdatum der Stiftung. Dort unterzeichnete Alois Schader genau 25 Jahre nach der Stiftungsgründung die novellierte Satzung, nach der die Stiftung – unter minimalen Anpassungen – seit-

dem operiert. Umso größer ist die Freude, dass unser Stifter auch am zehnten Großen Konvent teilnehmen konnte. Wenige Tage zuvor wurde ihm für sein Lebenswerk und gesellschaftliches Engagement das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen, „in Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste“. Diese Ehre, die auch auf die Stiftung ausstrahlt, spiegelt wie vorangegangene Auszeichnungen die Wahrnehmung dieser großartigen Stiftungsidee und den Weitblick der Stiftungsgründung. Die erwähnte Satzung wird dieser Stiftung erhalten bleiben, nachdem Alois Schader die Stiftung zwar noch begleitet, aber keine formale Funktion mehr ausübt. Gerade deshalb ist der zehnte Große Konvent beides – ebenso besonders wie normal. Ganz im Sinne des GrKo21 eben kontinuierlich *Normalität als Experiment*.

Nicht ganz ohne Liberté – Égalité – Solidarité

Das ist vielen aufgefallen: „Liberté – Égalité – Solidarité. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Stresstest“ wurde zwar als Konventsthema 2022 ausgerufen und hat dieses Jahr durchaus geprägt und begleitet: von der Akzentuierung des oben erwähnten Fellowships in der Schader-Residence über ökonomische Themen im Monetären Workshop, der nunmehr eine feste Beheimatung in der Schader-Stiftung gefunden hat, aber auch im abschließenden Projektjahr „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“, dem Verbundprojekt der Hochschule Darmstadt aus der Bund-Länder-Initiative „Innovative Hochschule“, in dem die Schader-Stiftung fünf Jahre lang den Dialog mit der Praxis organisiert hat. Hierzu steht mittlerweile eine eigene Dokumentation zur Verfügung. Aber auch im 2022 neu aufgelegten Projekt „Kultur leben. Vielfalt und Integrationspotenziale in Rhein-Main und Hessen“ ist die Perspektive „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ mit den nach Deutschland eingewanderten kulturellen Narrativen stil- und sinngebendes Element – und erinnert an das Konventsthema 2017: *Definiere Deutschland!* Nicht zuletzt prägt diese Denkfigur auch die 2023, nun unter Förderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, im fünften Jahr neu aufgelegten Darmstädter Tage der Transformation.

Aber wo bleibt der Konvent zu *Liberté – Égalité – Solidarité*? Im Zuge der Vorbereitung des GrKo22 waren sich Wissenschaftliches Kollegium und Kleiner Konvent einig, dass die Wirkungslogik der Themen sich über die Jahre verändert hat. Schlossen sie anfangs die thematische Fokussierung eines Jahres ab, sind die Impulse aus der Konventstagung mittlerweile so prägend, dass sie ins neue Jahr hineinreichen. Und da sich – zumindest nach Wolf Biermann – nur treu bleibt, wer sich ändert, eröffnet ab sofort der GrKo das neue Konventsthema. Deshalb: *Balancen*.

Balancen

Der Konvent beginnt seit Jahren mit einem Prolog. So hatte auch in diesem Jahr Anna-Lena Treitz in bewährter Weise vier Persönlichkeiten getroffen, die Spezialist*innen für Balancen sind; den Psychiater, die Triathletin, den Richter und die Soziologin – der Prolog-Film steht online für Sie bereit. Ein wenig gespannt waren wir in der Tat, wie der Konvent nach zwei durch die Digitale Dependence geprägten Jahrestagungen sich wieder in der Präsenz einschwingt. Auch aus diesem Grund war es ein großes Anliegen, nicht ins *weiter so* zu verfallen, sondern aufzuhorchen, was wir aus den zwei Pandemie-Jahren gelernt haben und was der Konvent eigentlich sein soll: Eine Un-Konferenz der Begegnung auf Augenhöhe und der Offenheit für diametral andere Perspektiven. Da im 10. Großen Konvent noch die „Normalität als Experiment“ des vergangenen Jahres nachklingt, waren sich das Wissenschaftliche Kollegium und der Kleine Konvent einig, das Format etwas anzupassen und noch mehr Begegnungs- und Gesprächsmöglichkeiten zu schaffen. *Ein erster und ein zweiter Dialog* eröffneten nach einer kurzen Einführung den Tag: *Ihre Balancen*. Die Teilnehmenden hatten wir vorab kleinen Gruppen zugeordnet und eingeladen, ohne Moderation oder Vorgaben miteinander über ihre individuellen und professionellen Zugänge zum Thema ins Gespräch zu kommen; an Stehtischen auf Freiflächen des Schader-Forums in einer

halben Stunde Gespräch neue Menschen kennenlernen und von ihren Ideen erfahren, anschließend für die zweite Runde zu neuen Gesprächsgruppen formieren. Und nicht ganz unerwartet trafen sich manche, die sich über das Relais Schader-Stiftung bereits wahrgenommen hatten; aus dem Podcast „In guter Gesellschaft“ oder dem *schaderblog*. Durch Ausschreibungen zu Projekten und Veranstaltungen oder Beiträgen im Schader-Dialog. Jede*r hat das bereits erlebt; mal kennt man den Namen, mal kann man die Funktion zuordnen und es mag sein, dass auch die fachliche Qualifikation des Gegenübers schlicht Sympathien oder Neugier weckt und sich daraus neue Kontakte ergeben. Da wir bereits vorab online Themenvorschläge und Anregungen abgefragt hatten, kamen auch viele ungewöhnliche, unkonventionelle und wortwörtlich im positivsten Sinne abwegige Ideen zur Sprache.

Erst nach dem Lunch haben wir Impulse gesetzt. Über das *Aufrecht bleiben* sprach Michael Koepe. Der Arzt führte mit einem körperpraktischen Impuls mittels Qi Gong in die Wahrnehmung des Körpers und die Funktionalität körpereigener Balancen ein. Das langjährige Mitglied des Kleinen Konvents Stefan Selke, Soziologe aus Furtwangen, erschloss das Thema Balancen unter dem Stichwort *Gerecht werden* in seiner sozialwissenschaftlichen Breite. In seinem jüngsten Buch „Wunschland. Von irdischen Utopien zu Weltraumkolonien. Eine Reise in die Zukunft unserer Gesellschaft“ finden sich nicht nur Bezüge zur aktuellen gemeinsamen Arbeit im Stiftungs-Projekt „Das neue Weltraumzeitalter“, sondern in seiner Danksagung auch der explizite Hinweis auf die Verknüpfung dieser Ideen mit der Stiftung. Die Dialog-Cafés widmeten sich Emotionen, Krisen, Ungleichheit, Arbeit, Aushandlungen und Gleichwertigkeit – Zugänge von Vielfalt bis Nachhaltige Entwicklung, von Governance bis Kultur. Ein Epilog schloss den Konvent. Ursula Stein, gerade wiedergewähltes Mitglied des Kleinen Konvents, brachte aktuelle Fragen aus den Dialog-Cafés noch einmal zur Sprache und ließ die Teilnehmenden in soziometrischen Aufstellungen ihre Positionierungen und Einsichten ausbalancieren.

Selten hat ein Konventsthema so viel Resonanz im Vorfeld ausgelöst. Die Anregung, sich mit Ideen und Anregungen online zu beteiligen, wurde gut angenommen und spiegelt sich auch in der thematischen Ausgestaltung. Und nie zuvor sind wir mit so vielen Bildern und Assoziationen konfrontiert worden, die unsere „Balancen“ ausgelöst haben. Ein Thema, das offensichtlich kognitiv wie emotional anregend ist und die Angebote der Schader-Stiftung im Jahr 2023 strukturieren und fokussieren hilft.

Da waren die unvermittelten Bilder: die Wippen im Kopf, Surf-Boards und Klettersteige, Seiltänze und Jonglagen, Zehenspitzen und Yoga. Zu diesem Kopfkino gesellten sich Balancen im bedachten Schreiben, in ausgewogener Recherche, dem und den gerechten Werten und Worten, im sensiblen Sprechen und in den täglichen Begegnungen. Und dann die vermittelten und durchdachten Bilder der Balancen zwischen Einkommens- und Bildungschancen, zwischen Selbstverwirklichung in individueller Freiheit und Verantwortung für das Gemeinwesen, erst recht für die ökologische Balance des Planeten, immer wieder furchtbar aktuell die Balance zwischen einem gerechten Frieden und der Realität des Kriegs, zwischen dem guten Willen um diplomatische Lösungen und realer Sicherheitspolitik, immer wieder zwischen Freiheit und Verantwortung. Und wir als wissenschaftsfördernde Stiftung haben natürlich *die* Anregungen besonders aufmerksam registriert, die Balancen zwischen Forschung, Lehre, Dritter Mission, Grundlagenforschung und Anwendung, normativer und empirischer Wissenschaft identifizieren, aber auch die gesellschaftliche Wahrnehmung von Wissenschaft im Blick behalten. Auch ob Balance an und für sich ein gesellschaftliches Ziel sein sollte, wurde kritisch angefragt und im Laufe des Konvents diskutiert. Ob Disbalancen hingenommen werden dürfen, ist ebenso drängend anzusprechen. Entgegen dem Volksmund muss die Wahrheit eben nicht immer „irgendwo in der Mitte“ liegen. Ein weites Feld, das mit dem Konvent erst ein Stück weit für höchst relevante Dialoge eröffnet werden konnte.

Noch ein Jubiläum: 25 Jahre Wissenschaftsstadt Darmstadt

Vor fünfundzwanzig Jahren wurde die Stadt Darmstadt offiziell zur „Wissenschaftsstadt“. Die Entwicklung der Schader-Stiftung ist damit nicht parallel verknüpft, aber auch nicht ohne die daraus entstandene Dynamik in ihrer heutigen Form denkbar. Das akademische Sozietop mit der ökonomisch diversen Stadt und der sozial und ökologisch wachen Bevölkerung hat uns erst das Umfeld geschaffen, hier und darüber hinaus die eigene Arbeit zu entfalten. Dass wir den Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt im Februar 2014 initiierten, seitdem auch namens des Oberbürgermeisters und der Präsidentin der Technischen Universität einladen und die regelmäßig zweimal jährlich anwesenden Leitungen der wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und führenden forschenden Unternehmen moderieren dürfen, ist Ehre und Ansporn zugleich. In diesem Sinne war es ein besonders schöner Moment, als der Schader-Stiftung anlässlich des Großen Konvents von der Wissenschaftsstadt Darmstadt ein „Wissenspunkt“ überreicht wurde – als sichtbares Zeichen der Verbundenheit.

Die Schader-Stiftung ist in diesem Gefüge der Wissenschaftsstadt eine Konstante und bleibt doch intern in guter Bewegung. Verantwortung für eine langfristige Institution bedeutet auch, die *Checks and Balances* der Satzung personell umzusetzen, dazu gehört die Wahl des Kleinen Konvents als Wissenschaftlichem Beirat, die dem Großen Konvent obliegt. In diesem Jahr standen ausschließlich Wiederwahlen an – bei sechs Jahren Höchstdauer des Mandats ist dies eher die Ausnahme, wenn auch eine sehr angenehme. Die Wahl ist in diesem Band dokumentiert, wir freuen uns, dass uns der Soziologe Roger Häußling (Aachen), die Stadtplanerin Ursula Stein (Frankfurt am Main) und der Psychologe Peter F. Titzmann (Hannover) weiter begleiten werden, gemeinsam mit den im letzten Jahr wiedergewählten Konventsmitgliedern, dem Politikwissenschaftler Anselm Hager (Berlin), der Kulturwissenschaftlerin Caroline Y. Robertson-von Trotha (Karlsruhe) und der Kommunikationswissenschaftlerin Ulrike Röttger (Münster), dazu als kooptiertes Mitglied der nächsten akademischen Generation die Politikwissenschaftlerin Marilena Geugjes (Wiesbaden).

Zu danken ist an dieser Stelle auch denjenigen Mitgliedern des Stiftungsrats, die nach acht Jahren aus dem Amt geschieden sind. Zuallererst der Stiftungsratsleitung: Rudolf Kriszeleit gab im Zuge der oben erwähnten Neuformation der Gremien noch als scheidender Hessischer Staatssekretär der Justiz seine Zusage für den sich konstituierenden Stiftungsrat neuer Prägung ab und trat Anfang 2014 unmittelbar in das Amt als Stellvertreter ein, seit 2016 stand er dem Stiftungsrat bis Mai 2022 vor. Ebenfalls seit 2014 war die frühere hessische Kultusministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Karin Wolff Mitglied im Stiftungsrat, seit 2018 als stellvertretende Vorsitzende. Unter ihrer Führung und Moderation konnte die Stiftung sich auch in jüngerer Zeit gut für die Zukunft aufstellen, beide begleiten die Stiftung an verschiedenen Punkten nach wie vor engagiert weiter. Die Stiftungsratsleitung nehmen seit Mai 2022 Andrea Bartl und Philipp Thoma wahr. Sie erfahrene Stiftungskollegin, seit 2017 Kaufmännische Geschäftsführerin der Stiftung Lesen in Mainz, er Bürgermeister der Gemeinde Fischbachtal im Odenwald und damit Bindeglied in den für die Stiftung so wichtigen ländlichen Raum.

Gleichzeitig mit dem Abschied der Stiftungsrät*innen Thomas Hain (Frankfurt am Main), Birgitta Wolff (Frankfurt am Main, nun Wuppertal) und Brigitte Zypries (Darmstadt und Berlin) traten der Geschäftsführer der Kommunikationsagentur LaMina, Heiko Depner, die Präsidentin des Verwaltungsgerichts Darmstadt, Dagmar Rechenbach, der Geschäftsführer des Regionalparks Rhein Main, Kjell Schmidt, und die Vorständin der Darmstädter Bauverein AG, Sybille Wegerich, ihr Amt an. Alle neuen Stiftungsrät*innen sind der Schader-Stiftung schon über Jahre aktiv verbunden, so dass wir die Aufsicht und strategische Führung in besten Händen sehen.

Der Senat der Stiftung wurde in einer pandemiebedingt verschobenen Doppel-Preisverleihung mit dem Soziologen Armin Nassehi (München) und der Philosophin Lisa Herzog (Groningen) komplettiert, dafür schieden turnusgemäß die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Jutta Allmendinger, und die damalige Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Straßburg), Angelika Nußberger, aus. Beide waren immer wieder auf dem Schader-Campus, wir freuen uns auf viele Wiedersehen.

Epilog und vier Abschiede

Und auch im Team der Stiftung gibt es Veränderungen – diesmal betreffen sie gleich vier Personen, die mit dem Großen Konvent besonders verbunden und deshalb in diesem Jahr ganz ausdrücklich zu erwähnen sind. Zum Jahresende geht Peter Lonitz in den Vorruhestand, der über 25 Jahre vielfältige Aufgaben im Bereich der Pressearbeit und des Projektmanagements wahrgenommen hat und in den ersten Jahren intensiv am Konvent mitgearbeitet hat. Im Hintergrund war Alla Stoll als Assistentin des Vorstands 23 Jahre lang Garant für Struktur und Präzision – und immer ein erstes freundliches Gesicht der Stiftung nach außen. Ihr wünschen wir ebensoviel Glück und Erfolg bei neuen Aufgaben wie Johanna Lanio, die, 2019 als Praktikantin zu uns gestoßen, in den vergangenen Jahren das Projektmanagement ganz wesentlich weiterentwickelt hat. Beide werden uns im Laufe des neuen Jahres verlassen, ebenso wie Anna-Lena Treitz, seit 2018 Studentische Mitarbeiterin und vorrangig Mitarbeiterin der Konvente. Das wichtigste Projekt der Stiftung, der satzungsgemäße Große Konvent, unterliegt der Federführung der jüngsten Wissenschaftlichen Mitarbeiterin. Anna Treitz hat nicht nur die Prolog-Filme in der heutigen Form entwickelt und betreut, sie hat es verstanden, dieses komplexe Vorhaben, an dem die gesamte Stiftung beteiligt ist, im Blick zu behalten.

Das Team der Schader-Stiftung wandelt immer wieder sein Gesicht, wir sind stolz darauf, junge Kolleg*innen ein Stück weit begleiten zu können und freuen uns mit ihnen, wenn sie in gute neue Funktionen wechseln. Auch hier gilt es, Balancen zu wahren – zwischen dem Gedächtnis der Stiftung und dem Institutionswissen, aber auch den neuen Anforderungen und Ideen. Wir gehen in das 35. Jahr der Stiftung. Diese ersten Jahrzehnte sollten, wünschen wir uns, nur ein Prolog sein zu einer langen Stiftungsarbeit zugunsten des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Die zehn Jahre des Großen Konvents sind dafür ein Meilenstein und immer auf die Weiterentwicklung ausgelegt. Deshalb ist der Beitrag der Kolleg*innen so wichtig, die „ihre“ Themen in den Berichten aus den Dialog-Cafés weitertragen und fruchtbar werden lassen für kommende Aufgaben. Es ist für uns ein Privileg, in dieser Freiheit und Verantwortung arbeiten zu können.

Vieles aus der Ausschreibung des ersten Großen Konvents ist aktuell wie nie. Die letzte Frage der Einladung zum offenen Dialog lautete seinerzeit: „An welchen Punkten wartet die Gesellschaft auf Lösungsbeiträge der Gesellschaftswissenschaften?“ Frage und Antwort in jedem Sinn Raum zu geben, das begleitet uns auch im kommenden Konventsjahr. Und wenn Sie uns dabei auch weiter begleiten, sind wir optimistisch unterwegs!



Alexander Gemehinhardt
Geschäftsführender Vorstand
Direktor der Schader-Stiftung

- 10:30 – 10:40 Uhr **Begrüßung**
Alexander Gemeinhardt
Vorstand der Schader-Stiftung
- 10:40 – 11:00 Uhr **Prolog**
„Balancen“ – Vier Perspektiven
- 11:00 – 11:30 Uhr **Ihre Balancen: Ein erster Dialog**
- 11:30 – 12:00 Uhr **Ihre Balancen: Ein zweiter Dialog**
- 12:00 – 12:15 Uhr **Wahlen zum Kleinen Konvent**
Erläuterung des Verfahrens
- 12:15 – 13:15 Uhr Mittagessen
- 13:15 – 14:15 Uhr **Dialog-Cafés | Session 1**
- Dialog-Café 1.1 Weniger Rationalität?**
Prof. Alberto Acosta Espinosa, ehem. Präsident der Verfassunggebenden Versammlung Ecuadors
Kopf oder Herz? Lösen wir mit dem Einsatz von Logik und Rationalität die Probleme unserer Zeit: von Klimawandel über militärische Konflikte bis hin zur globalen sozialen Ungleichheit? Oder wäre ein Weniger an Rationalität angemessen? Braucht es eine sinnlichere Herangehensweise? Indigene Werte und Vorstellungen setzen auf ein Zusammenspiel von Erfahrungsschätzen, lokalem Wissen und spirituellen Zugängen. Verspricht das Konzept des „Buen Vivir“ einen angemesseneren Umgang mit Umwelt und Mitmenschen?
- Dialog-Café 2.1 Prävention der Polykrise**
Jun.-Prof. Dr. Ulrike Zeigermann, Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Biodiversitätskrise, Klimakrise, Wirtschaftskrise, Energiekrise, humanitäre Krisen – die Welt ist mit zahlreichen parallel stattfindenden Krisen konfrontiert, die immer öfter ineinandergreifen und sich gegenseitig verstärken. Um diese Polykrise zu bekämpfen, sollten einzelne Systemrisiken wie Pandemien oder Kriege nicht isoliert betrachtet werden. Stattdessen müssen deren lokale und globale Zusammenhänge sowie wechselseitige Abhängigkeiten stärker übergreifend untersucht werden. Wie sieht ein globales Krisenmanagement aus? Wie können Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft dazu beitragen?
- Dialog-Café 3.1 Kulturgerechtigkeit**
Cora Maria Malik, Kulturhaus Karlstorbahnhof e.V., Heidelberg
*Kultur ist seit jeher ein Konstrukt, dem Betrachter*innen subjektiv Bedeutung zumessen. Oftmals wird sie als Distinktionsmerkmal genutzt, um sich gesellschaftlich abzusetzen. Hochkultur bleibt in ihrer Blase, Kulturzugang allgemein war und ist eine Klassenfrage. Doch wer entscheidet in den Kulturinstitutionen über Themen wie Besetzung und Programmgestaltung? Wer erhält Fördermittel? Vor allem dann, wenn vermeintliche Nischen, die vielerorts den Zugang zum Kulturbetrieb bieten können, weitgehend unbeachtet auf kleineren Bühnen verbleiben. Wie kann diesem Ungleichgewicht und der daraus resultierenden unzureichenden Kulturgerechtigkeit begegnet werden?*

Dialog-Café 4.1 Work versus Life?

Beatriz Casas González, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V., München

Eine gesunde Work-Life-Balance gilt gemeinhin als Schlüssel für beruflichen und privaten Erfolg. Die Prinzipien der Leistungsgesellschaft dominieren in modernen Gesellschaften nicht nur die Arbeitswelt, auch im Privaten sind Maximen wie leistungsbezogene Effizienz und Beschleunigung tonangebend. Wie stehen (Erwerbs-)Arbeit und Leben in einem auf Profitmaximierung basierenden System zueinander? Welche Widersprüche und Ungleichgewichte prägen dieses Verhältnis? Ist es nicht generell paradox, Leben und Arbeit gegeneinander auszutarieren, obwohl sie ganz unweigerlich miteinander verwoben sind? Könnten Modelle wie das bedingungslose Grundeinkommen das System neu denken?

Dialog-Café 5.1 Die Weisheit der Vielen – gemeinsam getragene Entscheidungen

Tim Weinert, nowwork: Werkstatt für kooperative Organisationen, Stuttgart

Unsere derzeitige Antwort auf Verteilungskämpfe und Meinungsverschiedenheiten sind Mehrheitsabstimmungen in demokratischen Systemen. Neben großen Erfolgen im Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen gibt es auch Nachteile: Mehrheitsabstimmungen basieren auf einem Sieger-Verlierer-Prinzip. Die Minderheitsmeinung muss nicht zwangsläufig im weiteren Verlauf adressiert werden. Eine Alternative bietet die Methode Systemisches Konsensieren, die wir gemeinsam ausprobieren wollen: Nicht die größtmögliche Zustimmung, sondern die konstruktive Arbeit mit Widerständen steht im Mittelpunkt.

Dialog-Café 6.1 Das Ende der Natur?

Dr. Ana Honnacker, Hochschule für Philosophie München

Was heißt es, im Anthropozän zu leben? Wir stellen fest, dass der Mensch in nie zuvor da gewesenem Ausmaß die Natur beeinflusst. Insbesondere der Klimawandel ist eine spürbare Folge des Eingreifens in natürliche Prozesse. Trotz dieses vermeintlichen „Endes der Natur“ beherrscht der Mensch seine Umwelt nicht. Vielmehr muss er sich neu zu ihr ins Verhältnis setzen. Darin liegt eine Herausforderung, die viele Fragen aufwirft. Wie stehen der Mensch und die Natur zueinander: Können oder sollten beide gleichberechtigt sein? Welches sind die Konsequenzen, wenn wir Natur und Mensch gleichwertig behandeln?

14:15 – 14:45 Uhr

Pause

14:45 – 15:30 Uhr

Impulse

„Aufrecht bleiben“

Dr. med. Michael Koepe, Qi Gong Schule Bergstraße

„Gerecht werden“

Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Gesamtmoderation: *Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, KIT-Distinguished Senior Fellow, Sprecherin des Kleinen Konvents*

15:30 – 16:00 Uhr

Pause

16:00 – 17:00 Uhr

Dialog-Cafés | Session 2

Dialog-Café 1.2 Weniger Emotion?

Dr. Lea Stahel, Universität Zürich

Hatespeech, Wutbürger, Neiddebatte: wie viel Emotion verträgt die Demokratie? Ist es Aufgabe der politischen Bildung, Emotionen und Politik zu trennen? Oder ist eine gefühlsfreie Politik ebenso wenig erstrebenswert? Denn das Gegenbild zu rohen Gefühlsentladungen bei Demonstrationen oder im Internet lässt sich in träger Politikverdrossenheit ausmachen. Daher dürfen negative Gefühle wie Hass, Wut und Neid nicht dazu führen, jegliche emotionale Komponente aus Politik und politischer Bildung zu verdrängen.

Dialog-Café 2.2 Klimakrise – Die Bundesregierung im Balanceakt

Jan Peter Schemmel, Öko-Institut e.V., Berlin

*Die Klimakrise wird immer sicht- und greifbarer. Hitze, Dürre, Wassermangel und Naturkatastrophen sind nur einige der Folgen. Deshalb fordern in Deutschland nicht nur Umweltschützer*innen drastische Klimaschutzmaßnahmen von der Bundesregierung, um bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Diese muss, um die notwendige Systemtransformation zu stemmen, einen Balanceakt zwischen ökologisch effektiven, dennoch sozial und wirtschaftlich akzeptablen Maßnahmenbündeln vollbringen. Wie können Regierung und Gesellschaft Balance im Angesicht der Krise bewahren?*

Dialog-Café 3.2 Kulturelle Repräsentation

Yaël Koutouan, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

*Künstlerische Produktionen können Teil eines Ausdrucks oder einer Umwälzung bestehender sozialer Ordnungen sein. Die Kulturbranche kann gesellschaftlich eine Vorreiterrolle einnehmen, um Vorurteile gegenüber marginalisierten Gruppen abzubauen, deren Perspektiven einzubeziehen und ein selbstverständliches Miteinander in der Vielfaltsgesellschaft zu fördern. Doch führt eine höhere Sichtbarkeit unterschiedlicher Biographien zu gesteigerter Wahrnehmung unter Rezipient*innen, die sich mit diesen Positionen identifizieren können? Und wie gelingt die Gratwanderung zwischen einer ausgeglicheneren Repräsentation und Fragen der künstlerischen Freiheit?*

Dialog-Café 4.2 Arbeit vs. familiäre Fürsorge?

Jo Lücke, Initiative Equal Care Day, Bonn/Berlin

Neben Erwerbsarbeit und Freizeit sind oftmals weitere Verpflichtungen und Aufgaben zu erfüllen, zum Beispiel unbezahlte Care-Arbeit. Den Löwenanteil dieser Sorgearbeit übernehmen Frauen – und nach ihrer Berufstätigkeit noch eine zweite Schicht zuhause, ohne Wochenende oder Urlaub. Zur physischen Beanspruchung kommt die kognitive, denn die Last der Verantwortung für die Alltagsorganisation ist enorm – Stichwort „Mental Load“. Wieso gelingt keine gerechtere Balance bei der Verteilung der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern? Wie kann die Gestaltung der Erwerbsarbeit dazu beitragen? Und wie ist eine faire Bewertung der Care-Arbeit zu erreichen?

Dialog-Café 5.2 Intergenerationale Aushandlungen

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, Büro Stein Stadt- und Regionalplanung, Frankfurt am Main

Dr. Michael Rose, Leuphana Universität Lüneburg

Viele der Themen, mit denen sich Politik und Gesellschaft beschäftigen, haben tief einschneidende und langfristige Konsequenzen, deren volle Wirkung erst in nachfolgenden, teils noch nicht lebenden Generationen spürbar wird. Den politischen Diskurs prägt hingegen grundsätzlich eine starke Gegenwartsfokussierung. Können die Bedürfnisse der zukünftigen Generationen in einer Demokratie berücksichtigt werden – und wie? Welche Mechanismen, wie zum Beispiel Ombudspersonen oder Kommissionen für zukünftige Generationen, werden diskutiert und welche Erfahrungen gibt es mit der konkreten Umsetzung?

Dialog-Café 6.2 Rechte der Natur?

Dr. Andreas Gutmann, Universität Bremen

Eine Gleichwertigkeit zwischen Natur und Mensch bringt Fragen zur Umsetzbarkeit mit sich. Wie kann diese Gleichwertigkeit aussehen? Ein erster Ansatz ist die Überzeugung, dass die Natur Trägerin eigener Rechte ist, die gewahrt werden müssen. In zahlreichen Ländern treten Initiativen dafür ein, Rechtsansprüche der Natur zu kodifizieren, wie zum Beispiel in der Verfassung Ecuadors. Wie also gestalten sich die Rechte der Natur? Was bedeutet das für die Verteilungsgerechtigkeit natürlicher Ressourcen, besonders mit Blick auf die Klimakrise? Bedarf es eines radikalen Umdenkens in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit?

17:00 – 17:30 Uhr

Epilog

„Ausbalanciert“ – Ein gemeinsamer Abschluss

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, Büro Stein Stadt- und Regionalplanung,
Frankfurt am Main

ab 17:30 Uhr

Ausklang in Haus Schader

Herzlich Willkommen zu weiteren Begegnungen und Gesprächen bei einem kulinarischen Ausklang in Haus Schader, dem ehemaligen Wohn- und Arbeitsort unseres Stifters – gleich gegenüber dem Schader-Forum.

21 Prolog

Dr. Jürgen Griem, Daniela Blyemehl,

Dr. Katharina Hoppe, Prof. Dr. Dr. Martin Hambrecht

Redaktion: Anna-Lena Treitz



Der Prolog des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2022 steht für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo22 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung.

Zum Einstieg: Ein balancierter Dialog

Der „Jubiläumskonvent“ 2022 – alten Bekannten wird es aufgefallen sein – verfolgte einen etwas anderen als den über mehrere Jahre eingespielten Programmablauf. Eine direkte Einladung zum Kennenlernen erwartete die Teilnehmenden schon am Morgen: Nach der Begrüßung schlossen sich nicht unmittelbar die Keynote-Vorträge zum Thema an, sondern die Gäste verteilten sich, Hinweisen in den Tagungsmappen folgend, im ganzen Haus, um sich zu kleinen Gesprächsrunden zu versammeln. Dahinter standen in der Planung des Großen Konvents vor allem zwei Ideen:

Zum einen waren die Gesprächsrunden ein Versuch, die Idee des Großen Konvents noch ernster zu nehmen: Zur Jahrestagung lädt die Schader-Stiftung ihre Partner*innen aus Wissenschaft und Praxis ein, damit diese tätig werden und der Stiftung einmal im Jahr ihre Stimme zur Beratung schenken. Das gelingt besser, wenn man sich untereinander kennt. Und so fanden sich die Teilnehmenden nun wieder in einem Kreis von Personen, mit denen sie thematisch verbunden sind oder die gerade aus einem anderen Sektor kommen, sodass der Austausch umso gewinnbringender sein kann. Die Vernetzung spielte schon bei den bisherigen Großen Konventen eine entscheidende Rolle und wurde während der pandemiebedingten Verlagerung in die Digitale Dependence schmerzlich vermisst. Da man in Kaffeepausen – aller Offenheit zum Trotz – gerne erstmal bekannte Gesichter ansteuert, wollten wir Menschen zusammenbringen, die sonst vielleicht nicht zusammengefunden hätten. Die Runden – nach einer halben Stunde ergaben sich neue Konstellationen für einen zweiten Durchlauf – waren unmoderiert und verfolgten kein spezielles Thema. Wir wollten allerdings einen Anlass und Rahmen dafür schaffen, neue Verbindungen herzustellen und eine erste Fokussierung auf jene „Balancen“ herzustellen, die jede*r mit sich trägt. Und wir hoffen, dass dieses *Speed-Dating* den Dialog des Tages in diese Richtung bereichern konnte, die Rückmeldungen lassen darauf schließen.

Warum ist es uns so wichtig, dass die Teilnehmenden des Konvents nicht nur besser wissen, *worüber*, sondern auch *mit wem* sie reden? Weil der Konvent eben keine Tagung wie andere ist, sondern konstitutives ordnendes Element der Schader-Stiftung: „Der Große Konvent ist das zentrale Beratungsgremium der Stiftung und trifft sich einmal jährlich zu einer Arbeitstagung im Stiftungszentrum“ heißt es in der Satzung (§ 11,1). Unterstützt durch den Kleinen Konvent, dem aus den Reihen des Großen Konvents gewählten Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung, entsteht das Programm des Großen Konvents. Aber vor allem die Themen und Perspektiven, die die Teilnehmenden immer an einem Freitag im November im Umfeld des Gründungstags der Stiftung mitbringen, sind wichtig. Rund 130 Expert*innen ihres jeweiligen Tätigkeitsfeldes waren es in diesem Jahr 2022, die im Austausch mit Anderen akute gesellschaftliche Herausforderungen benannten, an denen weitergedacht werden muss, diesmal unter dem Konventsthema „Balancen“, das die Stiftung im beginnenden Jahr 2023 besonders prägen wird.

Indem die Mitglieder des Großen Konvents in dieser Weise mitwirken, beraten sie die Schader-Stiftung und schaffen Orientierung für ihre Arbeit. Da alle Aktivität der Schader-Stiftung immer auf Kooperation beruht, ist es elementar, dass die Anregungen nicht nur aus dem Wissenschaftlichen Kollegium oder den Gremien kommen, sondern aus



den Reihen der Nutznießenden der Stiftung; den Gesellschaftswissenschaftler*innen und ihren Praxispartner*innen. Der Verlauf des Konvents und damit wesentliche Ideen werden stets in einer Dokumentation des Tages festgehalten. Dieses schaderrote Buch mit weißer Bauchbinde ist in diesem Jahr vielleicht noch relevanter, da wir durch eine Umstellung des Verfahrens erstmals mit dem Großen Konvent ein Konventsthema beginnen und nicht abschließen. So werden in 2023 die „Balancen“ und all das weiterverfolgt, was Anfang November 2022 zur Debatte stand. Um bereits eine Basis für das zu schaffen, was unsere Partner*innen wirklich diskutieren möchten, konnten die Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen bereits Wochen vor dem Konvent ihre Assoziationen zum Thema „Balancen“ und Bezüge zu ihren Fachgebieten über ein Online-Tool einreichen und haben davon eifrig Gebrauch gemacht.

Der Schader-Stiftung bleibt, Danke zu sagen für viele Anregungen und die Offenheit, den Dialog auch ganz spontan anzunehmen.

- 28 **Gerecht werden. Zukunftsdesign zwischen Panikattacke
und Poesie der Hoffnung**

Prof. Dr. Stefan Selke

- 34 **Aufrecht bleiben. Einheit von Leib und Seele
in praktischer Übung**

Dr. med. Michael Koepe

Der Impuls „Gerecht werden“ steht für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo22 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung. Die Vortragsmanuskripte beider Impulse wurden für die Druckfassung leicht überarbeitet.



Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Gerecht werden

Zukunftsdesign zwischen Panikattacke und Poesie der Hoffnung

Forschung beginnt manchmal an ungewöhnlichen Orten. Vor einiger Zeit begegnete ich in Houston, Texas, einem Astronauten im Aufzug. Dieses ungewöhnliche Treffen blieb nicht folgenlos. Wie Sie wissen, planen Weltraumbegeisterte inzwischen die Besiedlung unseres roten Nachbarplaneten Mars. Wenn aber Mars die *Antwort* ist – und genau das war die Anregung des Astronauten – was war dann eigentlich die *Frage*? Vielleicht diese: Wie wäre es, in einer perfekten Welt zu leben? Egal, ob in zukünftigen Marssiedlungen, in extravaganten Unterwasserstädten, hocheffizienten Smart Cities oder sozial-ökologischen Reformkommunen. Überhaupt – so finde ich – lohnt es sich zu fragen, ob es Menschen auf ihrer Odyssee durch Raum und Zeit auch nur ein einziges Mal gelang, eine bessere, eine gerechtere Welt zu erschaffen. Vorerst können wir nur Folgendes festhalten: Wenn Mars *eine* mögliche Antwort ist – egal wie wahrscheinlich – dann ist die Suche nach einem angemessenen Zukunftsdesign wohl *die* Frage der Stunde.

Das Resultat der Begegnung mit dem Astronauten im Aufzug war eine mehrjährige Recherchereise zu Zivilisationsexperimenten, Menschheitslaboren und Reformprojekten weltweit. Ich wollte mit eigenen Augen sehen, ob es den Pionieren gelungen ist, die eigenen Ideale umzusetzen. Ich wollte erkennen, woran sie gescheitert sind. Und ich wollte festhalten, was daraus zu lernen ist. Vor diesem Hintergrund fragte ich zunächst nach der Rolle von Trost in krisenhaften Zeiten. Danach beleuchtete ich die Funktion von Zukunftsnarrativen im Kontext von Zukunftsdesign. Schlussendlich skizzierte ich eine mögliche „Poesie der Hoffnung“ für die Zeit „nach“ den Krisen.

Formen welthaltigen Trosts in krisenhaften Zeiten

Zunehmend leben wir in individuell, kollektiv und planetarisch erschöpften Gesellschaften. Lebensdienliche Existenzformen haben inzwischen Seltenheitswert. Wir alle kennen unzählige Belastungen und Erschütterungen von A wie Artensterben über D wie Dürresommer, R wie Reichweitenangst, W wie Wohlstandsverlust bis Z wie Zombieunternehmen oder gar Zeitenwende. Seit langem bin ich auf der Suche nach einem Bild für diese Gemengelage, nach einer Metapher. Inzwischen stelle ich es mir so vor: Wir stehen dem „Monster der Bodenlosigkeit“ gegenüber! Im Bild des „Monsters der Bodenlosigkeit“ verbinden sich vielfältige Formen sozialer Desintegration, Pathologien ökonomischer Konkurrenz sowie Folgekosten ökologischer Zerstörung. Unter dem Strich bedeutet *Bodenlosigkeit*, dass es kein Gravitationszentrum

des Sozialen mehr gibt, dass Zukunftsversprechen immer häufiger ins Leere laufen und dass Leben allzu oft in einer großen Enttäuschungserfahrung endet. Gerecht ist das jedenfalls nicht!

Dieses zunächst *entmutigende* Bild unserer Zukunft wird gegenwärtig im Kontext zahlreicher Schwellendebatten und Theorien der Fragilität diskutiert. Aber welches Bild von Zukunft sehen wir jenseits des intellektuellen Feinschliffs? Und wie können wir das bedrückende Unwohlsein *praktisch* auflösen? Können wir der Welt, in der wir leben, überhaupt noch gerecht werden? Den Anderen? Uns selbst?

Wird Zukunft als ständige Bedrohung empfunden, suchen Menschen reflexartig nach der Reset-Taste – denn am liebsten würden sie nochmals ganz von vorne beginnen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es praktische Mittel gegen die allgegenwärtige Resignation und zermürbende Hoffnungslosigkeit gibt sowie Vorbilder, die zum Handeln und Bessermachen anspornen. Ethiker sprechen in diesem Zusammenhang von „welthaltigem“ (mundanem) Trost – also dem genauen Gegenteil jenseitiger Verheißungen, dem Spezialwerkzeug fast aller Religionen.

Alles scheint *gegen* die Hoffnung auf eine bessere Welt zu sprechen und vieles für die völlige Entmutigung. Auf den ersten Blick wirkt die Sehnsucht nach einer gerechteren Welt wie ein aussichtsloses Unterfangen. In einer aktuellen Studie zeigte der ukrainische Soziologe Jewhen Holowacha, dass trotz Leid und Kriegsangst für 70 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer „Hoffnung“ das vorherrschende Gefühl ist. Wie kann das sein? Und was könnten wir daraus lernen? Wie könnte ein allgemeines Zukunftsdesign aussehen, das hilft, Hoffnung auf eine gerechtere Welt zu wecken? Damit komme ich zum zweiten Teil.

Die Rolle von Zukunftsnarrativen für die Planung einer gerechteren Gesellschaft

Alles Mögliche könnte uns die Zukunft kosten. Alles scheint gegen die Hoffnung auf eine bessere Welt zu sprechen und vieles für die völlige Entmutigung. Gesellschaftswissenschaftliche Zeitdiagnosen beschreiben Zukunft deshalb immer wieder als Mangelware. Und zwar deshalb, weil unseren Zukunftserzählungen die notwendige Offenheit verloren gegangen ist. Das ist fatal, denn Narrative beschreiben die Welt nicht nur, sie stellen sie her.

Bei meinen Recherchen zu Zivilisationsexperimenten fiel mir eines besonders auf: Es kommt vor allem darauf an, wie sich Menschen gegenseitig ihre gemeinsame Zukunft erzählen. Im Kontext gesellschaftlicher Transformationen spielen Zukunftsnarrative gegenwärtig sogar eine *zentrale* Rolle: Sie sind keine Illustration, sondern vielmehr die Quintessenz von Veränderungsprozessen. Diese Veränderungsprozesse können auf zweierlei Arten stattfinden:

Erstens „by disaster“, also als Reaktion auf Krisen und Katastrophen, getrieben von Angst vor dem „Monster der Bodenlosigkeit“ und in der Folge reduziert auf eine verkürzte Zukunftsplanung als rein technologiegetriebene Überlebensfrage. Soziale Probleme werden umformuliert oder gar zurückgelassen. Eliten denken sich eskapistische EXIT-Strategien aus, zum Beispiel Überleben in versteckten Bunkerhabitaten oder Unterwasserstädten – wie etwa der japanische Entwurf der sogenannten Ocean Spiral City für 5.000 Privilegierte, die Schutz vor den häufigen Tsunamis bieten soll.

Oder aber „by design“, also als mehrdimensionale politische, öffentliche und zivilgesellschaftliche Gestaltungsaufgabe. *Diese* Art von Zukunftsplanung basiert auf einem *positiven* Wunschbild, das wie ein Regulativ wirkt. Als Beispiel und Platzhalter dient in unserem Kontext die Eröffnungszereemonie des kosmischen Lebenslabors Auroville

in Indien, einem der einflussreichsten Living Labs, in dem Menschen aus mehr als 100 Nationen seit 1968 die Grundlagen der Zivilisation überdenken – und nach diesen Idealen leben.

Wichtig ist, dass die gesellschaftliche Standardeinstellung – also „by disaster“ oder „by design“ – im Kern von der Art unserer Zukunftserzählungen abhängt. In der Transformationsforschung werden in diesem Sinne vier prototypische Zukunftsnarrative unterschieden, die zugleich unterschiedliche Vorstellungen von Gleichgewicht und Gerechtigkeit repräsentieren.

Wird Zukunft als *Dagegen-Narrativ* erzählt, entsteht meist ein reduktionistisches Bild von Wirklichkeit. Klimawandel-Leugner verstopfen die „Wahrheitskanäle“, wie es der Politikwissenschaftler Jonathan Rauch in seinem Werk „The Constitution of Knowledge“ anschaulich beschreibt. Modernisierungsverweigerer fürchten sich davor, ihren Arbeitsplatz an Roboter zu verlieren oder von einer Superintelligenz beherrscht zu werden. Radikal-libertäre und zudem superreiche Eliten planen sogar post-nationale Ersatzstaaten, wie zum Beispiel Peter Thiel, der viel Geld in sogenannte Seasteads investiert, also schwimmende Städte außerhalb nationaler Hoheitsgewässer, auf denen beliebiges Privatrecht gelten wird. Dagegen-Narrative sind meist Abspaltungs-Dystopien, die Privilegien verfestigen, anstatt Solidarität zu fördern. Und wer sich abspaltet, braucht letztendlich *keinerlei* Vorstellung von Gleichgewicht oder Gerechtigkeit. Unserer Zukunft werden wir mit Dagegen-Narrativen allerdings niemals gerecht.

Nächster Versuch: *Quest-Narrative* sind das genaue Gegenteil: Bei diesen Zukunftserzählungen geht es – bildlich gesprochen – um die Suche nach einem verlorenen Schatz, um quasi-religiöse Verheißungen oder Heilsversprechen einer vermeintlich optimierten Lebensform. Quest-Narrative dienen daher meist der Illustration von Techno-Utopien, Gerechtigkeit wird dabei auf eine positivistische Rechenaufgabe im Kontext der Vorstellung eines *labilen* Gleichgewichts reduziert.

So steht beispielsweise das „Venus-Project“ in den USA in der Tradition technoutopischer Machbarkeitsfantasien. Sein Gründer, der autodidaktische Sozial-Architekt Jacques Fresco, versprach einen umfassenden Aktionsplan zur sozialen Sanierung der Welt auf Basis von High-Tech. Zukunft wird dabei ausschließlich als Ingenieursaufgabe verstanden, Gesellschaft wird als Maschine betrachtet und Menschen werden auf konditionierbare Wesen reduziert. In seinem Manifest „Looking Forward“ skizzierte Fresco bereits 1969 eine vollkommen *kybernetische* Gesellschaftsform, in der ein autonom arbeitender Superrechner vom Wetter über die Wirtschaft bis hin zur Regierungsform jeden Aspekt des Daseins optimiert.

Genau diese Zukunftserzählung lebt in den Verheißungen der neuen Digitalen Evangelisten fort, die gegenwärtig meist die Omnipotenz Künstlicher Intelligenz betonen. Hierzu zwei prominente Beispiele: Gurus der Künstlichen Intelligenz wie Ray Kurzweil versprechen die Erlösung von den großen Kränkungen der Menschheit, allem voran die technologische Überwindung unserer biologischen Sterblichkeit. Und der kürzlich verstorbene großartige James Lovelock, Erfinder des Gaia-Konzepts, sah in einer künstlichen Hyperintelligenz sogar den bestmöglichen Hüter des Planeten Erde, den perfekten Schutz vor der menschengemachten Apokalypse.

Diese Techno-Utopien kranken jedoch daran, komplexe gesellschaftliche Herausforderungen auf quantifizierbare Fragen zu reduzieren. Mehr noch: Paradoxerweise verhindert gerade die Flucht ins Technische diejenigen kulturellen und sozialen Innovationen, die unsere Welt spürbar verbessern könnten. Auf diese Weise erzeugen Techno-Utopien erneut Entfremdung, wenngleich diese hübscher verpackt werden

als zu Zeiten der Frühindustrialisierung. Was auch immer uns als Zukunft verkauft wird – von Politikern, Wissenschaftlern oder esoterisch angehauchten Trendforschern – ist meist wenig mehr als die oberflächliche Variation bereits bekannter Trivialitäten. Zukunft wird zur substanzlosen Show, Gesellschaft zum Spektakel.

Damit komme ich zu den beiden zentralen Zukunftsnarrativen: das Anpassungs- und das Aufbruchs-Narrativ. Meine These lautet in diesem Zusammenhang: *Gesellschaftliche Transformation muss scheitern, solange Anpassungs-Narrative unsere Wahrnehmung dominieren und wir uns nicht – endlich – Aufbruchs-Narrativen zuwenden.*

Bei *Anpassungs-Narrativen* stehen meist politische oder ökonomische Zwänge im Mittelpunkt. Unter Unsicherheit werden inkrementelle Verbesserungen eingeführt. Wandel ist daher nur Schritt für Schritt denkbar. Es beginnt bei den vielen popularisierten Selbstoptimierungsprojekten digitaler Selbstvermesser und es endet dort, wo zahlreiche Policy-Paper versuchen, Kriterien für eine „gute KI“ zu definieren, während gleichzeitig die technologische Entwicklung von KI immer rascher voranschreitet. Anpassungs-Narrative kennen zwar Erfolgskriterien für ein definiertes Optimum, was ihnen aber fehlt ist der Kompass für sinnhafte Ziele. Denn nicht Rechenleistung wird die Mangelware des 21. Jahrhunderts sein, sondern Sinnhaftigkeit.

Leider (!) werden Anpassungs-Narrative gegenwärtig sogar als „großartige“ Zukunftserzählung und „eigenständiges gesellschaftliches Projekt“ gefeiert. „Eine Gesellschaft“ so der Soziologe Philipp Staab, „die Anpassung ernsthaft und in einem positiven Sinne zu ihrem Leitmotiv machte, hätte (...) in bisher ungekanntem Ausmaß Ressourcen für die Stabilisierung aufzuwenden.“ Diese aktuelle Einschätzung verdeutlicht prototypisch, wie in Anpassungs-Narrativen die Vorstellung eines *idealen* und zugleich *stabilen* Gleichgewichts wahrnehmungs- und handlungsleitend wird. Von der vielgerühmten „sociological imagination“, also der soziologischen Fantasie einer anderen, einer gerechteren Welt, findet sich in Anpassungs-Narrativen keine Spur mehr. Stattdessen die reine Verwaltung des Stillstands.

Genau *deshalb* plädiere ich dafür, Anpassungs-Narrative weder zu demokratisieren noch im Kontext einer weichgespülten Rhetorik der Resilienz oder gar als vermeintliche Notwendigkeit der Evolution zu institutionalisieren. Denn im Kern sind und bleiben alle Anpassungs-Narrative einem elitären Gerechtigkeitsverständnis verhaftet: Während sich die Mehrheit mühsam durch Verzicht an die neuen Lebensverhältnisse anpassen und sich als resilient erweisen soll, verweigern die Eliten dauerhaft die dringend notwendige Aufgabe ihrer gut behüteten Privilegien – dies gilt übrigens gleichermaßen für das politische, ökonomische wie auch das akademische Feld.

Wenn Angst vor Destabilisierung und Sehnsucht nach dem vermeintlich Normalen die Haupttreiber von Veränderungen sind, wenn also *Anpassungsdruck* sogar von Soziologen als wichtiger erachtet wird als *gesellschaftliche Reformen*, dann kann eine bessere, eine hoffnungsvollere Welt wieder einmal nicht entstehen. Wer Anpassungs-Narrative verbreitet, signalisiert lediglich die Bereitschaft, sich mit dem scheinbar Alternativlosen zu arrangieren. Anpassungserzählungen sind Symbole des Stillstands. Im Kontext mutloser Anpassungs-Narrative werden bloß immer weiter Standardwelten reproduziert. Die Sehnsucht bezieht sich nicht auf den Neuanfang, sondern auf die Verdopplung des Bestehenden. Neues kann so niemals entstehen. Kurz: Anpassung ist stets fantasielos, Anpassung ist das falsche Leitmotiv. Was dann?

Zum Glück gibt es schlussendlich noch *Aufbruchs-Narrative*. Können wir es nicht besser? Mit dieser Frage hielten Utopisten quer durch alle Epochen den Wunsch nach dem Neuanfang lebendig. In der Tat fühlten sich Menschen immer wieder von

ihrer Mehrheitsgesellschaft, von kapitalistischen Unterdrückern, politisch Unfähigen oder kulturell Unterbelichteten entfremdet. Aufbruchs-Narrative zelebrieren deshalb eine kollektive Reise ins Unbekannte, der Weg ist das Ziel. Aus Träumen wurden dann, hin und wieder, konkrete Projekte und greifbare Lebensmodelle. Vor diesem Hintergrund entstanden viele der real-utopischen Projekte, die ich in den letzten Jahren besuchte. Sie alle sind wiederkehrende Versuche, kollektive Störungen zu beheben, explorative Versuchsanordnungen und soziale Experimente mit dem Potenzial, die Welt zu verändern. Für real-utopische Labore finden sich zahlreiche Fallbeispiele:

- Die Kolonie „Monte Verità“, von Lebensreformern um 1900 in Ascona gegründet, gilt als das erste „kosmopolitische Reformlabor“ der westlichen Welt.
- Der Großindustrielle Henry Ford erkor in den 1930er-Jahren seine Arbeiterstadt „Fordlândia“ im Amazonasgebiet sogar zum „Meta-Labor der Zivilisation“.
- Die spirituelle Utopie „Auroville“, die in den 1960er-Jahren in Indien entstand, wurde als subtropische „Weltuniversität“ und universelles Menschheitsexperiment angepriesen.
- Und Walt Disneys Modellstadt „Celebration“ sollte in den 1990er-Jahren ein modernes „Living Lab“ werden, um dort das heraufziehende Digitalzeitalter zu erproben.

Diese experimentellen Versuchsanordnungen gingen allesamt von einem Bild des *indifferenten* Gleichgewichts aus – versinnbildlicht etwa durch das Projekt Biosphere 2, einer zweiten Erde im Modellformat. Anders als die Vorstellung eines *stabilen* Gleichgewichts, das durch Anpassung erhalten werden soll, ist damit ein echter Gestaltungskorridor verbunden. Es geht nicht länger um die Rückkehr zum Bekannten, sondern um die Verschiebung altbekannter Grenzen.

Sollen Gesellschaften also *stabil* bleiben – und dies entspricht dem emotionalen Wunsch vieler – brauchen sie Anpassungs-Narrative. Sollen sie sich hingegen *transformieren* – und darin drückt sich eine intellektuelle und zugleich praktische Notwendigkeit aus – dann benötigen sie neue Aufbruchs-Narrative. Damit komme ich zur Frage nach der Möglichkeit von Hoffnung.

Poesie der Hoffnung jenseits von Anpassung

Nicht jede Aufbruchserzählung eignet sich gleich als Masterplan für eine bessere Welt. Nicht jedes von Utopisten ersonnene Projekt ist gleich ein verallgemeinerungswürdiges Modell für eine bessere Zivilisation. Dennoch müssen wir dem „Monster der Bodenlosigkeit“ *irgendwie* begegnen. Oder anders: Gibt es Hoffnung für eine Zeit nach den Krisen? Ja, aber nur, wenn wir (wieder) Utopielust zulassen, anstatt Utopiemüdigkeit sogar institutionell als neues „Leitmotiv“ zu feiern. Hoffnung gibt es zudem nur, wenn wir bereit sind, in den Rückspiegel der Geschichte zu blicken und die richtigen Schlüsse aus dem bisherigen Scheitern zu ziehen. Die vielen real-utopischen Zivilisationsprojekte geben uns Nachhilfeunterricht. Es waren und sind Versuchsanordnungen, die gesellschaftliches Leben unter direkter Beobachtung zeigen. Ihr Wert liegt nicht darin, abschließende oder eindeutige Antworten zu liefern, sondern an verdrängte Fragen zu erinnern und ganz praktisch um tragfähige Lösungen zu ringen.

Viele dieser Projekte scheiterten, weil ihnen kein realistisches Menschenbild zugrunde lag und weil die Ideale der Pioniere die meisten Menschen im Alltag überforderten. Untergegangene Wunschwelten verdeutlichen, wie der menschliche Faktor immer wieder zum Tragen kommt, denn Menschen funktionieren nicht wie Maschinen, rational und effizient: Effizienz ist auf Dauer keine angemessene Lebensform für Menschen. Der einen oder anderen praktischen Utopie gelang zumindest einen historischen Augenblick lang ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Zivilisation. Zu-

künftige Seasteads, Unterwasserstädte oder gar Marssiedlungen müssten den Beweis ihrer Gesellschaftsfähigkeit erst noch antreten – auch wenn sie bereits jetzt technologisch umsetzbar sind.

Fassen wir zusammen: Was wir über Aufbruchs-Narrative im Kontext eines utopischen Zukunftsdesigns wissen, lässt sich mit der *Idee des Regulativs* umschreiben. Jedes Aufbruchs-Narrativ verfügt über das Potenzial, latent vorhandene Kräfte zu wecken. Es zeigt, was uns wirklich wichtig ist, es löst einen Impuls zum Wandel aus. Schon der Historiker und Politiker Alexis de Tocqueville wusste, dass sich über jede empirische Gesellschaft eine *imaginäre* Gesellschaft legt, die aus utopischen oder gar revolutionären Träumen besteht. Das Imaginäre ist also nicht nutzlos, es dient vielmehr als Katalysator des Denkens, Fühlens und Handelns. Oder anders: Das Imaginäre ist die Grundlage für das, was ich die „Poesie der Hoffnung“ nenne.

Doch wo sollen eigentlich all die neuen Träume herkommen? Träumer haben zu Unrecht einen schlechten Ruf. Zwar sind Träume eine wunderbare Kulturtechnik der Vorausschau und der utopische Traum gilt gar als Schlüssel zu Neuem. Gleichwohl wird die Suche nach einem radikalen Neuanfang zu schnell in die Nähe von Geistesgestörtheit gerückt. Dennoch glaube ich, dass Träumer wieder dringend gebraucht werden. Utopisches Denken sollte Allgemeingut werden, an Schulen gelehrt, in der Politik hoch verehrt.

In Zeiten der Krise brauchen Menschen Zuversicht. Sie suchen Mittel gegen die Resignation und das Gefühl allgegenwärtiger Hilflosigkeit. Dazu ist nicht *die eine* große Utopie notwendig, sondern viele ernstgemeinte, tragfähige Kooperationen und Verbindungslinien zwischen bereits bestehenden Engagementfeldern. Wenn konkrete Taten die Tummelplätze der Selbsterschaffung sind, dann braucht es eine *Balance* zwischen Krisenbewusstsein und Zukunftseuphorie. Dabei ist Zukunftseuphorie als moderne Form des Trostes genau das, was früher einmal Religionen oder Verheißungen leisteten. Zukunftseuphorie ist eine verallgemeinerte Form des hoffnungsvollen Umgangs mit der Offenheit unserer Existenz. Weil die meisten Menschen mit dem Anspruch auf Kontingenzreduktion überfordert sind, braucht es begleitende Zukunftsnarrative und Beispiele für hoffnungsvolle Gestaltungsoptionen.

Gerade in Zeiten der Krise sollten wir lernen, in *utopisches Kapital* zu investieren. Wir sollten Zukunftsinvestitionen jenseits des Ökonomischen und Technischen tätigen. Aufbruchs-Narrative repräsentieren utopisches Kapital: Sie erzeugen Lust an der Verunsicherung anstatt wie Anpassungs-Narrative alternativ- und fantasielos für die Rückgewinnung einer vermeintlichen Normalität zu plädieren. Erst auf der Basis von Aufbruchs-Narrativen können Menschen zu „Werkzeugen der Veränderung“ werden, wie es die Schriftstellerin Keri Hulme plastisch beschreibt. Und erst dann kann der Masterplan für eine kommende Zivilisation entstehen, für ein Wunschland, das diesen Namen auch verdient.

Jede Krise hat auch ein „Danach“. Für diese Zeit benötigen wir visionären Pragmatismus – also Aufbruchserzählungen, die die gemeinsame Gestaltbarkeit der Welt betonen, *ohne* dabei jedoch die gesellschaftliche Realität zu ignorieren. Einfach ist das nicht. Aber das habe ich ja auch nicht behauptet.

Die aktuelle Veröffentlichung von Stefan Selke nimmt unmittelbar Bezug auf seine langjährige Kooperation mit der Schader-Stiftung: Selke, Stefan (2022): Wunschland. Von irdischen Utopien zu Weltraumkolonien – eine Reise in die Zukunft unserer Gesellschaft, Berlin: Ullstein



Dr. med. Michael Koepe, Qi Gong Schule Bergstraße

Aufrecht bleiben

Einheit von Leib und Seele in praktischer Übung

Für meinen Impuls möchte ich an das Konventsthema „Balancen“ anknüpfen und an das, was Sie heute hier tun: Sie setzen sich auseinander mit der Interaktion von gegenläufigen Interessen und den Möglichkeiten, einen Ausgleich umzusetzen. Aus dieser Sicht auf die Probleme im gesellschaftlichen Raum möchte ich Ihren Blick wenden auf die Repräsentation dieser Probleme in uns selbst. Für diesen Perspektivwechsel beziehe ich mich auf Regeln, die die sogenannte TCM – Traditionelle Chinesische Medizin – über viele Jahrhunderte entwickelt hat. Und ich versuche, mich möglichst europäisch auszudrücken, damit das Fremdeln nicht zu schnell einsetzt. Die zentrale Vorstellung ist ganz old-fashioned:

Einheit von Leib und Seele

Körper und Geist stellen sich gemeinsam auf Gegensatzpaare ein, zum Beispiel auf Gegensatzpaare des Verhaltens, wenn wir auf andere Leute und Meinungen treffen:

Da kann einerseits eine *Kampfbereitschaft* sein, die Lust an der Auseinandersetzung, gerne auch ein bisschen Dominanz. Das Leben ist ja ein Kampf und Konkurrenz belebt das Geschäft. Andererseits kann es um eine *milde Kompromissbereitschaft* gehen, um ein Harmoniebedürfnis. Sollten wir nicht alle ein wenig rücksichtsvoller miteinander umgehen?

Ein anderes Paar: Auf der einen Seite die *offenherzige Aufmerksamkeit*, das Spürenwollen, Mitmachenwollen, der Austausch – wir treffen uns auf einer Bühne, machen etwas zusammen, dann entsteht Neues und Spaß soll es auch machen. Demgegenüber steht der Wunsch nach einer *sicheren Basis*, „evidence based“, nur reproduzierbare Aussagen sind auf die Dauer tragfähig, bitte kein Firlefanz.

Paare und Einheit

Solche Paare sind zu verstehen als Paare der gegenseitigen Kontrolle, so beschreibt sie die TCM. Als Schulmediziner kann ich sie auch beschreiben als gegenläufige vegetative Reaktionsmuster. Diese äußern sich in Gestik, Körpersprache, Mimik, Stimme, Herzfrequenz, Hautwiderstand, Schwitzen und vielem mehr, auch in der Stimmung. Dabei ist die eine Seite präsent, hörbar, spürbar, nach oben gerichtet, offen, in Bewegung – das sind Yang-Eigenschaften – die andere eher leise, zurückgenommen, mit sparsamer Gestik, nach innen und unten gerichtet, bewahrend –

das sind Yin-Eigenschaften. Diese Pole sind so gesehen Abweichungen von der inneren Mitte, Ausdruck des stetigen Ausgleichs zwischen Yin- und Yang-Aspekten in unserem Alltag.

Der springende Punkt ist nun die Einheit von Körper und Geist: Verhalten (Yang) formt den Körper (Yin). Funktion (Yang) formt die Struktur (Yin) und natürlich umgekehrt!

Yin- und Yang-Aspekte zusammen bilden ein funktionierendes Ganzes. Egal wo wir anfangen, es formt ein gemeinsames Ganzes. Wenn wir also mit einfachen Bewegungen unseres Körpers den Ausgleich und Übergang zwischen Yin und Yang üben und wahrnehmen und dadurch den Körper harmonisieren, harmonisieren wir auch unser Verhalten und unser Befinden.

Noch eines fehlt: Die Energie, die es braucht, um Yin- und Yang-Aspekte zu verbinden und umzuwandeln, nennen die Chinesen das Qi. Qi ist die Energie, die Struktur funktionieren lässt, die Energie der Lebendigkeit.

Praktische Übungen und Abschluss

Qi Gong ist die Fertigkeit (Gong), das Qi wahrzunehmen und zu leiten. Das möchte ich als praktischen Teil meines Impulses mit einfachen Übungen verdeutlichen. Wer mitmachen möchte, steht am besten auf. Nur Zuschauen ist natürlich auch in Ordnung und hat vermutlich einen gewissen Unterhaltungswert. Es geht um Ruhe in der Bewegung und Bewegung in der Ruhe.

Es folgen einzelne kurze Übungen, die damit beginnen, den richtigen Stand und die körperliche Mitte zu finden. Danach werden die Funktionskreisläufe Herz, Kreislauf, Milz-Magen und Leber durch Bewegungen und Atemtechnik aktiviert. Zum anschließenden „Wachmachen“ klopfen alle, die mitmachen, auf Akupunkturpunkte. Der Abschluss widmet sich der Aufrichtung: Aufrecht bleiben zwischen den Polen. Nicht wie eine Steinsäule – unbeweglich und ungerührt – sondern wie ein Baum in Wind und Wetter: flexibel und lebendig.



6

Dialog-Cafés

40 **Dialog-Café 1**
Emotionen

47 **Dialog-Café 2**
Krisen

55 **Dialog-Café 3**
Ungleichheit

63 **Dialog-Café 4**
Arbeit

71 **Dialog-Café 5**
Aushandlungen

79 **Dialog-Café 6**
Gleichwertigkeit

Die Mitglieder des Großen Konvents der Schader-Stiftung thematisieren einmal im Jahr Status quo und Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. In zwei Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“, die an Projekte der Stiftung anknüpfen, konnten die rund 130 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen.



Dialog-Café 1: Emotionen

Impulsgeber und Impulsgeberin:

Prof. Alberto Acosta Espinosa, Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, Ecuador

Dr. Lea Stahel, Universität Zürich

Begleitung: Prof. Dr. Peter F. Titzmann, Leibniz Universität Hannover

Moderation: Alexander Gemeinhardt, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Caroline Walter und Dr. Kirsten Mensch

Kopf oder Herz? Lösen wir mit dem Einsatz von Logik und Rationalität die Probleme unserer Zeit: von Klimawandel über militärische Konflikte bis hin zur globalen sozialen Ungleichheit? Oder wäre ein Weniger an Rationalität angebracht? Wie sieht es hingegen bei politischen Debatten aus? Wie viel Emotion verträgt die Demokratie? Brauchen wir hier weniger Emotionen? Oder dürfen negative Gefühle wie Hass, Wut und Neid nicht dazu führen, jegliche emotionale Komponente aus Politik und politischer Bildung zu verdrängen? Was braucht die heutige Gesellschaft, um die vielfältigen Herausforderungen zu meistern – mehr Rationalität oder mehr Emotion? Wie kann eine angemessene Balance zwischen Herz und Kopf erreicht werden? Und was bedeutet „angemessen“ in diesem Zusammenhang?

Dialog-Café 1 widmet sich diesen Fragen der balancierten Emotionen und beleuchtet gemeinsam mit den Impulsgebenden, Alberto Acosta Espinosa und Lea Stahel, ob Politik und Gesellschaft heute weniger Rationalität oder weniger Emotion brauchen. Dialog-Café 1 findet im Hybrid-Format statt, die Impulsgebenden sind aus Chemnitz und Zürich zugeschaltet.

Kopf oder Herz? Wir brauchen beides

Die Zahl der aktuellen Krisen in der Welt ist kaum zu fassen: Umweltzerstörung, Corona- und Malariapandemien, Armut, Hunger, Ungleichheit, militärische Konflikte in der Ukraine, in Libyen, Syrien, Mali und an vielen weiteren Orten, wiederaufblühende nationalistische Bestrebungen und an die Macht kommende rechts-extreme Regierungen. In Session 1 des Dialog-Cafés verdeutlicht Alberto Acosta Espinosas Aufzählung die Notwendigkeit zum Umdenken gewohnter Konzepte. Der Impulsgeber ist Professor für Ökonomie und ehemaliger Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung von Ecuador. Was also meint „weniger Rationalität“ im Zeitalter des *Kapitalozäns*, in dem der Kapitalismus die Umweltzerstörung immer weiter vorantreibt? Können wir das Konzept der Rationalität weiterhin verwenden oder bedarf es einer Neudefinition?

Für Alberto Acosta Espinosa steht fest: Aktuellen Herausforderungen zu begegnen ist nur möglich, wenn Herz und Verstand gemeinsam eingesetzt werden. Das spanische Wort *sentipensar*, wörtlich zu übersetzen mit „fühlendenken“, verdeutlicht die Existenz eines solchen Zusammenspiels von Rationalität und Emotionalität in anderen Sprach- und Kulturräumen. *Buen vivir*, das indigene Konzept des guten Lebens, bietet eine Alternative, die dabei helfen kann, die Welt neu zu verstehen und zu gestalten.

Als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors war Alberto Acosta Espinosa zwischen 2007 und 2008 entscheidend mit dafür verantwortlich, das Recht auf ein gutes Leben in der Verfassung Ecuadors zu verankern. Laut indigenem Wissen beinhaltet das gute Leben drei essenzielle Komponenten: eine harmonische Mensch-Natur-Beziehung sowie tiefe Naturverbundenheit, die Zentralität des gemeinschaftlichen Lebens und solidarische, vertrauensvolle sowie empathische zwischenmenschliche Beziehungen.

Wie kann *buen vivir* in die Praxis umgesetzt werden? Und wo liegen Herausforderungen? Besonders in Industriestaaten schreitet die gesellschaftliche Individualisierung fort. In England und Japan, so der Impulsgeber, versuchen Ministerien für Einsamkeit die Konsequenzen sozialer Isoliertheit, die durch die Corona-Pandemie verstärkt wurden, aufzufangen. Eine Priorität auf dem Weg zur Umsetzung des *buen vivir* liegt darin, sich auf die Gemeinschaft zurückzubessinnen und aus der Gemeinschaft heraus Veränderung zu bewirken.

Die verfassungsrechtliche Verankerung des *buen vivir* garantiert noch keine Umsetzung des Konzepts. Einer der Teilnehmenden des Dialog-Cafés lobt die idealistischen Vorstellungen des guten Lebens, fragt aber kritisch nach, ob und wie weit es realisierbar ist und tatsächlich noch helfen kann.

Sehnsucht nach der Natur

Neben sozialer Isoliertheit ist die Verbindung von Mensch und Natur seit geraumer Zeit ins Ungleichgewicht geraten. Alberto Acosta Espinosa sieht den Menschen in dessen kapitalistischen Konsumstreben und der Überstrapazierung natürlicher Ressourcen nicht länger als Krone der Schöpfung, sondern als Krone der Erschöpfung. Gleichzeitig eint viele eine Sehnsucht nach der Natur. Sie präferieren auf der Suche nach einer Auszeit Orte, die verkehrsfremd und naturumgeben sind, berichtet ein Teilnehmer von seiner Beobachtung. Wie kann die emotionale Verbindung der Menschen mit der natürlichen Umwelt wiederhergestellt werden, um eine ausgewogene Koexistenz zu erreichen?

Natur ist ein Kulturbegriff. Eine universelle Definition, welche „Natur“-Räume als schützenswert angesehen werden sollten und welche nicht, erweist sich daher als schwierig. In einer Anekdote Alberto Acosta Espinosas wird das kulturell sehr unterschiedliche Verständnis von Mensch-Natur-Verhältnissen deutlich. So entgegnete ein deutscher Journalist auf die Frage, was Natur sei, dass Natur außerhalb des Menschen liege. Eine Vertreterin eines indigenen Amazonas-Stammes hingegen betonte, alles sei für sie Natur. Somit ist der Mensch ebenfalls existenziell Teil der Natur.

Auch im Dialog-Café wird über den Naturbegriff gesprochen. Viele Menschen europäischer Industrienationen verstehen darunter artifizielle Landschaften, die durch Felder, Wiesen und forstwirtschaftlich genutzte Wälder geprägt sind. Die Landschaften, in denen man am Wochenende oder im Urlaub gerne spazieren geht, will man auch schützen. Gilt das auch für „echte Natur“, wie ein Teilnehmer die ungenutzte Wildnis umschreibt? Fühlen wir uns auch mit Orten verbunden, die wir weder nutzen noch betreten, die zweckfrei Natur sind?



Einen Schritt weiter kann nachgedacht werden, ob auch in Deutschland die Natur, ähnlich dem Verständnis indigener Völker, als Subjekt mit Rechten anerkannt werden sollte. Eine Juristin erinnert in der Diskussion daran, dass wir mit diesem Gedanken nicht neu beginnen müssen. Im Grundgesetz ist immerhin seit 1994 Umweltschutz als Staatsziel festgelegt. Artikel 20a lautet: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“ Lange blieben das nur Worte, bis das Bundesverfassungsgericht erst jüngst vehement die Beachtung des Staatsziels eingefordert hat. Es gab somit eine Umsetzung in Rechtsprechung, wenn auch nicht direkt operationalisierbar. So ist das Ausmaß weiterer Umsetzungsschritte eher ernüchternd. Die Pflicht zum Mitdenken der künftigen Generationen ließe sich, so die Juristin, auch auf andere Systeme, etwa das Rentensystem, übertragen. Auch das ist bislang nicht erfolgt.

Der Schutz der Umwelt erfordert als ersten Schritt eine Demerkantilisierung eben dieser Natur. In einem zweiten Schritt, erläutert eine Diskutantin, bedarf es aktiver Naturbildung und einer naturverbundenen Sozialisation. In Kanada werden Menschen an verlängerten Wochenenden beispielsweise dazu aufgefordert, die Zeit in der Natur zu verbringen. So kann emotionale Naturverbundenheit generiert werden.

Das Wissen um die Kraft einer solidarischen Gemeinschaft und enger Naturverbundenheit ist gemeinhin bekannt und dennoch scheitern wir als Gesellschaft immer wieder daran, mit unseren Gewohnheiten zu brechen. Ein Kommunikationswissenschaftler fragt, warum wir uns bei all der Romantisierung und Sehnsucht die „Medizin der Natur“ nicht abholen. Doch so einfach ist es nicht. Das Handeln aller Menschen ist das Ergebnis kultureller Sozialisation, zeigt sich eingepreßt in Strukturen und ist häufig verbunden mit Ängsten vor Veränderung. Erwähnt wird allerdings auch, dass die Verantwortung für naturwidriges Handeln nicht auf die Mächtigen der Welt, auf Politiker*innen und Vorstände großer Firmen, abgewälzt werden kann; die Wiederherstellung von Naturverbundenheit ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess und betrifft uns daher alle.

Zukünftige Generationen mitdenken

Was im Konzept des *buen vivir* mitschwingt, ist die Bedeutung von Erfahrungswissen, das nur durch generationenübergreifendes Handeln aufgebaut werden kann, und zwar von Alt zu Jung, aber auch von Jung zu Alt. Um die komplexen Herausforderungen unserer Zeit nachhaltig bewältigen zu können, sind Emotionalität und Verantwortungsgefühl gegenüber zukünftigen Generationen gefordert. Ihre



Bedürfnisse finden, zumindest in offiziell gewählten Ausschüssen und politischen Institutionen, kaum Gehör. Jüngere Generationen, besonders Jugendliche, sehen sich heute mit Gefühlen der Verzweiflung angesichts des fortschreitenden Klimawandels konfrontiert. Was soll man als älterer Mensch den Kindern und Enkelkindern sagen? Peter Titzmann, der das Dialog-Café begleitet, liefert aus Forschungen im Bereich der Psychologie einen Hinweis: Verzweiflung angesichts von Situationen, die als schlimm empfunden werden und unveränderbar erscheinen, kann einen Strudel von Negativgefühlen erzeugen. Um das zu vermeiden, ist ein Ausbalancieren wichtig. Es gilt, die Situation einerseits zu akzeptieren, andererseits nach Wegen zu suchen, die doch zu Verbesserungen innerhalb der scheinbar unveränderlichen Lage führen.

Peter Titzmann fasst den gesellschaftlichen Auftrag, dem wir heute gegenüberstehen, zum Ende des ersten Dialog-Cafés zusammen: Kulturelle Transformationen laufen in der Regel langsam ab. Gleichzeitig rinnt in Klimafragen die Zeit davon. Hier eine Balance zu finden und eine Flexibilität zu entwickeln, die umfassende Veränderungen in kurzer Zeit erlaubt, ist die große Herausforderung der Gegenwart. Auch die Digitalisierung erfordert von uns stetige Anpassung und Flexibilität. Welche Veränderungen im digitalen Zeitalter auf die Politik zukommen und wie soziale Netzwerke und Emotionen zusammenhängen, ist Teil der zweiten Session des Dialog-Cafés.

Weniger Emotion?

Lea Stahel, Postdoktorandin und Oberassistentin am Soziologischen Institut der Universität Zürich, forscht unter anderem zu digitaler Soziologie, Nutzerverhalten und sozialen Normen. In ihrem Impuls zur zweiten Session wird deutlich: Politik geht nicht ohne Rationalität – doch erst recht nicht ohne Emotion. Emotionen stiften Sinn, motivieren Menschen, politisch zu handeln, und werden gezielt zur Durchsetzung von Interessen und zur Machtausübung eingesetzt. Dabei war Emotionalität in der Politik in unterschiedlichen Epochen verschieden stark vertreten, ist heute allerdings integraler Teil von Politik, daher zugleich Gegenstand politischer Forschungsarbeit. Besonders die steigenden Nutzerzahlen in Sozialen Medien erhöhten die gesellschaftliche Präsenz politisierter Emotionen in den vergangenen Jahren. Akteur*innen, denen politische Mitsprachemöglichkeiten früher aufgrund medialer Gatekeeper verwehrt blieben, können heute ihre Meinung im kaum regulierten Raum des Internets sichtbar machen. Dauerhaft politisch motivierten Emotionen ausgesetzt zu sein, verlangt den Nutzer*innen Sozialer Medien, aber auch der Bevölkerung im Allgemeinen eine Form der emotionalen Bildung ab, die befähigt, mit emotionalen Informationen umzugehen und Wahrheitsgehalte zu hinterfragen.



Mit hassverbreitenden Gruppen reden – ein Balanceakt

Hohe Emotionalität fordert Sensibilität und Dialogbereitschaft. Denn werden Gefühle nicht angemessen adressiert, können sie eskalieren und sogar in Gewalt enden. Die Frage, mit welchen Gruppen ein Austausch gesucht werden sollte, beschäftigt die Teilnehmenden des Dialog-Cafés. In ihrem Beitrag verweist eine Journalistin auf aktivistische Kreise, die aus Prinzip den Dialog mit hassverbreitenden Gruppen, zum Beispiel Rechtsradikalen, ablehnen. Dies begegnet ihr in ihrer Praxis als Dozentin mit Forschungsschwerpunkt Migration. Eine Teilnehmerin, Rechtsextremismusforscherin, präzisiert, dass die Bereitschaft zum Gespräch mit Mitgliedern der rechten Szene vom Kontext abhängt. In gewählten Parlamenten sollte man auch mit Politiker*innen des rechtspopulistischen Spektrums in den Austausch kommen; andere Räume können hingegen gerade die Qualität bieten, solchem Gedankengut keine Plattform zu bieten. Der Moderator erläutert die Praxis vor Ort: Personen, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vertreten oder entsprechenden Organisationen angehören, wird in der Schader-Stiftung kein Forum geboten.

Emotionen als Gruppenphänomen

Nicht selten entbrennen in sozialen Netzwerken aufgeladene Debatten über kontroverse Themen mit sich gegenüberstehenden Lagern. Dabei werden Emotionen von einer vermeintlich individuellen Empfindung zu einer sozialen Erscheinung, die von einer großen Nutzer*innengruppe geteilt wird. Peter Titzmann berichtet von Forscher*innen, die Emotionen als ausschließlich sozial konstruiert ansehen. Ein Medienwissenschaftler bestätigt, dass auch seine Forschungsergebnisse zu radikalierenden Diskursen in Messenger-Diensten auf eine verstärkte Gruppenkohäsion aufgrund hoher Emotionalität schließen lassen.

Lea Stahel gibt zu bedenken, dass digitale Debatten emotionale Reaktionen fördern. In der analogen Welt verrauchen Ärger und Wut, bevor man dazu kommt, sie an passender Stelle vorzutragen. Online kann man schnell seinem Ärger Luft machen. Dazu kommt die mangelhafte oder fehlende Kontrolle in den Sozialen Medien. Doch es sind häufig nicht nur die Emotionen der Nutzer*innen, sondern auch das Plattformdesign und dahinterstehende Algorithmen, die insbesondere polarisierende Beiträge stärker verbreiten. Ein Teilnehmer stellt in den Raum, dass Soziale Netzwerke in einer Art entworfen wurden, die negative Emotionen hervorrufen soll. Angesichts des polarisierenden Klimas stehen besonders Tech-Unternehmen in der Pflicht, Verantwortung zu übernehmen und zu handeln, wie Lea Stahel bestätigt. Berichte von Whistleblower*innen über die internen Abläufe in Unternehmen wie Facebook machen sichtbar, dass der Erkennung und Bekämpfung von Hass auf sozialen Plattformen lediglich ein niedriges Budget und damit ein geringer Stellenwert zukommt.

Manipulation erkennen und Medienkompetenz entwickeln

Emotionale Manipulation begleitet uns tagtäglich. Supermärkte beeinflussen unsere Sinne mit Musik und Gerüchen, Verkaufsshows regen mit Knappheitsnarrativen zum Kaufen an, und die Automobilindustrie suggeriert in teuer produzierten Werbespots Freiheitsgefühle, die nur durch ein eigenes Auto oder anderen Konsum erreicht werden können. Auch in der Politik werden Emotionen gezielt eingesetzt. Ein ehemaliger Bürgermeister berichtet, dass er zu Beginn seiner politischen Laufbahn erschrocken war, in welchem Ausmaß die von außen rational erscheinende Arbeit des Kommunalpolitikers mit Emotionen wie Wut oder Begeisterung angereichert wird, um in Gemeinderatsdebatten die Mehrheit von der eigenen Agenda zu überzeugen. Emotionalität ist ein starkes Instrument, dessen Beherrschung früh in der politischen Karriere gelernt wird. Die Herausforderung liegt in der Balance, die richtigen Emotionen zu kanalisieren und in die politische Debatte einzubringen.

Die Diskussion im Dialog-Café zeigt: Menschen sind im analogen wie im digitalen Raum emotionalisierten Diskursen ausgesetzt. Dies erhöht die Bedeutung wirkungsvoller Prävention und Ermächtigung, um im – virtuellen – Raum kritisch und selbstreflektiert zu navigieren. Mehrere Teilnehmende betonen die Bedeutung gut ausgebildeter Medienkompetenzen, sowohl unter Kindern, Jugendlichen als auch Erwachsenen. Ein Historiker und Bundeswehr-Offizier berichtet von seiner Arbeit im Geschichtsunterricht an Schulen. Er simulierte mit Oberstufenschüler*innen eine redaktionelle Überprüfung von politischen Botschaften am Beispiel von Reden des russischen Präsidenten Putin. Wie checkt man Fakten? Wie lässt sich die Herkunft von Bildern zurückverfolgen? Wie ist die Sprache aufgebaut? Interessant und erschreckend ist, wie viel an Manipulation selbst der Generation der Digital Natives nicht bewusst ist, selbst beim zweiten Lesen eines Redemanuskripts. Sein Fazit: Immer da, wo Fakten verdreht werden, wird Sprache emotionalisiert. Er plädiert für mehr Bildung und dafür, nicht nur jungen Menschen Werkzeuge an die Hand zu geben, um die heutige hoch emotionalisierte Welt kritisch einschätzen zu können. Der Nachholbedarf ist groß, auch bei Lehrer*innen.

Doch nicht nur für Schüler*innen ist es wichtig, Fakten und Emotionen unterscheiden zu lernen. Auch unter Erwachsenen ist Aufklärungsarbeit bedeutsam und auch sie benötigen Werkzeuge, um emotionale Manipulation aufdecken zu können. Diese Strategien zu verstehen ist eines der Ziele der zu entwickelnden Medienkompetenz. Bleibt die Frage, ob es in anderen Kontexten legitim ist, Emotionen einzusetzen, um gewünschte Ziele zu erreichen. Einer der Gesprächsteilnehmer, der sich für Verkehrswende und Klimaschutz stark macht, sagt deutlich: Ohne den Einsatz von Emotionen ist es schwierig, die Notwendigkeit von klimaschützenden Aktionen zu vermitteln. Sind also Emotionen zur Durchsetzung „guter Zwecke“ probates Mittel?

Resümee

Als Mitglied des Kleinen Konvents und Begleiter des Dialog-Cafés nimmt Prof. Dr. Peter F. Titzmann eine Einschätzung des Gesprächsverlaufs in den beiden Sessions vor:

Dialog-Café 1 diskutierte in den beiden Session „Weniger Rationalität?“ und „Weniger Emotion?“, wie Handeln und Entscheidungsfindung durch kognitives kühles Abwägen einerseits und intuitiven auf Gefühlen basierenden emotionalen Zuständen andererseits determiniert werden. Die Unterscheidung zwischen den beiden Systemen wird in vielen sozialwissenschaftlichen und auch in populären Bereichen getroffen, indem beispielsweise Verstand und Gefühl, Logik und Intuition oder eben Rationalität und Emotion als Gegenpole dargestellt werden. Die Betrachtung als Gegenpol wurde allerdings in beiden Runden des Dialog-Cafés – wenn auch auf verschiedenen Wegen – deutlich hinterfragt. Stattdessen stellte sich schnell ein Konsens heraus, dass die Dimensionen Rationalität

und Emotionalität, statt Gegenpole zu sein, eher orthogonale Dimensionen sind. Es ist also möglich und dezidiert gefordert, dass Handeln gleichzeitig durch beide Verhaltensweisen ausgelöst wird. Diese Vereinbarkeit wurde in unterschiedlichen Diskussionspunkten deutlich.

So sprach Alberto Acosta Espinosa über eine neue Art Rationalität, die emotionale Anteile des „guten Lebens“ und des Wohlbefindens beinhaltet. Auf den Klimawandel und den menschlichen Umgang mit Natur bezogen heißt das, dass Menschen sich als Teil der Natur fühlen müssen, um Natur emotional zu erleben und eine neue ökonomische Rationalität im Umgang zu entwickeln, die Raubbau an schwindenden Ressourcen verhindert.

Zu einem ähnlichen Schluss kam Lea Stahel, obwohl sie die Frage der Balance von Rationalität und Emotionalität aus ganz anderer Sichtweise betrachtete. Ihre Thesen bestanden darin, dass Politik und politische Debatten untrennbar mit Emotionen verknüpft sind – vor allem, wenn sie in den Sozialen Medien stattfinden. Auf den Klimawandel bezogen ist keine Verhaltensänderung durch reine Faktenpräsentation zu erzielen, weshalb Emotionalität ein wichtiger Bestandteil in der Mobilisation von Menschen ist. Gleichzeitig ist eine überbordende Emotionalität durch das Ansprechen von negativen Gefühlen gesellschaftlich gefährlich, kann sie – wiederum durch Soziale Medien befeuert – in Hass und Gewalt münden. Es scheint daher auch aus dieser Perspektive eine Kombination aus Emotionalität und Rationalität notwendig, beispielsweise durch emotionale Kritikfähigkeit und eine kritische kognitive Distanz zu gefühlten Wahrheiten.

Zusammengenommen lassen sich mehrere Schlüsse aus den beiden Runden ziehen. So wurde deutlich, dass Rationalität und Emotionalität zusammengehören und eine Balance aus beidem nicht unbedingt in der mittleren Ausprägung beider Prozesse gefunden werden muss. Stattdessen können auch starke Emotionen als Motivation genutzt werden, vor allem, wenn sie durch kritische Reflexion und Bewusstmachung begleitet werden. Dann kann es gelingen, Spannung in Motivation, aber nicht in Radikalisierung, umzuwandeln. Im Plenum wurden mehrere Ansatzpunkte diskutiert, wie das erfolgen kann: durch eine rationale und kognitive Auseinandersetzung mit Emotionen, durch den Aufbau von personalen und sozialen Kompetenzen im Erkennen und im Umgang mit Emotionen, die bereits im Jugendalter erworben werden, durch eine kritische Auseinandersetzung mit Strukturen, beispielsweise mit Algorithmen in Sozialen Medien, die zumeist wirtschaftlich orientiert sind und bestimmte Handlungen fördern oder behindern, aber auch durch die frühe Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Wissen, durch Faktenchecks, Erkennen emotionaler Manipulationen. Allerdings muss bei all diesen Überlegungen immer berücksichtigt werden, dass Rationalität, Emotionalität und die Kombination aus beidem Mittel sind, die gleichfalls für gesellschaftlich unerwünschte Ziele eingesetzt werden können. Daher wird die Vermittlung derartiger Kompetenzen nicht davon befreien, gerade jungen Menschen einen Kompass für soziales Verhalten an die Hand zu geben.



Dialog-Café 2: Krisen

Impulsgeberin und Impulsgeber:

*Jun.-Prof. Dr. Ulrike Zeigermann, Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Jan Peter Schemmel, Öko-Institut e.V., Berlin*

Begleitung: Prof. Anselm Hager Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin

Moderation: Tatiana Soto Bermudez, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Vanessa Strickstrock und Tatiana Soto Bermudez

Biodiversitätskrise, Klimakrise, Wirtschaftskrise, Energiekrise, humanitäre Krisen – die Welt ist mit zahlreichen parallel stattfindenden Krisen konfrontiert, die immer öfter ineinandergreifen und sich gegenseitig verstärken. Besonders die Klimakrise wird immer sicht- und greifbarer. Hitze, Dürre, Wassermangel und Naturkatastrophen sind nur einige der Folgen. Wie sieht ein globales Krisenmanagement aus? Wie können Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft dazu beitragen? Welche Strategien zur Klimaanpassung ermöglichen einen Balanceakt zwischen ökologisch effektiven, dennoch sozial und wirtschaftlich akzeptablen Maßnahmenbündeln?

Ist das die Polykrise?

„Kennen Sie das Bild ‚Die Ausgießung der sieben Zornscheren / Die ersten sechs Plagen‘ von Matthias Gerung? Es wurde von der Neuen Zürcher Zeitung mit dem Titel ‚Polykrise der Gegenwart: Die Wiederkehr der sieben Plagen‘ abgedruckt.“ Mit diesem ernüchternden Eindruck leitet Ulrike Zeigermann, Juniorprofessorin für sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung an der Universität Würzburg, ihren Impulsvortrag zur ersten Session „Prävention der Polykrise“ ein. Der erwähnte Holzschnitt ist im 16. Jahrhundert entstanden und zeigt, wie Himmelsgeschöpfe aus großen Schalen Plagen auf die Menschheit gießen. Auch jetzt scheint es quasi nur noch Krisen zu geben. Von den Medien, der Politik, der Wissenschaft dauerhaft thematisiert, wirken sie so präsent und vielfältig wie noch nie. Indessen bleibt es nicht bei dem Eindruck – Analysen bestätigen diese Empfindung. Krisen haben nicht nur quantitativ zugenommen, sondern sind aufgrund ihrer Verstrickungen komplexer geworden. Sie bedingen sich gegenseitig und können einander auch verstärken.

Ulrike Zeigermann weist am Beispiel der Klimakrise zur Veranschaulichung auf das Zusammenspiel von Klima und Gesundheit hin: Die andauernde Abhängigkeit von Kohle und Gas verschärft sich im Laufe der Klimakrise nicht nur, sondern sie wirkt sich negativ auf die Gesundheit der Menschen aus. Die Klimakrise bringt neben zahlreichen gesundheitsschädlichen auch ökonomische Auswirkungen mit sich, was an

der momentanen Wirtschaftskrise ersichtlich wird. Diese *eine* Krise bewirkt diverse *andere* Krisen, welche aber nicht einzeln betrachtet werden können – sie hängen auf komplexe Weise miteinander zusammen. Eine Polykrise.

Um die Polykrise verstehen zu können, ist zwischen Krise und Problem zu unterscheiden, so die Impulsgeberin. Ein Problem wird zur Krise, wenn die Bewältigungsfähigkeit herausgefordert ist und die Identität bedroht. Es muss sich um ein disruptives Ereignis handeln. Eine Polykrise wiederum bedeutet, dass die verschiedenen disruptiven Schocks zusammenwirken – es gibt nicht mehr nur einen einzelnen Auslöser – und im Ergebnis noch fatalere Auswirkungen hervorrufen sowie eine eigene Dynamik entwickeln.

Ein Blick in das Jahr 2008/09 und auf die Krisen dieses einschneidenden Zeitabschnitts – Finanzkrise, Russlands Einmarsch in Georgien, die WTO-Krise, ein gescheiterter Klimagipfel und die grassierende Schweinegrippe – wirft die Frage auf, ob die Polykrise wirklich ein neues Phänomen ist. Die Impulsgeberin nennt Jean-Claude Juncker als Initiator des Begriffs „Polykrise“; das war im Jahr 2016. Doch bereits damals hatte der Begriff einen Bezug zu den 1970er-Jahren und zur damaligen Situation sich mehrfach überlagernder krisenhafter Phänomene. Sind Polykrisen tatsächlich so ungewöhnlich wie angenommen?

Unabhängig von der Aktualität des Polykrisen-Begriffs – die Fähigkeit der Antizipation zur Bewältigung der Krise geht im Fall der Polykrise verloren. Hinzu kommt, dass der Fokus auf einzelne Krisen sowie der Versuch, diese zu antizipieren, sich nicht länger lohnen wird. Polykrisen sind das „neue“ Normal, und diesem muss anders als zuvor begegnet werden. Es gilt, sich an diesen Trend anzupassen und innovative Handlungsansätze zu ermitteln. Ein Hinweis von Ulrike Zeigermann ist, Resilienzstrategien zu entwickeln und zusätzliche Akteur*innen aus Wissenschaft und Praxis einzubeziehen.

Für eine gelungene Prävention der Polykrise bleibt dahingestellt, wo Interventionen ansetzen müssen und auf welchen Ideen der Schwerpunkt liegen sollte. Mit welchen Folgen ist zu rechnen, sobald Krisen nicht mehr sukzessive auftreten, sondern zusammenfallend?

Krisenrhetorik

In der anschließenden Diskussion stellt ein Teilnehmer fest, dass der Begriff „Polykrise“ als eine Art Antrieb genutzt werden kann und sollte. Das Momentum kann Politiker*innen zunehmend aktivieren und den Verdrängungsmechanismen entgegenwirken. Das Framing einer Krise ist dabei ausschlaggebend. Die Art und Weise, wie über Krisen geredet wird, wirkt sich darauf aus, wie Krisen wahrgenommen werden.

Zur Veranschaulichung dienen die Polykrisen in den 1970er-Jahren: Hatte die damalige Situation so dramatische Konsequenzen, wie sie bei der jetzigen Polykrise befürchtet werden oder lässt sich die gegenwärtige Diagnose etwas entdramatisieren? Eine Teilnehmerin stimmt dem zu und betont die Bedeutung eines positiveren Krisen-Framings. Wenn Krisen eher als Chance, denn als Gefahr tituliert werden, sind Maßnahmen wie beispielsweise das frühere Sonntagsfahrverbot besser durchzusetzen.

Zudem ist zwischen *Problem* und *Krise* zu unterscheiden, denn es handelt sich nur dann um Krisen, wenn sie von denjenigen, die sie erleben, auch als solche wahrgenommen werden. Es folgt der Einwand, dass die Einschätzung der Krise als Krise vielmehr davon abhängt, ob deren Auswirkungen Menschen persönlich treffen oder nicht. Ein Diskutant stellt die These auf, dass der globale Norden momentan eine quantitative Steigerung der Krisen registriert, da er unmittelbar involviert ist. Es ist wichtig, sich bewusst zu machen, über wessen Krisen und in welchem Stadium über eine Krise gesprochen wird.



Eine Teilnehmerin wirft an dieser Stelle kritisch die Frage auf, wer Interesse an einer Krisenrhetorik hat. Welche Akteur*innen profitieren beispielsweise von einem „Flüchtlingskrise“-Framing und setzen diese Terminologie für ihre Interessen ein? Dagegen kommt der Einspruch, dass Krisenrhetorik durchaus aufrütteln kann. Im Fall der „Klimakrise“ ist es möglicherweise hilfreich, von einer Krise und nicht nur von einem Problem oder einer Herausforderung zu reden. Somit kann die Politik ein „dramatischeres“ Framing nutzen, um die Zivilgesellschaft zu alarmieren. Die Tatsache, dass die Mehrheit in der deutschen Bevölkerung für ein Tempolimit 130 auf Autobahnen ist, hängt wohl auch mit der Krisenkommunikation zusammen und mit der dadurch erhöhten Bereitschaft, das eigene Verhalten zu ändern.

Krieg und Umwelt

In der Gesprächsrunde stellt sich die Frage, ob Krisen sich nicht nur gegenseitig bedingen, sondern auch gegenseitig aufheben können. Ein Gesprächspartner nennt hier das Bild einer Krisenkreuzung, geprägt von Jacob Burckhardt. Zwei Krisen können sich demnach in ihren Überschneidungen auch positiv beeinflussen: Die Ressourcenknappheit von Öl und Gas infolge des russischen Kriegs gegen die Ukraine wirkt sich demnach beispielsweise positiv auf die ökologische Krise aus. Krisen müssen sektoral gedacht werden, allerdings darf die Lösung einer Krise nicht die Verschlechterung einer anderen zur Folge haben, wendet eine Teilnehmerin ein. Und genau hier sieht sie das Problem der sich kreuzenden Krisen. Zwar könnte man denken, dass der russische Krieg der Klimakrise Abhilfe verschafft, jedoch ist der politische Kurs Deutschlands der einer Wiederherstellung des Status vor dem Krieg: Es ist der Versuch einer Kompensation – der in diesem Fall ökologische „Gewinn“ des Krieges verfällt, da der Staat versucht, wieder zur Vorkriegssituation zu gelangen. Eine Teilnehmerin beleuchtet eine weitere Problematik der Bestrebungen, den Status quo erneut herzustellen: Die ausstehende Energiewende wird nicht genutzt, um veraltete Machtstrukturen und Gerechtigkeitsprobleme anzugehen. Dabei könnte man das Momentum nutzen, um im Zuge der Energiewende tiefgreifende Strukturen zu ändern.

Bei all dem bleibt der Punkt der Antizipation weiter offen: Kann die Fähigkeit zur Vorhersehbarkeit im Fall von Polykrisen komplett verloren gehen – hätten die zuständigen Institutionen nicht gewisse Krisen kommen sehen müssen? Denn ohne Antizipation von Krisen handeln Regierungen unvorbereitet und geraten in einen gewissen Handlungsdruck, anstatt präventiv zu agieren. Ein Teilnehmer wirft ein, dass Krisen zwar wahrgenommen werden, aber vorhandene Lösungsansätze schlicht nicht umsetzbar sind oder es gar an brauchbaren Ansätzen fehlt. Krisen an sich sind keine neu auftretende Gegebenheit, doch aufgrund der erhöhten Frequenz und der Globali-



tät fehlen entsprechende Governance-Systeme, um angemessen auf diese reagieren zu können. Das Problem ist klar, aber die Frage nach dem richtigen Rezept bleibt. Eine Teilnehmerin ergänzt, dass die Welt zu komplex ist, um alle Krisen voraussehen zu können. Außerdem geht mit der Polykrisenlage auch eine Polyakteur*innenlage einher, was die Komplexität noch mehr forciert.

Zukunftsvisionen

Ob die Klimakrise überhaupt noch zu bewältigen sei, fragt sich. Die Gegenfrage: Welche Ziele verfolgt die Gesellschaft und mit welcher Perspektive blickt sie in die Zukunft? In Deutschland herrscht Pessimismus par excellence. Es fehlt an einem positiven, erstrebenswerten Zukunftsbild – und damit fehlen Anreize und eine Vision, auf die hingearbeitet werden kann. Ohne das bleibt lediglich der Versuch, den Status quo wiederherzustellen, als treibende Kraft übrig.

Nun könnte man fragen, ob Bedarf an einer vorantreibenden Vision besteht. Gesellschaftssysteme sind in der Lage, auf Krisen zu reagieren und mit diesen umzugehen. Hierfür braucht es allerdings den wichtigen Faktor Zeit. Wenn jedoch extreme Problemlagen wie die Klimakrise auftreten und Zeit ein knappes Gut ist, sind Beschleunigungsfaktoren nötig. Nicht nur Visionen sind erforderlich, darüber hinaus ist es Aufgabe der Wissenschaft, die Dringlichkeit der Realität an die Zivilgesellschaft heranzutragen, um sie zum Handeln zu bewegen. Eine Rednerin teilt ihre Erfahrung mit der Runde, dass in Zeiten von Krisen ihr Unternehmen oft mehr Gehör gefunden hat, somit Krisen sich ebenfalls als korrekativer Beschleunigungsfaktor eignen.

Zuletzt beleuchtet ein Beitrag die Problematik des fehlenden disruptiven Schocks angesichts der Klimakrise: Hier handelt es sich eher um eine schleichende Krise, weshalb der sonst entstehende Beschleunigungsdruck ausbleibt. Umso wichtiger sind radikale Bewegungen, denn wenn die Krise nicht zu verhindern ist, sollte wenigstens der politische Druck dahinter gestärkt werden. Die Diskussion endet mit einem Appell eines Teilnehmers, auf die Straße zu gehen und sich Bürger*innenbewegungen anzuschließen, um so Einfluss auf die Krisensituationen zu nehmen.

Klimakrise – Die Politik im Balanceakt

Jan Peter Schemmel, Sprecher der Geschäftsführung des Öko-Instituts e.V. in Berlin, widmet sich in der zweiten Session des Dialog-Cafés der Leitfrage, inwiefern eine Balance zwischen ökologisch effektiven, dennoch wirtschaftlich und sozial akzeptablen Maßnahmen zu finden ist. Er benennt die folgenden drei Ansätze als mögliche Handlungsoptionen.

Als erstes ist es essenziell, die Ungleichgewichte in der Gesellschaft als solche zu benennen und zu adressieren. Ansonsten werden die bereits existierenden Ungerechtigkeiten politisch nicht angegangen. Daraus resultiert, dass ausschließlich *die* Ungleichheiten, welche durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise entstehen, als solche titulierte und angegangen werden. Übersehen wird, dass es vor den Klimamaßnahmen schon längst Disbalancen in der Gesellschaft gab. Das sieht man am Beispiel stark fossilbefahrener Straßen: Wer ist am meisten betroffen? Nicht die Autofahrer*innen, sondern Menschen, die in den meist günstigeren Wohnungen an verkehrslauten Straßen leben – also ein klassistisches Ungleichgewicht, bevor überhaupt Klimaeinschränkungen beschlossen werden.

Die Schräglage lässt sich ebenfalls in Produktions- sowie Konsummustern verorten. Auch hier muss nach den am stärksten Betroffenen gefragt werden. Wohlhabende konsumieren automatisch mehr als einkommensschwächere Schichten. Ein höherer Konsum bedingt einen höheren ökologischen Fußabdruck – die Kosten tragen allerdings nicht ausschließlich deren Verursacher*innen, sondern auch hier, wieder ungleich verteilt, alle Mitglieder der Gesellschaft.

Sogar hinsichtlich der Zeitschiene lässt sich eine Ungerechtigkeit feststellen. Bürger*innen, die auch in 20 Jahren am wirtschaftlichen Leben beteiligt sind, werden sich immens in ihren CO₂-relevanten Freiheitsrechten einschränken müssen, sollten jetzt nicht genügend Schritte erfolgen. Wer jetzt über Einschnitte in Grundrechte debattiert, muss wissen, dass diese Maßnahmen später noch ungerechter ausfallen, da sie härter greifen müssen als zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Jan Peter Schemmel betont, dass sich Politik und auch Gesellschaft über Wirkungen und Änderungen innerhalb des Systems im Klaren sein müssen. An dieser Stelle ist die Wissenschaft gefragt. Je fundierter Untersuchungen und Bewertungen von Seiten der Wissenschaft stattfinden, desto akkuratere Regulierungen und Maßnahmen können beschlossen werden. Als Beispiel dient die Frage, ob Wasserstoff das Mineralwasser oder der Champagner unserer Zeit ist. Der Impulsgeber sieht Wasserstoff aufgrund seiner Preisklasse klar als Champagner an, doch trotzdem erfreut Wasserstoff sich großer Beliebtheit. Das Wissen um die Quantität und das Preisniveau von Wasserstoff muss seitens der Wissenschaft präzise aufbereitet und kommuniziert werden. Um im Gleichgewicht von Preis und verfügbarer Menge zu bleiben, braucht es Verständnis für das Gleichgewicht – und dafür die Wissenschaft.

Der dritte Ansatz, um eine ausgewogene Balance zu finden, ist quasi die Balance selbst. Und zwar muss der Drahtseilakt zwischen der Umwelt als Ressource, zum Beispiel um Rohstoffe zu gewinnen, und der Umwelt als ökologische Ausgleichsfläche gewahrt werden. Voraussetzung ist, sich die Ernsthaftigkeit der Lage bewusst zu machen, aber es braucht auch Zuversicht, das Ziel zu erreichen. Die Zuversicht speist sich aus positiven Zukunftsnarrativen, welche den Anstoß für Transformationen liefern können. Ein solches Narrativ kann beispielsweise die ansprechende Vorstellung einer klimaangepassten Stadt sein: Es ist sehr viel schöner darauf hinzuarbeiten, als das Vermeiden von Weltuntergangsszenarien stetig vor Augen zu haben.

Kipppunkte und soziale Gerechtigkeit

Die darauffolgende Diskussion beschäftigt sich ausführlich mit den gesellschaftlichen sowie ökologischen Kipppunkten. Eine Teilnehmerin erinnert daran, dass ökologische Systeme Kipppunkte haben, die sich auch in gesellschaftlichen Prozessen wiederfinden. Gesellschaftliche Umwälzungen sieht sie deshalb nicht als für sich stehendes Ereignis, sondern als Kipppunkt eines meist längeren Prozesses.

In Bezug auf die Klimakrise muss wohl abgewartet werden, ob ausreichend Aushandlungsprozesse stattgefunden haben und weiterhin stattfinden, um den Kipppunkt in der Gesellschaft zu erreichen. Aus einer optimistischen Perspektive kann darauf vertraut oder gehofft werden. Schließlich zeigt die Ideengeschichte, dass technische Lösungen oder kulturelle Entwicklungen nur schwer vorhersehbar sind. Entwicklungen, die undenkbar erschienen, können infolge von Kipppunkten realisierbar werden. Selbst Veränderungen im Kleinen zählen. So könnte Fast Fashion als Folge eines solchen Kipppunktes nicht länger als Statussymbol angesehen werden, sondern im Gegenteil Secondhandkleidung das neue Must-Have sein.

Die Rolle der Narrative ist in diesem Fall entscheidend. Wenn gebrauchte Klamotten als Statussymbol „geframed“ und von einem positiven Narrativ begleitet werden, verlangsamt sich das Erreichen der Kipppunkte. Oft sind die Vorstellungen, wie das Leben ohne gewisse Annehmlichkeiten aussieht, lückenhaft, weshalb über die positiven Seiten des „weniger Habens“ zu reden wesentlich ist. Ein Teilnehmer gibt zu bedenken, dass die Zeit nicht ausreicht, um auf das Erreichen der Kipppunkte zu warten. Vielmehr braucht es technologische Modernisierung, um der Klimakrise zu begegnen. Die Dringlichkeit ist immens, doch lähmt diese eher, als zum Handeln zu ermutigen.

Ein Blick auf die administrative Ebene bestätigt laut einem Teilnehmenden diesen Eindruck: Denn trotz der Brisanz geschieht im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu wenig. Warum werden die Parkgebühren nicht exemplarisch erhöht, um die Nutzung des ÖPNV reizvoller zu gestalten? Schleppendes Vorankommen entmutigt Bürger*innen. Global betrachtet stellt sich zusätzlich die Frage, ob das Handeln und Verhaltensänderungen der Zivilgesellschaft vergeblich sind, wenn nicht alle Staaten eine gemeinsame Linie verfolgen. Als Gegenargument wird die Vorbildfunktion in die eine wie die andere Richtung angeführt: Deutschland kann und sollte seinen großen Einflussbereich nutzen, um ein positives Beispiel im Bereich der Klimamaßnahmen abzugeben.

Postwachstum oder technologische Innovationen

Elementar ist, so ein Gesprächsbeitrag, sich nicht von einem positivistischen Narrativ zum nächsten zu hangeln und dabei auf ökologischen Konsum und Klimaneutralität durch Klimazertifikate zu setzen. Ökologischer Konsum ist in sich ein Oxymoron. Das Ziel sollte nicht sein, das bisherige Verhalten mit minimal angepassten Methoden aufrechtzuerhalten. Zur Veranschaulichung werden Hersteller von Konsumprodukten benannt, welche progressive Konzepte ausarbeiten, um klimaneutral zu werden – und damit werben. Ein Teilnehmer hält sich und den Anderen den Spiegel vor: „Wenn ich ehrlich bin, mein Kleiderschrank ist voll – Ihrer bestimmt auch“. Anstatt durch grüne Innovationen, aber quantitativ stagnierenden Konsum Klimaneutralität zu erreichen, sollte von Beginn an nachhaltig konsumiert werden.

Aus der Runde kommt der Einwand, dass technische Lösungen von Seiten der Naturwissenschaften bereits existieren. Anstatt den Fokus auf Einschränkungen zu legen, sollten sich Lösungsansätze auf Energie und Elektrifizierung konzentrieren. Die Postwachstumsdebatte findet nur noch in Nischen statt, die Mehrheit der Bevölkerung setzt eher auf technologische Innovationen. Im Bereich Verkehr schreitet die Elektrifizierung längst voran, während sie im Bereich der Strombereitstellung noch auf sich warten lässt, da die Finanzierung von Innovationen oft ausbleibt.

Eine weitere Diskutantin wirft ein, dass es mehr demokratische Entscheidungen in der Abwägung technologische Initiativen vs. Postwachstum braucht. Denn bisher sieht sie, vielleicht auch aufgrund der Elektrifizierung des Verkehrs, keine Einschränkung auf Seiten der Mobilität – es wird eher einseitig auf Technologien gesetzt, anstatt die Balance zwischen den beiden Strängen zu wahren und diese demokratisch zu gestalten.

Als problematisch wird identifiziert, dass mit der Verknappung von Energien und der fossilen Reduzierung nicht Maßnahmen zugunsten sozialer Gerechtigkeit einhergehen. Die Folgen der Anpassungsnarrative, beispielsweise eine Preiserhöhung beim Spirit, wären sozial ungerecht. Die Diskussion greift die Tatsache auf, dass höhere Preise Besserverdienende weniger belasten, aber andere Milieus auf den ÖPNV ausweichen müssen. Das Ergebnis wäre jedoch ökologisch tragbar, da die Gruppe der autofahrenden Elite verhältnismäßig klein wäre. Das veranschaulicht, dass klimaangepasste Einschränkungen ökonomisch schwächere Schichten stärker treffen und dementsprechend sozial ungerecht verteilt sind.

Dies wiederum resultiert in sozialem Unfrieden und ist schlicht keine Lösung. Gerade die Energiepreiserhöhung dient als Beispiel für eine Umverteilung auf Kosten der Geringverdiener*innen. Andere politische Entscheidungen wie das Dienstwagenprivileg oder zu Teilen auch die Pendler*innenpauschale stellen sich als umweltschädliche Subventionen heraus und werden auf den Schultern einkommensschwacher Schichten ausgetragen. Sobald umweltschädliche Subventionen abgebaut werden, folgt Protest, hauptsächlich aus wohlhabenden Schichten. Jan Peter Schemmel schlägt vor, auf das alte Modell der Steuer und Finanzreform zurückzugreifen. Die externen Kosten werden internalisiert, was beispielsweise in einem steigenden CO₂-Preis resultiert. Diese Kosten werden dann aufkommensneutral pro Kopf zurück verteilt. An den Daten für eine solche Strategie wird derzeit gearbeitet.

Der Impulsgeber schließt die Diskussion mit der Position ab, dass die Politik aufgrund des Zeitdrucks gewisse Diskurse, wie die Frage der Fortführung von Atomkraftwerken, nicht ewig führen sollte. Das hat zur Folge, dass nicht alle mitgenommen werden können. Der Versuch, die gesamte Bevölkerung für den Klimawandel und dafür notwendigen Umsetzungsschritte zu gewinnen, kann jedoch in einer False Balance münden. Eine Gegenrevolution als Antwort auf eine Revolution ist normal, trotzdem muss an einer klaren technologischen Linie festgehalten werden, um auch die Wirtschaft klimafreundlich umzugestalten. Es braucht eine Balance zwischen all den verschiedenen angesprochenen Maßnahmen, um dem Klimawandel effektiv entgegenzutreten zu können.

Resümee

Als Mitglied des Kleinen Konvents hat Prof. Anselm Hager Ph.D. das Dialog-Café begleitet. Er fasst seine Eindrücke und die Ergebnisse der Gespräche zusammen:

*Im Dialog-Café 2 hat sich der Große Konvent dem Thema „Krise“ gewidmet und dabei sowohl multiple Krisen im Allgemeinen – Polykrisen – als auch die Klimakrise im Speziellen diskutiert. Die Diskussion zu Polykrisen durch einen Impuls von Ulrike Zeigermann fokussierte sich dabei auf die derzeit „virulente“ Coronakrise, den Ukrainekrieg und die Inflation sowie längerfristige Trends wie Bevölkerungswachstum und Klimawandel. Ein wichtiger Diskussionspunkt der Gruppe war, ab wann eine Veränderung als „Krise“ wahrgenommen wird. Im Gespräch stellten sich dabei drei wichtige Kriterien heraus. Zunächst sind Krisen tendenziell schwer vorherzusehen. Die Covid-19-Pandemie hatten beispielsweise nur einige wenige Expert*innen als potenzielle Gefahr auf dem Schirm, nicht aber die breite Bevölkerung, auch wenn die Ausbrüche der Schweinegrippe oder Ebola eine Warnung hätten sein können. Zum anderen sind Krisen – zumindest in der persönlichen Wahrnehmung – disruptiv. Leichte Veränderungen reichen nicht aus, um den Begriff Krise zu rechtfertigen. In einer Krise stehen fundamentale Veränderungen an – wie beispielsweise die veränderte Wahrnehmung von Sicherheit seit dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine. Zuletzt stellen Krisen meist einen Wendepunkt dar. Es gibt also kein „weiter so“, sondern es drohen fundamentale Veränderungen, die gekommen sind, um zu bleiben. Hier ist insbesondere*

der drohende Kippunkt der Klimakrise als prägnantes Beispiel zu nennen. Die drei Kriterien zeigen, dass Krisen immer auch auf persönlichen Wahrnehmungen basieren – jeder nimmt Krisen anders wahr.

Um den Begriff Krise konkreter zu fassen, wurde im zweiten Teil des Dialog-Cafés die Klimakrise thematisiert. Ein weiterer sehr eindrücklicher Impulsvortrag von Jan Peter Schemmel machte deutlich, dass große Herausforderungen warten und dennoch (hoffentlich) Licht am Ende des Tunnels zu erkennen ist. Besonders spannend war dabei, dass Schemmel die meisten Vorbehalte der Diskussionsteilnehmer entkräften konnte. Dies hinterließ, zumindest bei mir, den Eindruck, dass Politik und Experten vermutlich weiter in der Bekämpfung der Klimakrise sind als in der Bevölkerung angenommen und dass einige Vorbehalte nur „straw man“-Argumente zu sein scheinen. Als Beispiel wäre der Vorschlag zu nennen, doch weiter auf Atomkraft als Technologie zu setzen. Hier wurde recht schnell deutlich, dass Atomkraft auf Uran angewiesen ist, was weitestgehend aus Russland stammt – und somit in geopolitisch kaum zu vertretende Abhängigkeiten führen könnte. Auch der Vorbehalt, die Klimakrise sei kaum abzuwenden, weil zukünftige Emissionen aus Entwicklungs- und Schwellenländern kommen, die einen berechtigten Wunsch nach Wachstum und Wohlstand anmelden, konnte mit dem Verweis auf die Vorbildfunktion von Europa entkräftet werden. Und dennoch blieb am Ende der Diskussion eine Dissonanz hinsichtlich der eigenen Verantwortung im Raum stehen. Inwieweit muss die Gesellschaft auf Verbote, Nudging und Normen setzen, um Emissionen zu reduzieren? Führt ein solcher Paternalismus möglicherweise zu Abwehrreaktionen, weil Entscheidungsfreiheit zu stark eingeschränkt wird – und das auch noch von „denen da oben“?



Dialog-Café 3: Ungleichheit

Impulsgeberinnen:

Cora Maria Malik, Kulturhaus Karlstorbahnhof e.V., Heidelberg

Yaël Koutouan, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Begleitung: Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, KIT-Distinguished Senior Fellow und Dr. Marilena Geugjes, Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit, Wiesbaden

Moderation: Dennis Weis, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Luca Müller und Dennis Weis

Im Alltag begegnen uns in allen Bereichen verschiedene Ausprägungen von Balancen. Wo es Balancen gibt, muss es aber in ihren Aushandlungsprozessen auch zu Disbalancen kommen. Soziale und in diesem Rahmen kulturelle Disbalancen führen im schlimmsten Fall zur Diskriminierung und Ausgrenzung bestimmter Gruppen im sozialen Gefüge. Es entsteht Ungleichheit. Die Kultur als Spiegel einer Gesellschaft ist als Indikator für das Vorkommen von Ungleichheit prädestiniert. Welche Menschen sind an der Schaffung von Kultur beteiligt und ist das gerecht? Wer bestimmt, was als Kultur innerhalb der Gesellschaft angesehen wird und wer repräsentiert sie? Und über all dem die Frage: Wer hat überhaupt Zugang zu Kultur?

Miteinander sprechen statt übereinander

Mit ihrem Impuls zu Kulturgerechtigkeit beginnt Cora Maria Malik die erste Session des Dialog-Cafés „Ungleichheit“. Cora Maria Malik ist Geschäftsführerin des Kulturhauses Karlstorbahnhof e.V. in Heidelberg und war davor bei unterschiedlichen Kultureinrichtungen und in der kulturpolitischen Kommunikation tätig. Welchen Herausforderungen müssen Kultureinrichtungen begegnen? Die Gesellschaft, so sagt sie, wird zunehmend diverser, was auch im kulturellen Sektor zu deutlicher werdenden Rufen nach Inklusion führt. Bedauerlicherweise ist der Bereich der Kultur nicht frei von Abgrenzung, von „Uns“ und den „Anderen“ und deshalb in besonderer Weise gefragt. Kulturhäuser sind Resonanzräume und Labore der Gesellschaft. Wer aber Zugang zu diesen Räumen hat, wer das Programm bestimmt und für wen es gemacht wird, bildet nicht immer Kulturgerechtigkeit ab.

Cora Maria Malik präsentiert drei Punkte aus der Perspektive eines soziokulturellen Zentrums: zunächst die Kulturförderung. In den Städten erhalten die großen Häuser das meiste Geld. Über 80 Prozent des Kulturetats gehen an einige wenige Einrichtungen, während die meisten anderen Akteur*innen sich die übrigen 20 Prozent teilen



müssen. Kultur nimmt an dieser Stelle eine Rolle als Standortfaktor ein, wo „Leuchttürme“, in die viel Geld fließt, auch viele Leute anziehen sollen. Gleichzeitig besuchen nur etwa 20 Prozent der Menschen diese von Steuergeldern finanzierten Häuser, die gemeinhin dem hochkulturellen Sektor zugerechnet werden. Dieses Ungleichgewicht führt vor allem bei kleinen unabhängigen Einrichtungen zu oftmals prekären und unsicheren Arbeitsverhältnissen. Auch multiple Projektförderungen sind nur ein Pflaster auf die Wunde der Ungerechtigkeit, eher ein Flickenteppich, da hier ebenfalls alle aus denselben Töpfen schöpfen können und müssen. Also bleibt die Frage, wessen Kulturarbeit in einer pluralen Gesellschaft finanziert wird?

Finanzielle Fragen stellen sich selbstverständlich auch für das Publikum im Kulturbereich. Wer kann sich Theater leisten? Zumal wenn in der gegenwärtigen Situation gestiegene Energiekosten auf die Eintrittskartenpreise umgelegt werden: Für einen beträchtlichen Teil des Publikums eine noch höhere Barriere als soziale Hürden und somit für den Zugang zu Kultur verhängnisvoll.

An dieser Stelle knüpft Cora Maria Maliks zweiter Punkt zur Betrachtung von Kulturgerechtigkeit direkt an. Es geht um den Zugang zu Kultur. Wer macht unsere Kultur für wen? Weder die Szene der Kulturschaffenden noch das Publikum spiegeln in der Regel die Gesellschaft wirklichkeitsnah wider. Der Anteil der queeren oder migrantischen Akteur*innen ist weiterhin verschwindend gering. Die Impulsgeberin diagnostiziert bei diesem Phänomen eine Form von Angst unter den gestandenen Kulturakteur*innen, etwas abgeben oder auch nur teilen zu müssen. Ob Macht, Ansehen oder andere Faktoren, wer sich innerhalb des Kulturbetriebs in bestimmten Positionen und Strukturen befindet, möchte diese, wie in anderen beruflichen Feldern, nicht abgeben. Das Theater wie auch der gesamte kulturelle Betrieb bilden hier deutlich weniger den avantgardistischen Ansatz ab, der ihnen gern zugesprochen wird. Auch hier tragen Machtasymmetrien und der menschliche Umgang damit zu einer Verhärtung der bestehenden Strukturen bei. Den ersten Schritt zur Lösung sieht Cora Maria Malik in der kritischen Selbstbetrachtung von Kulturhäusern. Wie sie selbstkritisch feststellt, sollte das eigene Team im Karlstorbahnhof noch diverser aufgestellt sein, allerdings arbeitet man an einer sukzessiven Veränderung. So ein Prozess kann schmerzhaft und schwierig sein, bleibt aber essenziell, um Veränderungspotenziale auszuschöpfen.

Abschließend kommt die Impulsgeberin zu ihrem dritten Punkt, der „Gerechtigkeit der Sichtbarkeit“. Welche Kunst und Kulturprojekte stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte? Bleiben queere, migrantische oder andere kulturelle Beiträge in der Nische, die ihnen zugeteilt wird, können sie ihre Potenziale zu gesellschaftlicher Veränderung nicht ausspielen. An der Sichtbarkeit von Kunst lässt sich oftmals ihr Wert ablesen.

Doch wer misst den Wert einer kulturellen Veranstaltung? Cora Maria Malik nennt hier ein Beispiel aus ihrer Alltagsarbeit: Die Öffentlichkeit, die sich der Karlstorbahnhof über Jahre erkämpft und geschaffen hat, wird wie auch die Bühne wortwörtlich geteilt. Man kann dadurch andere künstlerischen Herangehensweisen und Perspektiven ins Rampenlicht ziehen. Denn Kulturgerechtigkeit, so schließt Cora Maria Malik, heißt für *die* Gleichberechtigung zu sorgen, die der bunten, spannenden und lebendigen Zusammensetzung unserer Gesellschaft gerecht wird.

Kulturförderung: Strukturen, Räume und Möglichkeiten

Eine Teilnehmerin thematisiert zu Beginn der Diskussionsrunde die öffentliche Wahrnehmung der finanziellen Ausstattung und Aufteilung der Ressourcen unter Kultureinrichtungen. Wissen die Steuerzahler*innen, dass es ein so deutliches Gefälle in der Zuteilung von Geldern an einige wenige Institutionen gibt? Erst dann kann die Öffentlichkeit beurteilen, ob knappe Mittel gerecht verteilt werden. Eine Teilnehmerin aus der Kulturbranche ergänzt, dass der Leitsatz, nicht übereinander, sondern miteinander zu reden, zentral ist. Schauen, wohin Fördergelder und Steuermittel fließen, bleibt wichtig. Trotzdem darf nicht dem Impuls nachgegeben werden, untereinander in eine Konkurrenz zu treten, die Verlierer schafft: Wer macht und zeigt die „wichtigere“ Kultur? Wer erhält demnach mehr Geld? Hochkultur oder Nische? Diesen Auseinandersetzungen muss sich die Kulturbranche gemeinsam entziehen. Der Aufwand hinter Produktionen kann sich stark unterscheiden, dementsprechend werden Fördermittel vermeintlich ungerecht verteilt. Im Rahmen der Kulturförderung geht es zwar primär um Geld, immaterielle Fördermöglichkeiten können jedoch zusätzlich gebracht werden. Ein weiterer Wortbeitrag widmet sich den Strukturen. Schulungen und die Unterstützung bei der Beantragung können dazu beitragen, die Vergabe gerechter zu gestalten. Hier müssen Veränderung und Öffnung ansetzen, um Fördermaßnahmen adäquater einzusetzen.

Eine Soziologin verschiebt den Fokus von der kulturschaffenden Seite auf die Perspektive der Kultur konsumierenden Personen. Sie spricht von der Erwartungshaltung der Menschen gegenüber der durch öffentliche Mittel finanzierten Kunst. In Teilen der Bevölkerung besteht der Anspruch, dass Steuergeld in künstlerische Beiträge und Kultur fließt, die einem bestimmten Anspruch gerecht werden. Dabei handelt es sich häufig um eher konventionelle Formen der Kulturarbeit. Vor allem für kleinere Projekte, die sich selbst finanzieren müssen, kann eine solche Erwartungshaltung gefährlich werden.

Nicht kulturfern, sondern fern der Hochkultur

Nach dem intensiven Austausch über finanzielle Kulturgerechtigkeit richtet die Gesprächsrunde ihr Augenmerk auf den Zugang zu Kunst aus sozialer Perspektive. Hohe Eintrittspreise sind eines der restriktiven Mittel, das den Zugang erschwert. Darüber besteht Einigkeit. Wie oder ob überhaupt ändert sich die Zusammensetzung eines Theaterpublikums, wenn Eintrittspreise gesenkt werden und mehr Leute sich diese leisten könnten? Weniger kulturaffine Menschen finden dadurch jedoch nicht zwangsläufig den Weg ins Theater oder andere Kultureinrichtungen. Die eigenen Vorlieben definieren für viele, welche Teilhabe sie an Kultur haben und vor allem auch haben wollen. Das Entscheidende sind also nicht günstige Ticketpreise, so eine Teilnehmerin. Vielmehr gilt es, die Grenzen zwischen Hochkulturen, Subkulturen oder marginalisierten Kulturen aufzuweichen und alle diese Formen zugänglicher zu machen.

Kultur als Distinktionsmerkmal kann in beide Richtungen funktionieren. Subkulturen sind schon lange nicht mehr Untergrundkulturen, sondern vielmals inszenierte und kommerziell erfolgreiche Massenphänomene. Sie werden von elitären Gruppen argwöhnisch betrachtet oder aber gezielt genutzt. Genau hier entscheidet sich aber die Deutungshoheit über Kultur. Wer definiert, was unter Hochkultur zu verstehen ist,

bestimmte lange, wo finanzielle Förderung hinfließt, wo Schwellen der Teilhabe geschaffen werden und wo somit Gerechtigkeit in der Kultur stattfindet – oder eben fehlt.

Kulturelle Repräsentation

Die zweite Session des Dialog-Cafés wird von Yaël Koutouans Impuls geprägt. Sie ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts „Staging Differences“ an der Universität Mainz. Yaël Koutouan analysiert in ihrem Impuls die kulturelle Repräsentation von marginalisierten Perspektiven, mit Fokus auf Black, Indigenous and People of Colour (BIPOC) im Theater. Sie bezieht sich auf zwei Inszenierungen der Regisseurin Anta Helena Recke, die auch Schwerpunkt ihrer Forschung sind. Die Regisseurin führte 2017 die Bühnenadaptation des Romans „Mittelreich“ von Josef Bierbichler mit einem rein schwarzen Ensemble auf, was, so die Impulsgeberin, eine sehr gemischte Resonanz hervorrief.

Mit ihrem persönlichen Eindruck nach dem Besuch des Stücks „Die Kränkung der Menschheit“, einer weiteren Inszenierung dieser Regisseurin aus dem Jahr 2019, führt Yaël Koutouan den Impuls fort: Die Repräsentation Schwarzer auf der Bühne bewegte etwas in ihr, der Blick auf die Bühne ähnelte dem Blick in den Spiegel, sie sah sich selbst. Sie beschreibt ein Gefühl von Ganzheit, von eigener Geltung. Die Eindrücke bewiesen für sie, dass es einen Mangel gibt, von dem sie bislang nichts wusste. Ihre Erfahrung: durch das, was an diesem Abend auf der Bühne für alle Besucher*innen wahrnehmbar stattfand, war auch sie nicht mehr Angehörige einer Minderheit, also Ausnahme, sondern Teil eines neuen Standards, dem der Vielfalt. Die bisher vorherrschende weiße Besetzung von Theaterbühnen wird für kurze Zeit ausgesetzt.

Das Stück bezieht sich auf die drei Kränkungen der Menschheit nach Sigmund Freud (1917): die kosmologische Kränkung durch Kopernikus, die biologische Kränkung durch Darwin und zuletzt die psychologische Kränkung in Form der Entdeckung des Unbewussten. Diese Kränkungen beschreibt Freud in der wiederholten Auflösung alten Wissens. Freuds Analyse verkennt hierbei eine wichtige Kränkung: das Hinterfragen der Menschheit als homogene, weiße Einheit. Die Regisseurin eröffnet mit ihrer Inszenierung eine Perspektive, die dazu einlädt, bekannte Strukturen zu hinterfragen. Sie spielt mit der Verschiebung und Darstellung zentraler Elemente des Stücks und verändert dadurch den Fokus und die Gewohnheiten der Zusehenden. Yaël Koutouan schildert Reaktionen von Kritiker*innen, die aus ethnozentrischer Sicht analysieren, dem sogenannten White Gaze verfallen. Ein Journalist beschreibt eine Szene in einem großen deutschen Theatermagazin als Prozession außereuropäischer Frauen, die bunte Gewänder tragen. Für ihn sind BIPOC auf einer deutschen Bühne also lediglich ein Symbol für das kulturell „Andere“. Der Journalist interpretiert weiter, dass die BIPOC-Statist*innen in dieser Sequenz die deutsche Hochkultur kritisieren. Dieser Blick auf das Anderssein, so die Impulsgeberin, zieht sich durch die Rezensionen der Kulturszene. Daraus schließt sie, dass weiß sein weiterhin die etablierte Norm für die eigene Identifikation darstellt. Vielfalt ist zwar erwünscht, jedoch vom eigenen Dasein abgegrenzt.

Welches Publikum stellt man sich vor, wenn Aufführungen gesehen oder besprochen werden, aus welcher Perspektive wird gesprochen? Die Impulsgeberin beschreibt eigene Erfahrungen und jene der Regisseurin, sich selbst in Produktionen oder im Publikum selten repräsentiert zu fühlen. Daraus entsteht das Bedürfnis marginalisierter und unterrepräsentierter Gruppen, Stücke zu re-inszenieren. Die Reaktionen auf Stücke aus neuen Perspektiven sind für Yaël Koutouan ein Indiz für die Öffnung der Bühnen.

Ein zweites Beispiel: eine Laudatio auf die Regisseurin Anta Helena Recke. Wie die Impulsgeberin berichtet, entwickelte der Redner zunächst die These, dass Frauen Männer



spielen können, ebenso Alte Junge und Weiße Schwarze, generell jede*r alles auf der Bühne darstellen kann. An dieser Stelle folgt ein signifikanter Bruch in der Auseinandersetzung mit der Darstellung von Identitäten: Der Laudator beendet seine Ausführungen, weil ihn Zweifel und Unwohlsein beschleichen, ob er überhaupt dazu befähigt ist, Stück, Interpretation und Perspektiven der Beteiligten zu werten, so seine Begründung. Yaël Koutouan erkennt in diesem Vorfall jedoch das Bewusstwerden der eigenen Rolle des überholten Kulturkritikers, der sich angesichts von Anta Helena Reckes identitätspolitischen Verwirrungen auf kein gefährliches Terrain einlassen möchte. Dieses Unwohlsein greift die Impulsgeberin auf. Sie untersucht die Ursache dieser Reaktion. Kommt sie daher, dass gesellschaftlich nicht hinreichend geklärt ist, ob Sprecher*innen die Perspektiven anderer Identitäten nachvollziehen können? Nur gibt es hier keine Ordnungsinstanz. Die Beteiligten müssen sich neu orientieren, wobei ein gewisses Unbehagen entstehen oder sich verfestigen kann. Denn es löst bei einigen weißen Personen Unsicherheit aus, wenn das Referenzsystem, mit dem sie in der Regel Aufführungen beschreiben konnten, nicht länger funktioniert. Aber genau hier sieht die Impulsgeberin einen Ansatzpunkt, um aus gewohnten und bestehenden Denkmustern auszubrechen. Unwohlsein kann und muss produktiv sein, Unsicherheit darf dazu führen, sich mit Themen zu beschäftigen und einen Prozess des Neu- und Umlernens anzustoßen.

Lernräume: Mit Unwohlsein umgehen

Mit diesem Gedanken beendet Yaël Koutouan ihre Ausführungen und initiiert unmittelbar ein Feedback der Teilnehmenden aus der Kulturszene. Die Impulsgeberin der ersten Session, Cora Maria Malik, beschreibt die Auseinandersetzung mit den genannten Fragen als genau jene, mit denen sich Kulturinstitutionen im Öffnungsprozess beschäftigen müssen. Das Unwohlsein ist ein elementares Mittel, wenn Entscheidungen für und hinter der Bühne getroffen werden, da hieraus institutioneller und letztlich gesellschaftlicher Wandel entstehen kann. Dieser bedarf immer die Auseinandersetzung mit neuen, womöglich fremden Erfahrungen. Sie sind Anstoß eines Perspektivwechsels. Die Mehrheitsgesellschaft kann hier ihr Unwohlsein annehmen und dieses nutzen, um gemeinhin als selbstverständlich erachtete Strukturen zu hinterfragen.

Dem Zustand, der entsteht, wenn neue Akteur*innen ins Bild kommen, durchaus erwartungsvoll entgegenszublicken, schlägt ein Teilnehmer aus der Kulturbranche vor. Es können Räume entstehen, die einen geschützten Austausch über Unbekanntes ermöglichen. Neue Räume sind also die direkte Folge, wenn weitere Akteur*innen das Spielfeld betreten oder darauf sichtbar werden. Mit ihnen und ihren hinzukommenden Perspektiven und Erfahrungsschätzen gelingt es, Konsens zu entwickeln oder Dissens zu diskutieren und im Optimalfall zu überbrücken. Zugleich muss sich jeder selbst mit diesen Lernräumen beschäftigen, insofern sind sie hochgradig individuell.

Unterrepräsentierte Perspektiven überhaupt in den Raum zu bekommen, gelingt in einigen Bereichen der Kulturbranche über Quoten und Diversitätsstrategien für Kulturschaffende. Doch welche Auswirkungen hat realisierte Diversität auf die Freiheit in der Kunst? Die Kunstfreiheit nicht einschränken zu wollen, so eine Stimme aus der Diskussionsrunde, war bisher oftmals ein Argument derjenigen, die bestehende Machtstrukturen beibehalten wollten. Denn vorgeschriebene Regularien und Quoten hindern die künstlerisch völlig freie Entfaltung eigener Ideen und deren Umsetzung. Eine Teilnehmerin aus dem Bereich der kulturellen Bildung führt ein Beispiel aus der Praxis an. Bei Projekten, die Ausstellungen mit (post)kolonialen Themen begleiten, werden stets große Anstrengungen unternommen, BIPoC einzubeziehen. Es gibt Vermittler*innenteams mit diverser Zusammensetzung, die multiperspektivisch auf die Fallstricke dieser Ausstellungen hinweisen sollen, ob durch genaue Textarbeit an Exponaten oder Triggerwarnungen im Vorfeld. Ein negativer Nebeneffekt dieses Ansatzes ist die exponierte Rolle der Vermittler*innen, die als kulturelle Erklärer*innen zu Prellböcken der Resonanz werden. Ein nachhaltigerer Weg, so die Teilnehmerin weiter, liegt in der Umbesetzung auf Führungsebene, die größere Effekte in der Wahrnehmung sich ändernder kultureller Angebote erzielen kann.

Doch wie funktioniert die Repräsentation bislang unterrepräsentierter Gruppen auf der Bühne? Ein Vertreter des Staatstheaters Darmstadt berichtet von Erfahrungen aus der Inszenierung von Mithu Sanyals „Identitti“. Das Ensemble der Aufführung wurde durch Schauspieler*innen verschiedener Ethnien, Geschlechter und Sexualitäten besetzt. Sie spielten allerdings nicht die ihnen gemeinhin zugeordneten Rollen, also jene, nach denen sie phänotypisch gelesen werden. Für das Theaterpublikum war das schwer nachvollziehbar, denn es ist auf die Einhaltung der äußerlich anmutenden Identität sensibilisiert. Diese Praxis, die in der jüngsten Inszenierung von „Identitti“ sichtbar wird, öffnet einen paradoxen Schutzraum, wenngleich bewusst sehr enge Konzepte ausgeweitet werden. Jedoch dann für jene, deren bisherige Partizipation geringer einzuordnen war. Marginalisierte Identitäten können untereinander frei verhandelt werden, die Ausgrenzungserfahrung bleibt. Die Mehrheitsgesellschaft sieht sich mit dem Tabu konfrontiert und so in der eigenen Denkweise dazu aufgefordert, neuen Strukturen gegenüber offen zu sein. Das begründet entstehende Irritationen, rechtfertigt sie aber nicht. Die veränderte Form der Repräsentation ist einerseits Schutzraum für marginalisierte Perspektiven, andererseits Herd der Veränderung für bestehende Konventionen. Es besteht, so der Kulturvertreter, eine lange Geschichte, in der die Räume eng sind, weil sie ausschließlich durch die weiße Mehrheitsgeschichte geprägt sind. Nun muss es die Gesellschaft aushalten, dass Räume zunächst von der anderen Seite verengt werden, um sie anschließend im Idealfall gesamtgesellschaftlich weit zu öffnen und der vorhandenen Pluralität gerecht zu werden.

Wer spielt wen

Nun widmet sich die Diskussion der Verkörperung von Rollen auf der Bühne. Eine Teilnehmerin beschreibt die Problematik des Schauspielberufs, wenn es darum geht, eine vermeintlich andere als die eigene Identität zu verkörpern: Die Auseinandersetzung mit einer Rolle wird durch den plötzlichen Wechsel der Identität erschwert. Es sind Nuancen im Spiel selbst, die sich bei der Darbietung anderer Personengruppen in den Vordergrund drängen. Die Beweggründe für die Besetzung beispielsweise jüdischer Rollen mit Jüd*innen sind keineswegs in politischer Korrektheit zu suchen und zu finden. Die Schwierigkeit besteht darin, dass nicht-jüdische Schauspieler*innen in einer jüdischen Rolle nach Ausdrucksmitteln suchen würden, die eine Figur als klischeehaft jüdisch ausdrücken. Merkmale, die von außen auf bestimmte Identitäten projiziert werden, nehmen dadurch eine prominentere Rolle in deren Darstellung ein und rücken in den Vordergrund. Übertragbar ist dieses Rollenverständnis auf alle Gruppen, egal ob marginalisiert oder nicht. Es ist eines der zentralen Argumente für die Besetzung von



Rollen durch Künstler*innen der jeweiligen Kohorte. Spannend wird diese Auffassung bei der Betrachtung des Schauspielberufs. Denn der Perspektivwechsel ist elementarer Bestandteil der Bühnenerfahrung von Schauspieler*innen und ein wesentliches Transportmittel von (Bühnen)Kultur. Doch solche Perspektivwechsel funktionieren nur bis zur Grenze, die mit der kulturellen Aneignung von Merkmalen anderer Identitäten überschritten wird. Die Impulsgeberin ergänzt in diesem Zusammenhang das Konzept des Körperwissens, also Wissen, das in menschlichen Körpern dauerhaft gebunden und somit nicht übertragbar ist. Es umfasst vor allen Dingen den unbewussten Teil eigener Wissensbestände. Das kann den tatsächlichen Lernprozess für Andere erschweren, denn es betrifft Erfahrungen, die man nicht ohne Weiteres teilt. Den Aspekt Körperwissen unbeachtet zu lassen, kann zu einer falschen Wahrnehmung führen, so ein Teilnehmer weiter. Kunst wird so verzerrt und suggeriert falsche Schwerpunkte. Schauspieler*innen bilden sich dadurch schnell ein, die gespielte Figur zu verstehen, obwohl sie diese in ihrer Darstellung eher einschränken.

In der Folge rückt die Debatte um kulturelle Aneignung am Beispiel des Gedichts „The Hill We Climb“ der Amerikanerin Amanda Gorman in den Mittelpunkt. Im Zuge der Arbeit an der deutschen Übersetzung ging es darum, ob weiße Menschen schwarze Kunst übersetzen und interpretieren dürfen. Die Teilnehmenden der Runde äußern Verständnis für die Rezeption vieler Menschen, die darin einen augenscheinlich abgehobenen Diskurs über Gefühle erkennen. Im Gegenzug besteht die Auffassung, die Auseinandersetzung mit den Inhalten marginalisierter Gruppen biete die Möglichkeit zur Erkenntnis kultureller Erfahrungen anderer Teile der Gesellschaft. Diese Annahme wiederum stellt einen Trugschluss dar, weil Außenstehenden unabhängig von gutgemeinten Perspektivwechseln die kulturelle Erfahrung fehlt, die zum Verständnis der starken Inhalte dieses Gedichts im Speziellen, allerdings auch von Kunst im Allgemeinen, führt. Hier wird die Nähe von Verständnis und Aneignung sehr deutlich sichtbar.

Trotzdem richten sich die abschließenden Worte der Begleiter*innen des Dialog-Cafés auf das enorme Heilungspotenzial von Kunst und Kultur. Kunst als Ausdrucksmittel kann die Macht von Stereotypen aufbrechen, während gleichzeitig die Grenzen dieses Aufbrechens ausgelotet werden. Auf der Bühne ist dieses Potenzial durch das bewusste Besetzen von Rollen zu erreichen, in der Kulturlandschaft durch das gezielte Fördern von Projekten, die Lernräume eröffnen. Kulturgerechtigkeit verlangt darüber hinaus Bewusstsein von allen Akteur*innen. Ist dieses Bewusstsein einmal geschaffen, kann die Kultur ihre gesellschaftliche Vorreiterrolle, so relevant sie auch immer sein mag, nutzen, um ein selbstverständliches Miteinander in der Vielfaltsgesellschaft zu fördern.

Resümee

Dr. Marilena Geugjes und Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, beide Mitglieder des Kleinen Konvents, begleiteten das Dialog-Café. Hier gibt Marilena Geugjes einen Einblick in ihre Sicht der Diskussion:

*Das Dialog-Café war in der Zusammensetzung der Teilnehmer*innen divers, was für die Diskussion bereichernd war. Die Impulsgeberin Cora Maria Malik hatte zwar das Thema Kulturfinanzierung nur angeschnitten, es war aber Hauptdiskussionspunkt der folgenden Gesprächsrunde. Ein Hinweis darauf, dass dieses Thema auch gesamtgesellschaftlich großen Gesprächsbedarf hat. Trotz unterschiedlicher Hintergründe und Meinungen waren die Teilnehmenden um Verständnis füreinander bemüht und die Diskussion fand auf sehr wertschätzende Weise statt. Besonders spannend fand ich das Aufeinandertreffen der Darmstädter Einrichtungen Centralstation und Staatstheater Darmstadt, auf den ersten Blick repräsentativ für ihre jeweiligen Kulturformen: Sub- vs. Hochkultur, obwohl diese Unterscheidung auch kritisiert wurde. Insgesamt ging es sehr eindringlich um Gerechtigkeit, um Gerechtigkeit unter Kulturschaffenden, Gerechtigkeit gegenüber den Kulturkonsument*innen und gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit gegenüber der Kultur in ihrer Gesamtheit. Über einen Punkt waren sich aber alle einig: Kultur ist wichtig und ihre (gerechte) Förderung bedarf mehr Aufmerksamkeit.*

*Die Impulsgeberin Yaël Koutouan hat es in der Debatte um kulturelle Repräsentation verstanden, auf sachliche und unaufgeregte Art und Weise zu irritieren und zu berühren. Als einzige BIPoC-Teilnehmerin der Runde war es sicher nicht leicht, alle anderen Teilnehmer*innen zu einem Perspektivwechsel einzuladen. Gleichzeitig war die Frage, ob ein Perspektivwechsel, beispielsweise im Theater, von Weiß gelesenen Menschen in die Lebenswelt von Schwarzen Personen hinein überhaupt möglich oder sinnvoll ist, eine der zentralen Diskussionsfragen der Runde. Yaël Koutouan führte über ihre eigenen Gedanken und Gefühle zu einem rein mit BIPoC besetzten Theaterstück ins Thema ein. Es ging um den „white gaze“ der*des „default“ Theaterbesucher*in und jede*r, die*der in der Runde saß, hat – teilweise ganz offen – begonnen, die eigene Perspektive zu reflektieren. Dass dieser Prozess nicht angenehm ist, wurde ebenfalls offen thematisiert. Besprochen wurde, wo in unserer Gesellschaft eigentlich die „Schutzräume“ zu finden sind, in denen sich als Weiß identifizierende Menschen üben können, ihre Rassismen zu erkennen, zu hinterfragen und zu verlernen. Ein wichtiger Aspekt schien bei dieser Frage das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land zu sein. Ich habe diese Runde als extrem bereichernd wahrgenommen und als auf genau die richtige und wichtige Art und Weise irritierend.*



Dialog-Café 4: Arbeit

Impulsgeberinnen:

*Beatriz Casas González, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V., München
Jo Lücke, Initiative Equal Care Day, Bonn/Berlin*

*Begleitung: Prof. Dr. Roger Häußling, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
RWTH Aachen*

Moderation: Laura Pauli, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Christopher Hamich und Laura Pauli

Eine gesunde Work-Life-Balance gilt gemeinhin als Schlüssel für beruflichen und privaten Erfolg. Die Prinzipien der Leistungsgesellschaft dominieren in modernen Gesellschaften nicht nur die Arbeitswelt, auch im Privaten sind Maximen wie leistungsbezogene Effizienz und Beschleunigung tonangebend. Wie stehen (Erwerbs-)Arbeit und Leben in einem auf Profitmaximierung basierenden System zueinander? Welche Widersprüche und Ungleichgewichte prägen dieses Verhältnis? Ist es nicht generell paradox, Leben und Arbeit gegeneinander auszutarieren, obwohl sie ganz unweigerlich miteinander verwoben sind? Könnten Modelle wie das bedingungslose Grundeinkommen das System neu denken?

Neben Erwerbsarbeit und Freizeit sind oftmals weitere Verpflichtungen und Aufgaben zu erfüllen, zum Beispiel unbezahlte Care-Arbeit. Den Löwenanteil dieser Sorgearbeit übernehmen Frauen – und nach ihrer Berufstätigkeit noch eine zweite Schicht zuhause, ohne Wochenende oder Urlaub. Zur physischen Beanspruchung kommt die kognitive, denn die Last der Verantwortung für die Alltagsorganisation ist enorm – Stichwort „Mental Load“. Wieso gelingt keine gerechtere Balance bei der Verteilung der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern? Wie kann die Gestaltung der Erwerbsarbeit dazu beitragen? Und wie ist eine faire Bewertung der Care-Arbeit zu erreichen?

Work versus Life?

Die Trennung zwischen Arbeit und Leben ist politisch sowie sozial konstruiert und hat damit eine spezifisch historische Bedingtheit. Mit dieser Verortung beginnt Beatriz Casas González ihren Impulsvortrag in der ersten Session des Dialog-Cafés „Arbeit“. Sie ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München e.V. sowie Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bereits im 19. Jahrhundert trat eine Trennung der Kategorien Erwerb und Freizeit durch die zunehmende Beschäftigung in Fabriken auf. Beatriz Casas González zeigt, wie das Konzept der Privatsphäre und die moderne Kleinfamilie in dieser Zeit erstmals entstehen.



Viele Theoretiker der kapitalistischen Gesellschaft, wie zum Beispiel Marx, sehen Arbeit als eine Tätigkeit, die der Herstellung von Produkten oder der Erbringung von verwertbaren Dienstleistungen dient. Der Aufwand für die Erschaffung und den Erhalt – kurzum die Reproduktion – gesellschaftlicher Funktionen fällt nicht darunter, wird teilweise vollständig ignoriert und einfach vorausgesetzt. Die Reproduktionsarbeit, die sowohl Arbeiten im Haus, die Pflege von Alten als auch die Erziehung der Kinder beinhaltet, wird auch heute noch maßgeblich von Frauen erledigt und oft gar nicht als Arbeit gewertet.

Dennoch hat die Rolle der Frau in der Familie schon damals eine wichtige Funktion für die Produktion in den Fabriken eingenommen. Das kapitalistische Konzept kann nur bestehen, wenn Frauen nach wie vor die private Arbeit zu Hause ohne Bezahlung erledigen und die Kosten für eine solche Arbeit nicht in die gesamtgesellschaftliche Produktionsarbeit eingerechnet werden müssen.

Auch der Faktor Zeit erhielt im 19. Jahrhundert einen neuen Stellenwert, so die Impulsgeberin. Sie sieht deshalb im Konzept der Zeitsouveränität, also der Selbstbestimmung des Individuums über die eigene Verwendung der Zeit, ein wichtiges Werkzeug für mehr Selbstbestimmung, insbesondere auch für Frauen. Ihr zufolge ist es illusorisch, erwerbsfreie Zeit mit Freizeit gleichzusetzen, da im privaten Leben viel Arbeit anfällt und eine Menge an Zeit investiert werden muss, die wiederum der Reproduktion der Gesellschaft dient. Die Impulsgeberin argumentiert, dass Unternehmen wie auch der Staat verpflichtet sind, die Reproduktion von Arbeitskräften zu unterstützen, da sie von deren Leistungen profitieren.

Zeit hat kein Geschlecht

Bezogen auf die heutige Zeit: Wie ist mehr kollektive Zeitsouveränität zu erreichen? Die erste Antwort darauf liegt nahe: Es braucht eine bessere Aufteilung der gesellschaftlich relevanten Reproduktionsarbeit. Beatriz Casas González stellt zum Erreichen dieser Umverteilung das Bedingungslose Grundeinkommen zur Diskussion. Damit, so eine geläufige These, kann das Dilemma der mangelnden Zeitsouveränität, insbesondere bei Frauen, aufgelöst werden.

Die Impulsgeberin unterstützt grundsätzlich die Idee hinter dem Grundeinkommen, meldet aber auch eine gewisse Skepsis an, ob auf diesem Weg ein Beitrag zur gerechteren Aufteilung von Reproduktionsarbeit und damit auch zur Gendergerechtigkeit zu leisten ist. So zeigen verschiedene Studien, dass beispielsweise selbst am Wochenende, vorausgesetzt Männer und Frauen sind dann nicht berufstätig und zu Hause anwesend, Frauen mehr Zeit für die Betreuung der Kinder aufwenden. Für die Zeit

der Corona-Pandemie gilt ähnliches. Daher geht die Impulsgeberin davon aus, dass es mehr als ein bedingungsloses Grundeinkommen braucht, um mehr Zeitsouveränität herzustellen: Es braucht die Veränderung von Geschlechterrollen und -normen. Care-Arbeit darf nicht mehr als weiblich gesehen werden.

Finanzierungsfragen

Beatriz Casas González stellt den Aspekt zur Diskussion, dass die Frage der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht einfach zu klären ist. Kann eine Übergewinnsteuer Teil der Lösung sein? Zur Bezahlbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens gibt ein Teilnehmer aus der Perspektive der Soziologie zu bedenken, dass der Bedarf an Finanzmitteln auch einen erhöhten Produktivitätsdruck zur Folge haben kann, gerade bei denjenigen, die zur Finanzierung beitragen. Wer also Grundeinkommen bezieht und arbeitet, könnte dem Druck ausgesetzt sein, produktiver zu sein als zuvor. Die Impulsgeberin sieht ebenfalls mögliche Probleme in einer Umsetzung des Grundeinkommens, verweist aber darauf, dass die Festlegung eines gesellschaftlichen Minimums einen positiven Effekt für alle haben kann. Ein Eingriff in die aktuelle Ungleichverteilung des Vermögens, der zur Finanzierung des Grundeinkommens notwendig sein könnte, wäre damit am Ende ein Gewinn für alle.

Ein weiterer Teilnehmer bringt die Idee der Finanzierung durch einen Mix aus Vermögens- und Spitzensteuer auf Basis der Thesen des Ökonomen Thomas Piketty in die Runde ein. Aber führt das nicht zur Kapitalflucht der besonders Wohlhabenden? Damit ist zu rechnen, wenn höhere Steuersätze oder neue Steuerarten eingeführt werden. Wie lässt sich das verhindern? Beispielsweise ist eine europaweite Lösung geeignet, dieses Risiko zu verringern. Auch kann die Kapitalbewegung gesetzlich eingeschränkt werden.

Das Konzept der Zeitsouveränität

Intensiv wird der Begriff der Zeitsouveränität diskutiert. Eine Teilnehmerin fragt, ob diese Form der Selbstbestimmung lediglich auf Erwerbsarbeit bezogen sein soll. Beispielhaft erwähnt sie das verwobene Verhältnis von Arbeit und Leben: Manchmal ist das Leben Arbeit, auch nimmt niemand Abschied von seinem Leben, nur weil er oder sie zur Arbeit geht. Dem pflichtet auch die Impulsgeberin bei, weshalb sie das Konzept der Work-Life-Balance nicht hilfreich findet.

Auch im Hinblick auf die Begriffstradition wird das Sprechen von Zeitsouveränität kritisch beleuchtet. Souveränität hat eine enge Verbundenheit mit der Aufklärung und der Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, so der Einwand eines Teilnehmers. Dagegen kann vielmehr von einer Eingebettetheit der Menschen in soziale Strukturen ausgegangen werden. Ein agilerer, dynamischerer Umgang mit Zeit könnte folglich eine treffendere Bezeichnung sein als der Begriff der Souveränität.

Im Gespräch wird überdies die Machtkomponente, die mit dem Konzept der Souveränität verknüpft ist, als problematisch gesehen: mehr Macht, mehr Souveränität? Am Beispiel des Managers wird verdeutlicht, dass viel Verantwortung oder Entscheidungskompetenz im Beruf keineswegs mit einem Zugewinn an Zeitsouveränität einhergehen muss, sondern im Gegenteil mit einem erheblichen äußeren Druck und einem eher geringen Maß an eigener Verfügbarkeit über die Zeit gekoppelt ist. Eine Teilnehmerin merkt zudem an, dass der Souveränitätsbegriff sehr auf die individuelle Betrachtung zugeschnitten ist und man damit Gefahr läuft, die strukturellen Probleme in der Aufteilung von Arbeit und Leben, wie beispielsweise den Gender Care Gap, zu vernachlässigen.

Wert der Arbeit

Mit Blick auf diese Verteilung wird die generelle Ungleichheit des Arbeitsmarktes thematisiert, die ebenfalls zu ungleichen Souveränitätsleveln führt. Ganz spezifisch ist es zum Beispiel Kassierer*innen während der Corona-Pandemie anders ergangen als vielen anderen Berufstätigen; sie mussten unter dem Aspekt der Systemrelevanz weiterhin zu vorgegebenen Zeiten relativ ungeschützt an ihrem Arbeitsplatz anwesend sein. Ihre Zeitsouveränität war damit sehr gering. Das gleiche gilt für andere Berufszweige wie beispielsweise der Bereich der Pflege, das Technische Hilfswerk oder die Polizei. Auch das Ehrenamt wird als Grenzfall in Bezug auf die Souveränität von Zeit genannt.

Ein weiterer Teilnehmer berichtet von seinen Erfahrungen mit dem erheblichen Fachkräftemangel in Verbindung mit weiteren krisenhaften Entwicklungen. Gerade in den größeren Städten ist es beispielsweise Erzieher*innen kaum mehr möglich, die steigenden Mieten zu bezahlen. Vielerorts sind zwar die Voraussetzungen für Angebote der Kinderbetreuung oder Altenpflege vorhanden, sie können aber aufgrund der fehlenden Fachkräfte nicht in vollem Umfang genutzt werden. Dies wiederum führt zu einem steigenden Druck auf die Erwerbstätigen und zu einer sinkenden Zeitsouveränität: Der Fürsorgefaktor nimmt zu, während die Erwerbsarbeit zwingend notwendig ist, um überhaupt genug Geld für die Lebenshaltungskosten zur Verfügung zu haben. Aus seinem eigenen Praxisumfeld berichtet der Teilnehmer von erweiterten Modellen, bei denen auch ehrenamtliche Mitarbeit und ein gesellschaftlicherer Umgang mit Care-Arbeit im Fokus stehen. Diese Möglichkeit der Kollektivierung von Reproduktionsarbeit, also ihrer Loslösung aus der Kleinfamilie und den klassischen Erziehungskontexten, hebt auch Beatriz Casas González als eine vielversprechende Möglichkeit hervor, um mit den klassischen Mustern zu brechen.

Im Folgenden lenkt ein Teilnehmer das Gespräch auf die Einstellung zur Arbeit: Arbeit ist für verschiedene Menschen unterschiedlich attraktiv. Hat sich in der jüngeren Generation eine Form der Null-Bock-Mentalität entwickelt, die der Arbeit weniger Wert beimisst? Diese These wird kontrovers aufgenommen. Wie eine Teilnehmerin aus der Praxis beobachtet, kommt eine veränderte Definition von Arbeit zum Tragen: Vollzeit zu arbeiten ist für viele nicht mehr erstrebenswert, insbesondere Jüngere legen größeren Wert auf Freizeit. Ihre Haltung zur Arbeit ist eine andere. Eine weitere Teilnehmerin vermutet, dass Arbeit nicht mehr als erfüllend, sondern vielmehr als Notwendigkeit verstanden wird. Angesprochen ist damit der TikTok-Trend des „Quiet Quitting“, eine Art *Dienst nach Vorschrift*. Gerade unter jüngeren Menschen ist diese Einstellung verbreitet: Sie möchten ihren Job nicht wirklich kündigen, verabschieden sich aber von dem Anspruch, dessen Anforderungen immer überzuerfüllen, ständig mehr zu leisten und die sogenannte Extrameile zu gehen. Damit protestieren sie gegen die erwartete Arbeitsmentalität und verweigern sich der Selbstaubeutung, die durch den Prozess der Digitalisierung, durch Homeoffice und Leistungsdruck verstärkt wurde.

Daran anknüpfend wird in der Diskussion auf eine sehr neue Entwicklung verwiesen. So ist die Big Data-Produktion, mit der fast alle Nutzenden technologischer Geräte konfrontiert sind, eine neue Art unentgeltlicher Arbeit – und das Smartphone durch seine Always-on-Charakteristik generell ein großer Störer für jede Form der Zeitsouveränität: Das ist, als würde dreißigmal am Tag der Postbote klingeln.

Acht Stunden mal drei

In der zweiten Session des Dialog-Cafés berichtet Jo Lücke, Trainerin und Coachin sowie Leitungsmitglied der Initiative Equal Care Day in Bonn und Berlin, unter dem Titel „Erwerbsarbeit vs. familiäre Fürsorge“ vom Verhältnis dieser beiden Lebensaufgaben. Sie beginnt ihren Impulsvortrag mit einer historischen Verortung der Erwerbsarbeit in Deutschland. Im Jahr 1918 wurde in Deutschland der Achtstundentag eingeführt,



erkämpft mit dem Slogan „8 Stunden arbeiten, 8 Stunden schlafen und 8 Stunden Freizeit und Erholung“. Für häusliche Care-Arbeit gab es hingegen keine solche gesetzliche Regelung, auch keinen Arbeitsschutz. Diese bleibt weiterhin entgrenzt, findet zum Beispiel auch nachts oder bei Krankheit statt und ist von allen Arbeitszeitregeln ausgenommen, so die Impulsgeberin. Erledigt wird diese Arbeit meistens von Frauen; im Schnitt doppelt so oft wie von Männern. Da die Zeit für Care-Arbeit irgendwo abgeknapst werden muss, haben Frauen meist weniger Zeit für ihre Erwerbsarbeit und andere Aktivitäten und dadurch ein deutlich reduziertes Lebenserwerbseinkommen. Einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge verdienen Mütter über das gesamte Erwerbsleben hinweg im Vergleich zu Männern durchschnittlich 62 Prozent weniger, hochgerechnet ergibt das für Frauen weniger als 600.000 Euro statt 1,5 Millionen Euro.

Dies ist nicht nur in Bezug auf selbstbestimmte Freizeit ein Problem, sondern auch für die Möglichkeiten gesellschaftlicher oder politischer Teilhabe. Wer 24 Stunden am Tag – jeden Tag – in Care-Arbeitsbereitschaft verhaftet ist, hat weniger Gelegenheiten, beispielsweise an einer Demonstration teilzunehmen, führt Jo Lücke aus. Das war auch in der Bewegung zur Einführung des Achtstundentags bemerkbar: Frauen, insbesondere Mütter, hatten daran weniger Teil als Männer.

Mittlerweile möchten immer mehr Männer die ihnen zustehende Elternzeit in Anspruch nehmen. Eine geschlechtergerechte Aufteilung dieser Zeit scheitert jedoch in den meisten Familien daran, dass es sinniger ist, wenn das Elter mit dem geringeren Einkommen zu Hause bleibt – und das ist meistens die Frau. Darüber hinaus werden auch Karrierewege von Männern beschnitten, sobald diese mehr Anspruch auf die Sorgezeit zu Hause erheben. Elternzeit muss man sich leisten können – und kann man das, führt das, gerade bei Männern, oft zu einer romantisierten Vorstellung über eine vermeintlich freie Zeit zu Hause mit Kind und Familie.

Die Impulsgeberin unterfüttert diese Feststellung am Beispiel des Finanzministers Christian Lindner, der wie sicher viele andere Männer auch, in Bezug auf seine bevorstehende Elternzeit davon erzählt, wie er diese produktiv nutzen will, etwa um ein Buch zu schreiben oder zu imkern. Solche Aussagen, betont Jo Lücke, deuten auf ein Unwissen darüber hin, wie vereinnahmend die elterliche Fürsorge für Kinder und Familie ist.

Vorschlag Vier-Tage-Woche

Was aber bedeuten diese Überlegungen für aktuelle Debatten? Jo Lücke erklärt, dass es schwer umzusetzen wäre, alle Menschen in Vollzeit zu beschäftigen, da es an ausreichendem Erziehungs- und Pflegepersonal fehlt. Stattdessen gilt es, Care-Arbeit



gesellschaftlich stärker anzuerkennen. Immerhin stellt diese Arbeit die Basis der Existenz Aller dar: Nur weil Menschen Care-Arbeit geleistet haben, sind wir heute am Leben.

Zielsetzung muss, so die Impulsgeberin, vor allem sein, dass Männer einen größeren Anteil der Fürsorge übernehmen und eine faire und geschlechtergerechte Aufteilung angestrebt wird. Ihr Vorschlag, um in diese Richtung zu gehen, ist die Einführung einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. Arbeitnehmer*innen müssten demzufolge nur noch an vier Tagen in der Woche in Vollzeit arbeiten oder könnten sich die verringerten 32 Wochenarbeitsstunden freier aufteilen und dabei den gleichen Lohn wie zuvor erhalten. Dieses Modell ermöglicht Männern, mehr Zeit in die Fürsorgearbeit zu investieren und zugleich Frauen, wieder vollständig in den Beruf einzusteigen.

Lohn und Preis

Die anschließende Diskussion wird mit der Frage nach den Bedingungen einer reduzierten Wochenarbeitszeit eröffnet. Jo Lücke betont hier noch einmal, dass die Idee der Vier-Tage-Woche nur funktionieren kann, wenn sie mit einem vollen Lohnausgleich gekoppelt ist. Doch wie soll die verringerte Wertschöpfung ausgeglichen werden? Geht das mit einer Erhöhung des Produktivitätsdrucks einher? So führt diese Aufteilung dazu, dass in kürzerer Zeit die gleichen Ziele erreicht werden müssen, was die Arbeit intensiviert. Allerdings, so erklärt die Impulsgeberin, wird dieser potenziell höhere Produktivitätsdruck durch ein Mehr an Erholungszeit ausgeglichen. Arbeitnehmer*innen sind bei kürzerer Arbeitszeit mit mehr Erholung deutlich produktiver als an langen Arbeitstagen von acht Stunden und mehr. Das verzeichnen Unternehmen, die bereits Erfahrungen mit der Vier-Tage-Woche gemacht haben. Darüber hinaus schlägt ein Teilnehmer vor, die Zielsetzung umzudefinieren und, statt Vollzeit anzustreben, den Fokus auf andere Verbesserungen zu richten, zum Beispiel die gerechtere Aufteilung unterschiedlicher Arbeiten. Das nimmt Jo Lücke positiv auf.

Zudem wird der Vorschlag unterbreitet, Care-Arbeit mit einem Preis zu belegen, fürsorgende Personen also für diese Arbeit zu entlohnen. Hiermit eröffnet sich in der Diskussion auch die Perspektive auf Pflegekräfte. Ein Teilnehmer weist auf die Externalisierung dieser Arbeit hin und damit auf die Tatsache, dass diese Tätigkeit oftmals von migrierten Menschen geleistet wird. Die Impulsgeberin fordert, bessere Arbeitsbedingungen im Bereich der Pflege zu schaffen und diese Kräfte angemessener zu entlohnen. Dazu trägt eine Vier-Tage-Woche bei, da sie die Arbeitslast auch in der Pflege senken kann. Damit kann zudem verhindert werden, dass Pflegekräfte in andere Länder, wie beispielsweise nach Skandinavien, auswandern, wo sie vorteilhaftere Arbeitsbedingungen erwarten.

Bewusstseinswandel

Ein weiterer Diskussionsstrang bezieht sich auf etablierte Rollenbilder und das Bewusstsein in der Gesellschaft. So fragt eine Teilnehmerin nach den Menschen, die nicht aktiv an Care-Arbeit beteiligt sind, beispielsweise kinderlose Singles. Auch diese würden von einer 4-Tage-Woche profitieren, allerdings keinen Beitrag zur besseren Verteilung von Fürsorgearbeit leisten. Nach anderer Ansicht ist es sehr wohl denkbar, dass diese Menschen in der zur Verfügung stehenden Zeit beispielsweise im familiären Umfeld oder im Freundeskreis wie auch ehrenamtlich mit zur Entlastung beitragen.

Ein Teilnehmer berichtet von persönlichen Erfahrungen mit alternativen, gemeinschaftlichen Wohnmodellen, die zeigen, dass für die alltägliche Organisation – beispielsweise Gemeinschaftsaufgaben und wöchentliche Plenen – auch von Seiten kinderloser Menschen viel Zeit aufzuwenden ist. Von mehr Zeit für Care-Arbeit profitieren demzufolge keineswegs nur Menschen mit Kindern. Jo Lücke sekundiert dieser Wortmeldung und verweist darauf, dass gerade veränderte Mentalitäten in der Gesellschaft hin zu mehr Zusammenhalt von den Möglichkeiten, sich Zeit zu nehmen, profitieren können.

Mental Load

Erwähnt wird in der Gesprächsrunde der Faktor der mentalen Belastung durch Planungs- und Koordinierungsarbeiten im familiären Alltag, wobei die ungleich verteilte Haushaltsorganisation oftmals im gesellschaftlich Unsichtbaren verbleibt. Diese Tätigkeiten finden statt, ohne dass darüber viel gesprochen wird. In Kombination damit übernehmen Menschen diese Strukturen aufgrund ihrer Erziehung und Sozialisation und tragen sie weiter. Dadurch etablieren sich klassische Modelle der Familien- und Haushaltsführung im Einzelfall immer wieder sehr schnell, so eine Teilnehmerin. Einer Gegenmeinung zufolge sind Fragen des Mental Load mittlerweile ein großes und wachsendes Thema und werden damit aus ihrer Unsichtbarkeit herausgeholt.

Die Impulsgeberin verweist darauf, dass diese Entwicklung noch immer eine sehr neue ist und ein Bewusstseinswandel in der Gesellschaft Zeit braucht. Vergangene feministische Kämpfe, führt Jo Lücke weiter an, sahen sich noch ganz anderen Zielen verpflichtet; so etwa die zweite Welle des Feminismus mit dem Motto: Frauen können beides, Haushalt und Job. Die Aufmerksamkeit ist also gut, bedeutet aber nicht, dass damit bereits eine gerechte Verteilung von Care-Arbeit hergestellt ist.

Ein Teilnehmer merkt an, dass auch das Zurückstellen von individuellen Ansprüchen eine Lösung sein kann, um eine bessere Verteilung mentaler Arbeit zu erreichen, zum Beispiel wenn für Besuch nicht extra aufgeräumt und geputzt wird, sondern der gegebenenfalls chaotische Zustand akzeptiert wird. Allerdings ist es aufgrund der etablierten Denkmuster nicht auszuschließen, dass eine solche Nicht-Handlung dann explizit auf die Frau zurückfällt, weil Menschen davon ausgehen, es sei ihre Aufgabe, die Wohnung ordentlich zu halten.

Zum Ende der Diskussion stellt ein Teilnehmer eine Frage, die einen ersten, einfachen Blick auf die Verteilung der Mental Load möglich macht: Kennen Sie eigentlich die Schuhgröße Ihres Kindes?

Resümee

Prof. Dr. Roger Häußling ist Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung. Er hat das Dialog-Café begleitet und zieht folgendes Resümee:

Die Gegenüberstellung von Arbeit und Leben beziehungsweise Freizeit ist ein Kind der Industrialisierung und kritisch zu hinterfragen: Denn in der Zeit, in der wir nicht der

klassischen Erwerbsarbeit nachgehen, arbeiten wir, schließlich ist auch die Privatsphäre durchzogen mit Arbeit – so Beatriz Casas González. Gleichzeitig soll diese alltägliche Phase, die zwar zur Erholung vorgesehen ist, jedoch mit unentlohten Arbeiten wie zum Beispiel der Pflege oder der Kindererziehung gefüllt ist, die Wiederherstellung der Arbeitskraft leisten, wovon durchaus die ganze Gesellschaft profitiert. So gesehen, bildet die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen nur die logische Konsequenz, diese Reproduktionsarbeit anzuerkennen. Wichtig aus Sicht der Impulsgeberin: die Zeitsouveränität jedes Einzelnen zu erhöhen. In der anschließenden Diskussion wurden Fragen der Finanzierbarkeit, der Vollbeschäftigung, des Wertewandels in der Erwerbsarbeit – weg von der Leistungsgesellschaft und der Idee der Vollbeschäftigung als soziale Norm – sowie die Rolle der Lohnentwicklung erörtert. Kritisch eingewendet wurde, ob die Erhöhung der Zeitsouveränität einer Gruppe von Personen nicht zwangsläufig zur Eingrenzung der Zeitsouveränität anderer Gruppen führt.

In der zweiten Session stand zur Diskussion, ob die seit gut 100 Jahren bestehende Einteilung des Tages noch den heutigen gesellschaftlichen Bedarfen entspricht. Wie Jo Lücke erläuterte, geht der Acht-Stunden-Arbeitstag auf eine im Jahr 1918 postulierte Vorstellung einer Dreiteilung des Wochentages in je acht Stunden für Arbeit, Mensch-sein und Schlaf zurück. Gerade die Care-Arbeit verdeutlicht aber, dass unsere Gesellschaft gar nicht auf Vollbeschäftigung angelegt ist. Denn Erziehung von Kindern und Pflege von Älteren erfolgen für gewöhnlich in den acht Stunden des Menschseins, die damit nicht mehr voll zur freien Verfügung stehen. Selbst wenn man dies auslagert, so gäbe es eine Sorgearbeitskette zu berücksichtigen, bei der in den sozialschwachen Milieus Sorgearbeit auf der Strecke bleibt, da einkommensstarke Milieus sich von diesen und zu deren Lasten und Zeitbudgets Pflegeleistungen für ihre Kinder oder zu pflegenden Angehörigen einkaufen. Demgegenüber, wird geltend gemacht, muss die Care-Arbeit eine massive Aufwertung in unserer Gesellschaft erleben, zumal diese sehr ungleich zwischen den Geschlechtern aufgeteilt ist. Jo Lückes Forderung zielt auf eine Vier-Tage-Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich, wobei der fünfte Tag für Care-Arbeit genutzt werden kann. In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere auf den Aspekt des Mental Load bei Care-Arbeit, auf Gender-Klischees im Sinne von Rollenmustern und Erwartungshaltungen und ihre reproduktive Wirkmächtigkeit sowie auf den Wert und die In-Wert-Setzung von Care-Arbeit eingegangen. Kritisch hinterfragt wurde, ob die aktuelle Arbeitswelt nicht eher von einem Fachkräftemangel betroffen ist.



Dialog-Café 5: Aushandlungen

Impulsgeber:

Tim Weinert, nowwork GbR

Dr. Michael Rose, Leuphana Universität Lüneburg

Begleitung: Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, Stein Stadt- und Regionalplanung

Moderation: Désirée Nothnagel, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Michelle Pfeiffer und Désirée Nothnagel

Unsere derzeitige Antwort auf Verteilungskämpfe und Meinungsverschiedenheiten sind Mehrheitsabstimmungen in demokratischen Systemen. Neben großen Erfolgen im Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen gibt es auch Nachteile: Mehrheitsabstimmungen basieren auf einem Sieger-Verlierer-Prinzip. Die Minderheitsmeinung muss nicht zwangsläufig im weiteren Verlauf adressiert werden. Eine Alternative bietet die Methode Systemisches Konsensieren, die wir gemeinsam ausprobieren wollen: Nicht die größtmögliche Zustimmung, sondern die konstruktive Arbeit mit Widerständen steht im Mittelpunkt.

Viele der Themen, mit denen sich Politik und Gesellschaft beschäftigen, haben tief einschneidende und langfristige Konsequenzen, deren volle Wirkung erst in nachfolgenden, teils noch nicht lebenden Generationen spürbar wird. Den politischen Diskurs prägt hingegen grundsätzlich eine starke Gegenwartsfokussierung. Können die Bedürfnisse der zukünftigen Generationen in einer Demokratie berücksichtigt werden – und wie? Welche Mechanismen, wie zum Beispiel Ombudspersonen oder Kommissionen für zukünftige Generationen, werden diskutiert und welche Erfahrungen gibt es mit der konkreten Umsetzung?

Die Weisheit der Vielen – Gemeinsam getragene Entscheidungen

Tim Weinert, Impulsgeber der ersten Session des Dialog-Cafés „Aushandlungen“, ist Wirtschaftsingenieur sowie Mitbegründer und -gesellschafter der nowwork GbR und dort als Nachhaltigkeitsberater, Organisationsbegleiter und Moderator tätig. Er fragt einleitend: Was ist Ihnen in den Kopf gekommen, wenn sie *Weisheit der Vielen* hören? Schlagworte aus der Runde waren Gemeinschaft, Wikipedia, die kritische Nachfrage wie auch das sprichwörtliche Dorf, das gemeinsam ein Kind erzieht. Tim Weinert bezieht sich auf den Ansatz des Autors James Surowiecki, der darlegt, inwiefern Entscheidungen von Mehreren – die sogenannte kollektive Intelligenz – klüger ausfallen können als die von Einzelpersonen.

Entscheidungsverfahren

Tim Weinert gibt eine Erzählung wieder, die der Autor schildert: Sie beginnt damit, dass das US-Militär ein U-Boot verloren hatte. Man fragte also den Spezialisten für verschollene U-Boote um Hilfe, in der Hoffnung, er könne es wieder ausfindig machen. Das U-Boot wurde aber nicht gefunden. Eine Person aus dem Team, welche für die Suche verantwortlich war, schlug vor, verschiedene Menschen aus unterschiedlichen Disziplinen zu befragen, unabhängig voneinander, aber mit identischen Informationen, etwa zur Meeresströmung. Aus dreißig Rückmeldungen wurde aggregiert und das U-Boot schließlich auf dreißig Meter genau gefunden. Hier kann man vermuten, dass die Vielen weiser waren als der einzelne Experte. Oder sogar die Meinung vertreten, Expert*innentum zeigt sich bei komplexen Problemen manchmal sogar als hinderlich.

Der Impulsgeber stellt dann drei verbreitete Entscheidungsverfahren vor: Der Einzelentscheid überlässt die Entscheidungsmacht jenen, die aufgrund ihrer Position innerhalb einer Organisation dazu befugt sind. So können Entscheidungen schnell getroffen werden, jedoch fühlen sich diejenigen ignoriert, deren Stimmen nicht gehört werden. Bei Mehrheitsentscheiden, also allen demokratischen Abstimmungen, siegt die Option mit den meisten Stimmen. Aber diese Methode erzeugt Verlierer im eigenen System. Wer für die Minderheitsoption gestimmt hat, kann sich kaum mit der Mehrheit identifizieren. Eine dritte Methode, das Konsens-Verfahren, kommt häufig bei basisdemokratischen Entscheidungen zur Anwendung. Doch es bringt oft nur den kleinsten gemeinsamen Nenner als tragbare Lösung hervor.

Systemisches Konsensieren praktisch erproben

Eine weitere Methode, die sich für komplexe Problemstellungen und Gruppenentscheidungen anbietet, ist das Prinzip des Systemischen Konsensierens. Konzipiert hatten dieses Verfahren die Systemanalytiker Siegfried Schrotta und Erich Visotschnig. Ihr Ansatz war, einen machtfreien Verständigungsraum zu schaffen, der ermöglicht, Interessenkonflikte zu lösen, idealerweise unter Näherung an einen Konsens. An der Weiterentwicklung der Methode und ihrer Publizierung war der Unternehmensberater Georg Paulus beteiligt.

Eingangs beschreibt Tim Weinert eine Entscheidungssituation, und die Teilnehmenden des Dialog-Cafés können so das Verfahren experimentell in Kleingruppen erproben. Um zu einer Entscheidung zu gelangen, kann jedes Gruppenmitglied Punkte von 0 bis 10 vergeben: 0 ist gleichbedeutend mit kompletter Zustimmung, 10 Punkte bedeuten die komplette Ablehnung. Demnach steigt die Punktezahl mit der Intensität der Ablehnung. Anschließend werden die Punkte addiert und der Vorschlag angenommen, welcher die geringste Widerstandssumme hat. Durch die errechneten Widerstandswerte lässt sich nach Höhe der Summe bereits eine Rangfolge bilden. Das ermöglicht eine Priorisierung und durch die Rangfolge ist die zweitbeste Lösung bereits bekannt. Sich für diese zu entscheiden bietet sich an, wenn Umstände die primär gewählte Lösung erschweren.

Zustimmung und Widerstand

Anschließend an die praktische Erprobung des Verfahrens fragt Tim Weinert: Was wäre, wenn wir aufhören, nach Zustimmung zu suchen? Wenn wir lernen, Lösungen akzeptieren zu können? Binnendifferenzierung bringt uns ins Gespräch: Was kann ich tun, damit dein Widerstand sinkt? Hier kann ein Aushandlungsprozess ansetzen. Ein Teilnehmer schlägt eine Umkehr vor: nicht nach Ablehnung, nach Zustimmung schauen. Tim Weinert führt aus, dass es ratsam ist, die Bearbeitung komplexer Fragestellungen als Prozess anzulegen, gerade bei größeren Projekten wie etwa einem Bauprojekt. Für den Einstieg eignen sich Info-Runden, um zunächst eine gemeinsame



Datenbasis zu schaffen und dann auszuhandeln, welche Art von Lösung angestrebt wird. Als Grundlage dient ein Meinungsbild und Widerstände werden erkundet. Daraus ergibt sich eine kooperative Entscheidungsempfehlung. Eine anonyme Stimmabgabe ist denkbar, die offene Abstimmung jedoch kommunikativer, da so die Möglichkeit für Rückfragen erhalten bleibt.

Eine Teilnehmerin wendet in ihrem ehrenamtlichen Projekt die Five to Fold-Methode an: Null gilt als Veto, welches einen Alternativvorschlag erfordert und damit einen neuen Aushandlungsprozess anstößt. Sie fragt, ob das Systemische Konsensieren ein Veto vorsieht. Die Zehn als Ausdruck starker Ablehnung lässt sich als Veto definieren, so der Impulsgeber. Kommt es in der beliebtesten Lösung vor, wird empfohlen, erneut zu diskutieren. Um systemische Aushandlungsprozesse abzukürzen, kann direkt abgefragt werden, wer komplett dagegen ist. Ein Beispiel: zur Entscheidung steht die Frage „Darf geduzt werden?“ Wird jedoch gefragt, wer lieber gesiezt werden möchte, beteiligen sich nur diejenigen an der Abstimmung, für die sie auch relevant ist.

Systemisches Konsensieren und seine Umsetzbarkeit

Ein anderer Teilnehmer vermutet eine schwächere Durchsetzungskraft der Methode im Vergleich zur Mehrheitsentscheidung, bei der die Mehrzahl direkt hinter der Entscheidung steht. Für Tim Weinert hingegen bietet Systemisches Konsensieren eher die Möglichkeit zu erkunden, wer mitdenken möchte beziehungsweise wer nicht opponiert. Man kann mit der Opposition sprechen und auf sie zugehen, etwa mit der Frage, was sie braucht, um ihren Widerstand aufzugeben. Eine Teilnehmerin knüpft daran an: Was, wenn die Zustimmung gering ist? Was passiert, wenn ein großer Anteil der Stimmen auf egal/keine Meinung entfällt? Sie fragt sich, wie es denjenigen ergeht, die sich zu Anfang enthalten hatten oder wegen fehlendem Interesse nicht an der Abstimmung teilnahmen: Wäre zu einem späteren Zeitpunkt dann Widerstand möglich? Können wir heute eine Lösung finden, die wir möglicherweise in einiger Zeit wieder aufgeben müssen? Es gilt das Motto „Good enough for now and safe enough to try“. „For now“ kann in diesem Fall auch zehn Jahre bedeuten.

Ein Teilnehmer hält das Systemische Konsensieren innerhalb von Organisationen für einen eleganten Weg, aber er warnt davor, dieses Verfahren als Primat in der Politik einzusetzen, da es extremen populistischen Widerstand hervorrufen kann. Auf die Kritik, wonach eine Weisheit der Vielen die Gefahr birgt, Populismus zu begünstigen, wird entgegnet, dass die Methode des Konsensierens dazu beitragen kann, populistische Vorschläge zu identifizieren und Widerstände sichtbar zu machen. Ein Teilnehmer findet, dass klassische Mehrheitsentscheidungen einfach zu verstehen und zu vermitteln sind. Der Mehrheitsentscheid in Demokratien produziert Herausforderungen,



erwidert Tim Weinert. Ergänzend folgt der Hinweis auf die Problematik, dass Beteiligte bei Mehrheitsabstimmungen zur Gewinnerseite gehören möchten und eventuell nicht so abstimmen, wie sie es persönlich für richtig halten.

Finden knappe Ergebnisse überhaupt solide Unterstützung, entsteht so nicht ein zu großer Verlust an Effektivität und verzögert sich die Umsetzung? Das Abstimmungsverfahren, so der Impulsgeber, ist immer eingebettet in den jeweiligen Kontext zu betrachten. Bestimmte Bedürfnisse können als Empfehlung berücksichtigt werden. Er betont, dass nicht alle bei allem mitsprechen, was wiederum die Entscheidungsfindung erleichtert. Oft bieten sich typische W-Fragen an, um den Widerstand zu prüfen, etwa zu klären, wie man sich methodisch einer Lösung nähern möchte: ein bewährtes Tool, um das Gespräch in der Lösungsorientierung zu halten.

Erfahrungen mit Entscheidungssituationen

Welche Erfahrungen werden in Organisationskontexten gemacht, die zuvor noch keine Begegnung mit dem Systemischen Konsensieren hatten? Tim Weinert hält die Methode für ein breites Spektrum an Akteur*innen geeignet, selbst wenn vorher Erklärungsbedarf besteht. Wie wird sichergestellt, dass die Abstimmungsfrage von allen gleich verstanden wird und ihre Formulierung nicht Antworten in eine bestimmte Richtung lenkt? Laut Tim Weinert bietet sich die Option einer speziellen Fragerunde als Möglichkeit, für Aufschluss zu sorgen.

Kann diese Methode Mehrheitsentscheidungen verzichtbar machen? Aushandlungen erleichtern Verhandlungssituationen, eher als das Prinzip der Mehrheitsentscheidung. Diese Aussage erfährt Zustimmung aus dem Plenum. Ein Teilnehmer erwähnt als Beispiel den ablehnenden Bürgerentscheid zum Citybahnprojekt in Wiesbaden. Eine Mehrheitsentscheidung hätte hier keinen Sinn gemacht, weil ein Teil der Bürger*innen nicht grundsätzlich gegen das Vorhaben war, aber gegen den geplanten Streckenverlauf. Bei einem ähnlichen Szenario in Heidelberg hatten sich alle vorab schon auf ihre präferierte Lösung festgelegt. Raum, um Widerstände auszudiskutieren, gab es nicht. Das 49-Euro-Ticket als weiteres Beispiel: Zunächst fiel die Grundsatzentscheidung, ein vergünstigtes Ticket auf den Weg zu bringen, anschließend folgten aber monatelange Diskussionen der einzelnen Bundesländer über die genaue Ausgestaltung des Tickets. Tim Weinerts Fazit: Es ist notwendig, eine neue Haltung zu Entscheidungen zuzulassen.

Intergenerationale Aushandlungen

Dr. Michael Rose, Impulsgeber der zweiten Session zum Thema „Intergenerationale Aushandlungen“, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Governance, Partizipation und nachhaltige Entwicklung an der Leuphana Universität Lüneburg.

Aus gesundheitlichen Gründen konnte er am Großen Konvent nicht teilnehmen und wurde von Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, der Begleiterin des Dialog-Cafés, vertreten. Zum Einstieg bittet sie die Teilnehmenden, sich eine imaginäre Linie durch den Raum vorzustellen, beginnend mit der Antike an einem Ende der Linie, die Zukunft markiert das andere Ende. Auf die Frage „Wann auf dieser Linie wären sie gerne geboren worden oder würden Sie gerne geboren werden?“ positionieren sich die Anwesenden. Zweite Frage an die Runde: „Möchten sie als Vertreter*innen ihrer gewählten Zeit eine wichtige Nachricht mit ihren Mitmenschen aus einer anderen Zeit teilen?“ Einige der Mitteilungen: Eine Teilnehmerin und ihre Zeitgenoss*innen arbeiten im Jahr 1969 noch stark an der Gleichberechtigung, aber es lohnt sich dafür zu kämpfen. Anfang der 1950er Jahre war man nachhaltig aus Armutgründen, aber daraus ergab sich kein kapitaler Verlust, denn weniger ist mehr. Daran sollte vor allem die Zukunft denken, die vorherigen Generationen wissen es schon. Ein Standpunkt in der Antike: dort herrschten klare gesellschaftliche (Miss-)Verhältnisse, als Frau konnte sie sich trennen, scheiden lassen und über ihr eigenes Vermögen sowie Bildung verfügen. Sie merkt kritisch an, dass sich auch die Runde im Dialog-Café aus privilegierten Personen zusammensetzt, eine fast komplett weiße Veranstaltung mit gebildeten Teilnehmer*innen. Eine Meldung aus dem Jahr 1987 mit einer Botschaft an die Zukunft: „Sorry, wir haben es versucht.“

Wie im Impulsvortrag betont wird, ist uns bewusst, dass wir massiv die Zukunft beeinflussen, zukünftige Generationen hingegen haben keinen Einfluss auf unsere derzeitigen Lebensbedingungen. Sie sind von unseren heutigen und früheren Entscheidungen betroffen, ohne ein Mitspracherecht zu haben. Der Klimawandel etwa ist seit einigen Jahrzehnten bekannt, trotzdem haben ihn bisherige Entscheidungen immer wieder angeheizt. Spätere Generationen werden es zu spüren bekommen wie auch weitere Probleme: der Zustand des Rentensystems, die Energiewende, Resistenzen durch Antibiotika oder auch Auswirkungen von staatlicher Verschuldung. Das Problem verortet Michael Rose im Phänomen der Gegenwartsorientierung politischen Handelns, etwa am Beispiel Katastrophenvorsorge: Eine Studie aus den USA zeigt, dass Wähler*innen nach Katastrophen diejenigen Kandidat*innen belohnen, die schnelle finanzielle Hilfe versprechen. Präventiv orientierte Ansätze werden nicht honoriert.

Zukünftige Generationen miteinbeziehen – aber wie?

Michel Rose fragt in seinem Impuls: Haben Sie jetzt Ideen, wie man zukünftigen Generationen einen Platz am Demokratietisch bieten könnte? Ein Teilnehmer möchte differenzieren: Wenn wir über nachfolgende Generationen reden, muss klar sein, wer genau gemeint ist. Unsere nachkommende nationale Generation oder globaler betrachtet eine heterogenere nachfolgende Generation, beide mit völlig unterschiedlichen Interessen? Wer über globale Krisen spricht und trotzdem nur national agiert, reproduziert global bestehende Asymmetrien. Man muss internationale Interessen vertreten, die auch gegen unsere eigenen nationalen Interessen gerichtet sein können.

Ein weiterer Teilnehmer sieht das „Wir“ in einem globalen Rahmen als privilegierte Großgruppe westlich aufgewachsener, gebildeter, nicht armer Personen und Teil der Gruppe, die nicht genug für den Umweltschutz getan hat. Er hält die Wut der Jüngeren auf seine Generation daher für nachvollziehbar. Vielleicht braucht es den Generationenkonflikt, da man sonst viel zu selbstzufrieden mit seinem Handeln umgeht. Daran knüpft ein Teilnehmer aus Sicht seiner Tätigkeit für ein kommunales Senioren- und Jugendbüro an: Was älteren Menschen Lebensqualität verschafft, hat Auswirkungen auf andere. Als Beispiel nennt er Senior*innen in Wohnungen mit alten Mietverträgen und niedriger Miete, womit sich das Angebot an Wohnraum verkleinert und junge Familien nicht mehr im Stadtbereich leben können. Daraus folgt ein demographisches Ungleichgewicht zwischen Stadt und Umland.



Eine Teilnehmerin bezieht sich auf das Wahlrecht für junge Menschen. Ein Wahlrecht ab 16 löst zwar nicht alle Probleme, wäre aber ein Schritt in die richtige Richtung. In ihrem Berufsfeld Jugendarbeit stellt sie fest, wie wenig Jugendliche tatsächlich in Diskussionsrunden einbezogen werden. Proteste der Gruppe Letzte Generation eignen sich aus ihrer Sicht weniger als Alternative, da eher die abschreckende Art des Protests und nicht deren Inhalt thematisiert wird. Wie eine Teilnehmerin zur Frage demokratischer Teilhabe ergänzt, sind Menschen der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren in der Minderheit. Politik wird für Ältere gemacht. Beispielsweise zielen Corona-Maßnahmen vor allem auf den Schutz der alten, vulnerablen Menschen. Kinder und Jugendliche hingegen haben unter Kita- und Schulschließungen gelitten. Außerdem bestehen Unterschiede auch innerhalb von Generationen, nicht alle Älteren machen Kreuzfahrten, nicht alle Jungen leben nachhaltig. Sie verweist auf Habermas' Diskursethik: Bei allem, was wir entscheiden, müssen auch noch nicht Geborene eine Stimme haben. Doch es ist ein Konzept ohne politische Vitalität. Die Demokratie hält sie in ihrer derzeitigen Ausgestaltung schlichtweg für nicht geeignet, zukünftige Generationen miteinzubeziehen.

Ein Teilnehmer unterscheidet zwischen naher und ferner Zukunft. Die nahe Zukunft betrifft die jetzigen Jugendlichen. Diese sollten nicht warten, bis sie an den Verhandlungstisch gebeten werden. Aktuelle Krisenphänomene und Weichenstellungen sind unumkehrbar und langfristig. Sie tangieren Generationen, die noch gar nicht geboren sind. Doch welche Beteiligungsformen eignen sich für jene, die schon auf der Welt sind und welche für zukünftige Generationen? Es bedarf neuer Konzepte, die ungeborene Generationen mit einbeziehen. Auch in der Hoffnung, so eine globale Perspektive einzubringen.

Beispiele zur Einbindung zukünftiger Generationen

Der Impuls Michael Roses schließt mit dem Hinweis auf mögliche Lösungsansätze im Bereich Nachhaltigkeit. Demokratische Innovationen können dazu beitragen, künftigen Generationen, die von den heutigen Entscheidungen betroffen sind, eine Stimme zu geben. Das erschwert, ihre Bedürfnisse zu ignorieren. Dazu finden sich international einige Beispiele. So war in Israel von 2001 bis 2006 ein parlamentarischer Kommissar für zukünftige Generationen tätig, der Gesetzentwürfe auf Relevanz für noch nicht Geborene prüfte und eigene Vorschläge einbrachte. In Ungarn stand einem Ombudsmann für die zukünftige Generation das Klagerecht vor dem Verfassungsgericht zu. Weitere Beispiele sind Wales mit einem Gesetz über das Wohlergehen zukünftiger Generationen, Finnland mit einem Ausschuss für Zukunft seit 1993 und Japan mit der Future-Design-Bewegung auf lokaler Ebene. Ursula Stein mahnt hier an, dass der Fokus auf die nationale Ebene den lokalen Bereich übersieht. Kinderparlamente etwa sind durchaus als Ansatz denkbar.

Bedenken zur Partizipation zukünftiger Generationen

Eine Teilnehmerin meldet Zweifel an, denn nicht einmal Empfehlungen der Bürgerräte, die sich auf das Jetzt beziehen, finden Berücksichtigung. Ein ernüchternder Zustand. In einer Entgegnung wird die Hoffnung geäußert, dass es gelingt, im Rahmen der Bürgerbeteiligung auch andere Zielgruppen als die jeweils eigene sowie Bedürfnisse Anderer zu berücksichtigen, beispielsweise beim Thema der Barrierefreiheit in der Architektur. Ein Teilnehmer widerspricht: Die physische Beteiligung Aller übersteigt unsere Kapazität. Zwar sollen im Idealfall diejenigen an den Entscheidungen beteiligt sein, die sie früher oder später betreffen werden. Für noch nicht Geborene ist das aber unmöglich. Es kann versucht werden, deren Anliegen in die Konstruktion von Prioritäten miteinfließen zu lassen. Doch zukünftige Generationen sind bei der Festlegung ebendieser Prioritäten nicht aktiv anwesend, deshalb beachten jetzige Generationen diese Anliegen möglicherweise nicht ausreichend. Abschließend die Frage: Was heißt es, ein mögliches Interesse zukünftiger Generationen in der Gegenwart mitzubersichtigen? Die Gesellschaft ist von Widersprüchen durchzogen, auch zukünftige Gesellschaften sind nicht von Widersprüchen befreit. Diese als homogene Masse zu betrachten, hält ein Teilnehmer für trügerisch und für eine Externalisierung und Idealisierung eines Allgemeininteresses zukünftiger Generationen. Es besteht die Gefahr, dass man sich im Hinblick auf die Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu entlasten versucht.

Resümee

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein ist Mitglied des Kleinen Konvents. Sie hat das Dialog-Café begleitet und nimmt mit einigen „Nach-Gedanken“ eine Einschätzung vor:

*Mehr junge Leute wirken verzweifelter als früher, sie wünschen sich laut neueren Umfragen häufiger in der Vergangenheit als in der Zukunft zu leben. Andere Altersgruppen, die beispielsweise in der Bürger*innenbeteiligung zu Planungsfragen meistens die Mehrheit der Teilnehmenden stellen, treten oft mürrischer und unbeweglicher in ihren Positionen auf, als es noch vor zwanzig Jahren der Fall war. Kann das mit nicht mehr zeitgemäßen Wegen der Entscheidungsfindung in gesellschaftlich umstrittenen Fragen zusammenhängen? Das Dialog-Café stellte zwei Thesen und dazu passende Vorschläge zur Diskussion. In den Gesprächen landeten beide Gruppen unmittelbar in Überlegungen zu einer zeitgemäßen Gestaltung von Entscheidungen in demokratischen Prozessen.*

Die Mehrheitsentscheidung genießt in demokratischen Systemen hohes Ansehen als eindeutiges und gut handhabbares Instrument der Entscheidungsfindung. Kronzeugin ist oft die Schweiz mit ihrer Tradition der Volksabstimmung, die bislang unangefochten zu sein scheint – auch dann, wenn die Mehrheit knapp ist. In anderen Staaten sehen wir mit Schrecken, wie schon das Zustandekommen einer Mehrheit oder eines Wahlergebnisses in Frage gestellt wird, und beobachten, wie Manipulation durch Scheinmeinungen und -mehrheiten in Sozialen Medien betrieben wird. Als Möglichkeit, in begrenzten Gruppen vor einer Entscheidung erstmal Lösungsfindung zu betreiben und dabei die Gefühle von Gewinnen und Verlieren zu umgehen, wurde das Systemische Konsensieren vorgestellt und in der Diskussion auf Herz und Nieren geprüft. Die Methode ist anspruchsvoll und nicht der Königsweg für jede Situation. Man muss lernen, mit Situationen neu umzugehen und dafür die passenden Fragen zu stellen. Aber es wäre es wert, sich von der Idee inspirieren zu lassen, systematisch und strukturiert nach den Optionen zu suchen und zu schauen, wo die vergleichsweise meisten „mitgehen können“. Das Systemische Konsensieren passt gut zu der Erkenntnis, dass das Bedürfnis, gehört zu werden, wächst. Es muss früh in den Gestaltungs- und Entscheidungsfindungsprozessen zum Einsatz kommen – nicht, wenn alles fertig vorgegeben ist. Eine alte Weisheit aus der Partizipation.

Wie komplex und voraussetzungsvoll es ist, praktisch oder fiktiv die Interessen zukünftiger Generationen in heutige Entscheidungen einzubeziehen, war im zweiten Durchgang des Dialog-Cafés über „intergenerationale Aushandlungen“ zu erleben. Heutige politische Entscheidungen weisen zum Beispiel in klimarelevanten Fragen aufgrund der Mehrheit an älteren Personen in Wählerschaft und Politik eine starke Gegenwartsorientierung auf und vermeiden die Zumutungen radikalen Umsteuerns, auch wenn dies wissenschaftlich als notwendig erkannt ist. Reaktionen sind Generationenkonflikte, auch wenn noch nicht so deutlich angesprochen wie in den 1968er Jahren, oder radikaler werdende Aktionen wie die der Letzten Generation, die aber vor allem Methodendiskussionen hervorrufen. In anderen Ländern wurde schon versucht, die Interessen zukünftiger Generationen an nachhaltiger Entwicklung in politische Entscheidungen einzubringen. Auch wenn sich hier noch kein Erfolgsrezept gezeigt hat: Wäre es nicht höchste Zeit, solche Experimente auch bei uns zu wagen? Trotz aller Schwierigkeiten in der Durchführung – um den Beharrungskräften ein Gewicht entgegenzusetzen, das in Wählerstimmen aufgrund des demographischen Wandels nicht mehr abgebildet werden kann.

„Als wie hoch empfinden Sie die Generationengerechtigkeit in Deutschland?“ wurden im Epilog alle Anwesenden des Großen Konvents gefragt. Die deutliche Mehrheit ordnete sich bei der Hälfte der Skala ein, die in Richtung „Komplette Fehlanzeige“ wies. Immerhin. Beide Dialogrunden zeigten: Es wäre gut, von (oder vor) der reinen Entscheidungsfindung in möglichst vielen Situationen zu einer multiperspektivischen Lösungsfindung zu kommen!



Dialog-Café 6: Gleichwertigkeit

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Dr. Ana Honnacker, Hochschule für Philosophie München

Dr. Andreas Gutmann, Universität Kassel

Begleitung: Prof. Dr. Ulrike Röttger, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Moderation: Luise Spieker, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Rolf Schnauffer und Luise Spieker

Was heißt es, im Anthropozän zu leben? Wir stellen fest, dass der Mensch in nie zuvor da gewesenem Ausmaß die Natur beeinflusst. Insbesondere der Klimawandel ist eine spürbare Folge des Eingreifens in natürliche Prozesse. Trotz dieses vermeintlichen „Endes der Natur“ beherrscht der Mensch seine Umwelt nicht. Vielmehr muss er sich neu zu ihr ins Verhältnis setzen. Darin liegt eine Herausforderung, die viele Fragen aufwirft. Wie stehen der Mensch und die Natur zueinander: Können oder sollten beide gleichberechtigt sein? Welches sind die Konsequenzen, wenn wir Natur und Mensch gleichwertig behandeln?

Eine Gleichwertigkeit zwischen Natur und Mensch bringt Fragen zur Umsetzbarkeit mit sich. Wie kann diese Gleichwertigkeit aussehen? Ein erster Ansatz ist die Überzeugung, dass die Natur Trägerin eigener Rechte ist, die gewahrt werden müssen. In zahlreichen Ländern treten Initiativen dafür ein, Rechtsansprüche der Natur zu kodifizieren, wie zum Beispiel in der Verfassung Ecuadors. Wie also gestalten sich die Rechte der Natur? Was bedeutet das für die Verteilungsgerechtigkeit natürlicher Ressourcen, besonders mit Blick auf die Klimakrise? Bedarf es eines radikalen Umdenkens in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit?

Das Ende der Natur

In der ersten Session des Dialog-Cafés „Gleichwertigkeit“ fragt Ana Honnacker, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hochschule für Philosophie München, nach dem Verhältnis von Mensch und Natur. Diese Frage ist keine rein philosophische, sondern lebenspraktisch relevant. In ihrem Impulsvortrag stellt sie Thesen aus der Umweltphilosophie, insbesondere der Umweltethik, vor. Sie beginnt mit einem umweltphilosophischen Befund: Das Ende der Natur.

Das Anthropozän kann als diagnostisches Konzept betrachtet werden, da der Einfluss des Menschen auf das Erdsystem so massiv ist, dass er sich zum dominanten Faktor entwickelt hat. Damit ist eine ganz neue erdgeschichtliche Epoche angebrochen. Wir alle hinterlassen Spuren, erschließen Bodenschätze, betreiben Landwirtschaft, verbrauchen Ressourcen, produzieren Müll, nutzen Tiere und erobern Lebensräume.

Vor allem die menschengemachten Klimaveränderungen stehen oft synonym für das Anthropozän. Die Zusammensetzung unserer Atmosphäre haben wir damit auf Jahrtausende verändert. Vor diesem Hintergrund kann das Anthropozän als Ende der Natur betrachtet werden, so Ana Honnacker.

Der Begriff der Natur orientiert sich klassischerweise am Gegenbegriff Kultur: das Künstliche, Gemachte, Produzierte. Eine von Menschen unberührte Natur scheint es nicht mehr zu geben. Unsere Anwesenheit ist zumindest indirekt nachweisbar, durch eine gestiegene CO₂-Konzentration in der Atmosphäre, durch radioaktive Spuren oder durch Mikroplastik, das selbst in der Arktis gefunden wird. Die Impulsgeberin spricht von einer „humanisierten“ Natur. Die verheerenden Folgen von Dürren, Stürmen oder Starkregen stellen sich zunehmend nicht mehr als Natur-, sondern eher als Kulturkatastrophen dar. Die vermeintlichen Grenzen zwischen Mensch und Natur kollabieren.

Moralische Berücksichtigung der Natur

Ana Honnacker stellt die These auf, dass weniger ein planvolles Handeln des Menschen das Ende der Natur verursacht als von Menschen in Gang gesetzte Prozesse, die sich letztlich der menschlichen Kontrolle entziehen und sogar lebensfeindlich werden. Sind gewisse Gradmarken überschritten, nimmt der Prozess unweigerlich seinen Lauf. Der Mensch kann sich letzten Endes der Natur weder gegenüberstellen noch ihr überordnen, da seine Gesundheit sowie sein Wohlbefinden von Umweltbedingungen abhängen.

Trotzdem findet die These, dass der Mensch über die Natur herrscht, weiterhin Anklang. Dieses Narrativ – Kerngedanke des Anthropozentrismus – beruht auf mehreren Annahmen: die strikte Trennung des Menschen von der Natur, vom Nichtmenschlichen, wie auch die Zuschreibung einer menschlichen Sonder- und Vorrangstellung. Der Wert alles Nichtmenschlichen leitet sich aus seinem Wert *für* den Menschen ab. Der Mensch erklärt sich zum Maß aller Dinge, zur Krone der Schöpfung. Dieser Ansatz gilt als eine der Hauptursachen für die Ausbeutung und Übernutzung der Natur. Die Impulsgeberin plädiert deshalb für eine Erweiterung der „moral community“, also eine Ausdehnung der moralischen Verantwortlichkeit auf die Natur jenseits des Menschen.

Ein ganzheitliches Verständnis von Mensch und Natur

Als weiteren theoretischen Ansatz stellt die Impulsgeberin den umweltethischen Holismus vor, welcher den Menschen zusammen mit der Natur als Teil eines Ganzen sieht. Holismus kann hier als Ethik der uneingeschränkten moralischen Berücksichtigung verstanden werden, die zu einer entscheidenden Beweislastumkehr führt. Anstatt *die Begrenzung* der Verfügung über die Natur zu begründen, gerät *die Verfügung* über eine prinzipiell unverfügbare Natur hier unter Rechtfertigungsdruck. Die holistische Ethik fordert uns auf, in der Natur nicht nur eine Ressource zu sehen. Obwohl der Holismus wegen mangelnder Umsetzbarkeit kritisiert wird – wir verstoßen permanent gegen das Gebot der Nicht-Schädigung der Umwelt und das Konzept der vermeintlichen Gleichbehandlung alles Natürlichen kann zu antihumanistischen Tendenzen führen – sieht Ana Honnacker einen Mehrwert im umweltethischen Holismus: Im Kern geht es um die Anerkennung des Eigenwerts und nicht eine bloße Gleichbehandlung der Natur.

Der Impuls schließt mit einem Blick auf offene Fragen. So kann die Achtung des Eigenwerts der Natur als Kompass dienen, die täglichen Aushandlungen im Alltag jedoch nicht ersetzen. Wer wollen wir einmal gewesen sein, fragt Ana Honnacker. Die Diagnose vom Ende der Natur im Anthropozän birgt die Chance auf ein neues ökologisches Selbstverständnis: der Mensch ist in ein Beziehungsgefüge eingebettet, sowohl mit der belebten als auch mit der unbelebten Natur. Menschliches Handeln kann nicht isoliert



betrachtet werden, sondern stets im Rahmen dieser Netzwerke. Statt einer Gegenüberstellung von Mensch und Natur ist die Verbundenheit und gegenseitige Abhängigkeit zu betonen – und damit die Notwendigkeit einer tragfähigen Koexistenz.

Technischer oder kultureller Wandel

Zu Beginn der anschließenden Diskussion wird eine weitere mögliche Stufe des erdgeschichtlichen Zeitalters angesprochen: das maßgeblich durch künstliche Intelligenz bestimmte Novozän, während der Mensch lediglich die Rolle eines Erziehers einnimmt. Eine Hyperintelligenz könnte möglicherweise ein besserer Hüter unseres Planeten werden. Wäre das mit einer holistischen Sichtweise vereinbar? Ana Honnacker reagiert skeptisch, da es sich um eine radikal posthumanistische Perspektive handelt. Holistische Sichtweisen sollten jedoch mit einem starken Humanismus einhergehen. Künstliche Intelligenz als Lösung für die Klimakrise sieht sie zudem als eher autoritäre Variante. Demokratische Aushandlungen wären in diesem Fall angebrachter. Ein Diskussionsteilnehmer merkt an, dass sich künstliche Intelligenz in Richtung selbstverbessernder Systeme entwickelt, die vom Menschen unabhängig agieren. Folglich ist unklar, ob die Grundsteine dieser Intelligenz auf einer ethischen Orientierung basieren. Es gibt in diesem Bereich grundsätzlich noch sehr viele unbekannt Variablen.

Die Diskussionsrunde fragt, wie ein Kulturwandel hin zu einem ganzheitlichen Verständnis von Mensch und Natur gelingen kann. Sind wir als Hauptverursacher der Umweltschäden überhaupt in der Lage, uns schnell genug zu ändern? Ein Teilnehmer zeigt sich eher pessimistisch, da dieser Wandel vorausseilend zur eigenen Lebenswirklichkeit stattfinden müsste. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen treffen die Probleme des Anthropozän nicht alle Menschen mit gleicher Intensität. Darüber hinaus erscheinen sie in vielen Bereichen abstrakt und fern unserer Realität, sodass wir Konsequenzen, beispielsweise Umweltkatastrophen, nicht direkt bei uns selbst und dem eigenen Handeln verorten. Demnach braucht es für einen gesellschaftlichen Wandel entweder die unmittelbare Erfahrung einer Katastrophe oder schätzungsweise wohl einen Generationenwechsel. Zudem sind wir auf technische Lösungen angewiesen, die den Kulturwandel unterstützen.

Nach vorne schauen

In der vorherrschenden Logik unserer Kultur hat Gegenwartskonsum den höchsten Stellenwert, Vorsorge ist dementsprechend untergeordnet. Steuerungssysteme mit grundlegend auf die Zukunft ausgerichteter Funktionsweise sehen wir noch eher distanziert. Eingübte Muster sind sehr schwer abzulegen, so einige Stimmen in der Diskussion. Die Impulsgeberin schließt sich an und erwähnt die Nutzung von Atomkraft als Beispiel für unsere Kurzsichtigkeit, denn die Frage der Endlagerung ist bis



heute nicht geklärt. Entscheidend wird sein, welche Faktoren sich als änderbar erweisen. Auch spielen unterschiedliche Reflexionsebenen eine Rolle: Wer traumatische Erlebnisse durchgemacht hat, wird eher eigenes Handeln reflektieren und aus der Vergangenheit lernen. Die Diskussion kreist weiter um die Chancen eines Kulturwandels. Einer spieltheoretischen Überlegung zufolge reichen schon zehn Prozent der Bevölkerung aus, die sich Veränderungen im Lebensalltag, in Konsum und der Produktion verweigern, um starke Dominoeffekte zu erzeugen, welche den Wandel erodieren lassen. Ein Teilnehmer spricht den „Overview-Effekt“ an, den manche Astronauten nach Betrachten der Erdkugel erlebten und von der Erfahrung dieser veränderten Perspektive überwältigt waren. Gerade diese Ansicht der Erde aus dem All wird oft als „Urfunke“ der Umweltbewegung bezeichnet. Im Sinne einer „kopernikanischen Wende rückwärts“ erkennt der Mensch, dass die Erde sehr wohl das Zentrum ist und die einzige Heimat, die wir haben – und diese ist hochgradig verletzlich. Aus *Angst um* wird *Sorge für*.

Wo bleibt der Optimismus?

Die Gesprächsrunde fragt nach weiteren Ansatzpunkten für optimistische Perspektiven. Einer DiskutantIn zufolge haben wir uns vom Menschsein entfernt und die grundlegende Freude verlernt – oder diese gar nicht erst erlebt. Es gibt beispielsweise jede Menge Fahrradfahrer*innen, die das Radfahren als Lebensqualität empfinden. Technischer Fortschritt soll uns Möglichkeiten und Zeit verschaffen und sich gleichzeitig in Richtung Kulturwandel entwickeln, dass wir auf nachhaltige Lösungen zusteuern. In der Runde kommen Zweifel auf, ob die Mittel, die uns in die jetzige Situation geführt haben, dennoch Teil einer Lösung sein können. Ganz ohne Technik wird es definitiv nicht funktionieren, aber sämtliche technische Lösungen befinden sich noch in Kinderschuhen und sind daher bei Weitem nicht schnell genug realisierbar, um die Krise aufzuhalten, so die Kritik. Im Vergleich dazu wäre ein Kulturwandel günstiger, einfacher und schneller zu haben. Ein möglicher Ansatz liegt in einem Wechsel von der gesamtgesellschaftlichen auf die individuelle Ebene: „Was heißt das für mein Leben? Wie kann ich mit den Anforderungen umgehen?“ Durch gelebten Holismus wird das persönliche Leben wesentlich anstrengender, so Ana Honnacker. Gedankenloses Konsumieren und Manipulieren richten jedoch Schaden an. Das Erfordernis, Ressourcen zu nutzen, steht außer Frage. Es bleibt abzuwägen, was notwendig und verantwortbar ist. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit dem eigenen ökologischen Fußabdruck. Ohne eine Reduktion der Eingriffsintensität wird es nicht funktionieren.

Die Impulsgeberin schließt die Diskussion mit einem positiven Gedanken: Wenn auch große Unternehmen zu Treibern des Wandels hin zum Umweltschutz werden, können wir vielleicht doch schnelle Veränderungen erzielen. Die Bereitschaft besteht, das hat sie selbst erfahren. Wie gesetzliche Vorgaben im Detail aussehen können, ist Thema

der zweiten Session des Dialog-Cafés: das Verhältnis von Mensch und Natur, diesmal auf juristischer Ebene.

Rechte der Natur?

In welchem Verhältnis stehen die Interessen des Menschen und die Interessen der Natur? Dazu spricht Andreas Gutmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Just Transitions Rechtspolitik an der Universität Kassel und im durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt „Die Natur als Rechtsperson“. Zu Beginn seines Impulsvortrags verweist er darauf, dass viele Umweltkonflikte im Grunde als Verteilungskonflikte umgedeutet werden können. Ungleich verteilt ist nicht nur der Zugang zu Ressourcen, sondern es sind insbesondere auch die Folgen des Klimawandels. Diese Ungerechtigkeiten sind zum Teil historisch durch Kolonialität geprägt. Der Klimawandel wird überwiegend durch die Emissionen der Industrieländer verursacht und trifft Länder des globalen Südens besonders stark. Der globale Norden hingegen profitiert überproportional vom Abbau fossiler Brennstoffe. Rechte der Natur werden von ihren Befürworter*innen häufig als ein Werkzeug präsentiert, um die fehlende Gleichwertigkeit herzustellen. Im deutschen Rechtssystem wie auch in den meisten Ländern des globalen Nordens können Interessen der Natur bisher nur mittelbar, über menschliche Rechte, juristisch geltend gemacht werden. Damit die Natur als Rechtssubjekt fungiert und ihre Rechte einklagbar sind, muss sie jedoch als Rechtspersönlichkeit anerkannt werden.

Mensch und Natur als Rechtsträger*innen

Rechte der Natur sind in zahlreichen Staaten in unterschiedlichen Formen kodifiziert, berichtet der Impulsgeber. Am weitesten geht die ecuadorianische Verfassung aus dem Jahr 2008. Zwischen den Rechten der Natur und den Rechten der Menschen besteht dort keinerlei Hierarchie. Die Verfassung spricht diese Rechte der sogenannten Pachamama – Mutter Erde oder Mutter Natur – zu. Der Begriff rekurriert auf indigene Vorstellungen aus dem Anden- und Amazonasraum, die sich sehr heterogen gestalten. Der Kosmos wird als eine Art Netz gedacht, ein Beziehungsgeflecht zwischen den verschiedenen menschlichen und nichtmenschlichen Entitäten. Innerhalb dieser Beziehungen bestehen Verantwortlichkeiten. Das Ziel eines guten Lebens erfordert, in diesem Netz ein Gleichgewicht herzustellen, hingegen keinen statischen Zustand. Die Natur wird als eine Vielzahl an Ökosystemen verstanden – nach außen stabil, aber innen stets in Bewegung. Wie ist der Mensch in diesem Ökosystem positioniert? Die Rechte der Menschen und der Natur müssen stets gegeneinander abgewogen werden. Eine Verletzung der Rechte tritt erst bei übermäßiger Naturnutzung ein – für die Gerichte eine durchaus schwierige Entscheidungsfindung. Gleichwertigkeit zwischen Mensch und Natur heißt hierbei nicht, dass auch eine Gleichbehandlung erfolgen soll, sondern sie ist Richtschnur für die rechtliche Bewertung. Andreas Gutmann schließt seinen Impuls mit der These, dass kodifizierte Rechte der Natur zu einer Demokratisierung des Mensch-Natur-Verhältnisses führen und dabei die gegenwärtige Privilegierung adressieren.

Anschließend wird zunächst eine begriffliche Bestimmung der Interessen der Natur diskutiert. *Wer darf wann* auslegen, was die Interessen eines Flusses sind? In Ecuador können grundsätzlich alle Menschen für die Natur sprechen, so der Impulsgeber. Die Gerichte versuchen zunächst, viele Meinungen einzuholen, von Betroffenen, Sachverständigen oder Gutachter*innen. Schlussendlich muss das Gericht anhand dieser Informationen eine Entscheidung treffen. Welches sind die Interessen nichtmenschlicher Entitäten? Die Natur selbst hat einen Eigenwert und Interessen, stellt der Impulsgeber klar. Natürlich braucht es Menschen, welche die Rechte vor Gericht geltend machen, Rechtsträgerin ist gleichwohl die Gesamtheit der Natur beziehungsweise der Ökosysteme.



Interessen der Natur

Welche Vorteile entstehen, wenn der Natur Rechte zugesprochen werden? Ist es nicht ein Unterschied, ob man einen Menschen vertritt oder die Natur? Wer ist Advokat*in der Natur? Es wird immer unterschiedliche Interpretationen geben. Mit Blick auf die Nutzungseingriffe, welche die ecuadorianische Verfassung nicht grundsätzlich verbietet, sondern nur eine Übernutzung, schließt sich die Frage an, wer bestimmt, wann dieses Maß erreicht ist. Ein Diskutant sieht die Gefahr, dass Entscheidungen aufgrund esoterischer, auf Einfühlung beruhender Kriterien getroffen werden. Die Rechte der Natur sind letztendlich immer von Menschen zugeschrieben, so die Denkfigur. Ein Hauptvorteil von Rechten der Natur hingegen zeigt sich im Zugewinn an juristischem Spielraum, erläutert der Impulsgeber. Es bestehen schlicht mehr Klagemöglichkeiten. Darüber hinaus trägt dieses rechtliche Element zum Empowerment von Umweltvereinigungen und indigenen Bewegungen bei.

Wie ein Teilnehmer anmerkt, führt die Demokratisierung der Nutzung von Natur zur Beschränkung von Eigentumsrechten, weshalb es regelmäßig zu Interessenkonflikten kommt. In der rechtlichen Praxis war die *Naturnutzung* lange Zeit stärker geschützt als die Natur an sich. Diesen Zustand versucht man nun durch Konzepte wie Rechte für die Natur in eine Art Gleichgewicht zu bringen. Wie Andreas Gutmann berichtet, sind Streitigkeiten um den Bergbau oft Gegenstand großer Prozesse. Der findet jedoch in abgelegenen Gebieten Ecuadors statt. Dort ist eher selten privates Eigentum an Grund und Boden berührt. Ein Teilnehmer weist auf die deutsche Baugesetzgebung hin: Bei Aufstellung eines Bebauungsplans ist gesetzlich in der Regel eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgeschrieben. Die kommunale Verwaltung fungiert administrativ als Anwältin der Natur und muss die Verträglichkeit von etwaigen Eingriffen prüfen.

Nachfolgend wendet sich das Gespräch wieder der gerichtlichen Geltendmachung von Rechten der Natur zu. Dem Impulsgeber zufolge führen ecuadorianische Gerichte die Verfahren eher pragmatisch, was große Unterschiede in der Prozessdauer zur Folge haben kann. Ein Teilnehmer erwähnt den Versuch eines Mainzer Bäckers, grundrechtlichen Schutz für Bienen einzuklagen, da diese ihm einen Grundstoff liefern und damit sicherstellen, dass er wirtschaftlich existieren und Menschen beschäftigen kann. Es schließt sich die Frage an, ob sich zum Beispiel die Interessen eines Flusses wirklich nur metaphorisch betrachten lassen. In Deutschland existieren zahlreiche Initiativen, die den Eigenwert der Natur schützen wollen, so der Impulsgeber. Angesprochen werden auch begriffliche Probleme. Alles hat „Agency“, Intentionen, Interessen. Was folgt, wenn man davon ausgeht, dass ein Fluss handelt? Es führt zu einem Weltbild, das im Kontrast zum gegenwärtigen Zustand steht.

Aushandlungsprozesse: Zum Verhältnis zwischen Mensch und Natur

Mensch und Natur sollten im Einklang leben können, so der Konsens. Die These findet Zustimmung, dass wir Menschen durch unsere vermeintliche Herrschaft über den Planeten auch die Verantwortung für die Natur übernommen haben. Im Kontext des Klimawandels, wird eingewendet, entzieht sich allerdings unserer Vorstellung, wie sich zum Beispiel die Vegetation entwickeln wird. Die Zeiträume, in denen sich die Vegetation erholt – oder eben nicht –, gehen weit über das hinaus, was im alltäglichen Diskurs thematisiert wird. Ökosysteme wie den Regenwald kann man künstlich nicht rekonstruieren. Vor diesem Hintergrund müssen wir klare Regeln schaffen. Auch im deutschen Umweltrecht stehen Anthropozentrismus und Ökozentrismus in einem Spannungsverhältnis. Recht ist immer kultursensibel. Der Weg über indigene Vorstellungen, den Ecuador gewählt hat, findet in der Diskussion Zuspruch. Was sind die Eckpfeiler unserer Erzählung, wenn wir in unserer Verfassung eine Verpflichtung der Bürger*innen verankern, die Natur zu schützen – auch zur eigenen Lebenserhaltung? Zunächst sollten wir nicht vergessen, dass unser Recht auch auf Vorannahmen beruht, die nicht unbedingt universal zutreffen. Das Beispiel Ecuadors kann als Türöffner für unterschiedliche Interpretationen der Beziehungen zwischen Mensch und Natur dienen. Eine letzte Frage bezieht sich auf die übrigen Länder Lateinamerikas. Wird das Recht der Natur allgemein anerkannt? Wie steht es um die Rechte der indigenen Bevölkerung? In Bolivien gibt es bereits entsprechende Gesetze. In Chile war ein Entwurf für eine umfangreiche Verfassungsreform, darunter auch kodifizierte Rechte der Natur, in der Diskussion, wurde allerdings durch eine Volksabstimmung mehrheitlich abgelehnt. Die Verbreitung erfolgt tatsächlich auch mit gegenseitiger Bezugnahme, so Andreas Gutmann.

Rechte der Natur als möglicher Hebel für Gleichwertigkeit wurden sehr kontrovers diskutiert: einerseits grundlegende Fragen zum dahinter liegenden Weltbild, andererseits auch in Bezug auf Konsequenzen, etwa wenn man Natur „Agency“ zuspricht. Das Beispiel Ecuador verdeutlicht die kontinuierlichen Aushandlungsprozesse, einhergehend mit ständiger Reflexion. Das kann ein guter Weg sein in den Diskurs zu treten, um die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur anzustoßen.

Resümee

Prof. Dr. Ulrike Röttger gehört dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an. Sie hat das Dialog-Café begleitet und gibt ihre Eindrücke vom Verlauf der Diskussion wieder:

Das Anthropozän beschreibt als analytisches Konzept den immensen Einfluss des Menschen auf unseren Planeten – das menschengemachte Zeitalter ist von massiven Klima- veränderungen, Umweltverschmutzungen, fortschreitender Erschließung und extensiver Nutzung der Natur begleitet. Die zerstörerischen Folgen der weitreichenden Eingriffe des Menschen in die Natur mahnen an, das Verhältnis von Mensch und Natur neu auszubalancieren und die Annahme, dass der Mensch das Maß aller Dinge sei, in Frage zu stellen. Ana Honnacker plädierte in der ersten Session des Dialog-Cafés für eine Neubestimmung des Verhältnisses von Mensch und Natur und verwies dabei auf das grundlegende Spannungsfeld, in dem der Mensch sich als Kulturwesen und als biologisches Wesen befindet: Der Mensch ist trotz aller Kulturleistungen auch Teil der Natur.

Im Sinne eines holistischen Ansatzes plädierte sie dafür, Mensch und Natur als gleichwertig anzusehen: Ein Menschenleben zählt nicht automatisch mehr als das Leben einer Maus oder eines Baums. Dies impliziert, dass jedwede Verfügung über Natur durch den Menschen prinzipiell begründungspflichtig ist. Um der in diesem Anspruch innewohnenden Überforderung zu begegnen, schlägt sie unter anderem vor, die Frage „Wer wollen wir gewesen sein?“ als Leitfrage menschlichen Handelns zu wählen.

*In der anschließenden, sehr lebendigen Diskussion wurde unter anderem die Frage aufgeworfen, ob in Zukunft Künstliche Intelligenz (KI) ein besserer Weltschützer sein könnte. Der Gedanke wurde von der Impulsgeberin kritisch betrachtet, da auch KI keinen holistischen Ansatz impliziere und vorrangig in der Rolle als Mensch-Ersatz agiere. Angesichts der Feststellung, dass wir mit Blick auf die Probleme des Anthropozäns aus Sicht der Diskussionsteilnehmer*innen weniger ein Erkenntnis-, sondern vor allem ein Umsetzungsproblem haben, wurde sehr intensiv diskutiert, wie ein Kultur- und Einstellungswandel erzielt werden kann, wie das reflexive Moment zur Geltung kommen kann, um die Lösung dringender Zukunftsfragen und die Kosten, die durch nicht gelöste Probleme entstehen, nicht weiter in die Zukunft zu verschieben.*

Das Verhältnis von Mensch und Natur und die Frage der Eigenwertigkeit der Natur wurden in der zweiten Session vor allem aus rechtlicher Perspektive beleuchtet. Andreas Gutmann beschrieb am Beispiel Ecuadors, wie Rechte der Natur in der Verfassung verankert werden können und welche Verfahren der Natur zu ihrem Recht verhelfen können. In der ecuadorianischen Verfassung von 2008 wird die Natur als Rechtssubjekt anerkannt und das Recht auf eine ganzheitliche Achtung der Existenz der Natur, ihrer Regeneration sowie ihrer Wiederherstellung festgeschrieben. Ein zentraler und bedeutender Begriff ist in diesem Zusammenhang Pachamama, ein Begriff aus der indigenen Sprache und ein Synonym für Natur. Ein gutes Leben im Sinne von Pachamama beinhaltet, fortwährend ein Gleichgewicht im Netzwerk zwischen Mensch und Natur herzustellen. Die Idee der Balance im Netzwerk menschlicher und nicht-menschlicher Entitäten hebt die Vorstellung einer Dichotomie von Mensch und Natur auf und stellt zugleich menschliche Hierarchisierungsformen der Naturnutzung in Frage.

Im Dialog-Café wurde sehr intensiv und durchaus auch kontrovers über die Möglichkeiten der Umsetzung der Rechte der Natur diskutiert. Kann man Natur „Agency“ zusprechen? Wer ist legitimiert, Natur zu vertreten, wer verleiht ihr eine Stimme? Das Beispiel Ecuadors verdeutlicht, dass die Ausbalancierung zwischen Rechten der Natur und Rechten der Menschen vor dem Hintergrund einer prinzipiellen Gleichwertigkeit beider intensive kommunikative Aushandlungsprozesse erfordert und letztlich als fortwährende Arbeit am passenden Gleichgewicht zwischen unterschiedlichen Interessen und Rechten zu sehen ist. Im Dialog-Café wurde schließlich auch die Frage aufgeworfen, welche Impulse der ecuadorianische Weg, indigene Vorstellungen von Pachamama aufzugreifen und in der Verfassung zu verankern, für Deutschland und die Debatte hier vor Ort haben kann. Was wären die Eckpfeiler unserer Erzählung, wenn wir die Rechte der Natur in unsere Verfassung einbetten wollen würden?

Die angeregte Diskussion in beiden Dialog-Cafés hat deutlich gemacht, dass eine zukunftsorientierte Ausbalancierung des Verhältnisses von Mensch und Natur ein langfristiger kommunikativer Aushandlungsprozess ist, der von uns verlangt, uns mehr zu fragen, was wir falsch machen.

Ausbalanciert – Ein gemeinsamer Abschluss

Soziometrische Aufstellungen zu den Themen der Dialog-Cafés boten zum Ende des Großen Konvents Gelegenheit zur spontanen Reflexion und Selbst-Positionierung. Sechs Fragen konnten die Teilnehmenden entlang einer Skala im Raum beantworten. Moderatorin Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein befragte die Anwesenden nach den Gründen für ihre Wahl.

Dialog-Café „Emotionen“

Im Dialog-Café ging es um Emotionen und Rationalität, beides bezogen auf gesellschaftliche Problemlagen und auf die Frage, wie sich Rationalität und Emotion in gesellschaftlichen Diskursen einerseits zeigen und andererseits wirksam sind. Jetzt geht es um die individuelle Ebene: Wie schätzen Sie sich persönlich selbst ein?

Bei Fragen des Alltags: Entscheiden Sie eher aus dem Bauch heraus oder aus dem Kopf?

Dialog-Café „Krisen“

Im Kampf gegen den Klimawandel muss die Bundesregierung Klimaschutzmaßnahmen vorantreiben. Der Impuls von Jan Peter Schemmel trug den Titel „Klimakrise – Die Bundesregierung im Balanceakt“.

Wie steht Ihrer Meinung nach das derzeitige Handeln der Bundesregierung in der Balance zwischen Wirksamkeit und sozialer und wirtschaftlicher Tragbarkeit?

Dialog-Café „Ungleichheit“

Wir sprachen im Dialog-Café über den Zugang zu Kulturgütern und über Repräsentation innerhalb des Kulturbetriebes, sowohl hinter den Kulissen als auch auf der Bühne oder dem Bildschirm.

Wie hoch schätzen Sie die Diversität im deutschen Theaterpublikum ein?

Und wie schätzen Sie die Diversität auf deutschen Bühnen ein?

Dialog-Café „Arbeit“

Wir streben nach einer gesunden Work-Life-Balance. Im Dialog-Café fragten wir nach der Sinnhaftigkeit einer Abgrenzung von Leben und (Erwerbs-/oder Care-)Arbeit, sowie einer geschlechtergerechten Aufteilung.

Wo verorten Sie sich und ihren derzeitigen Fokus auf der Skala zwischen Erwerbs- und Care-Arbeit und (Privat)Leben im Sinne von Freizeit?

Dialog-Café „Aushandlungen“

Die Repräsentation zukünftiger Generationen in der Politik spielt zum Beispiel auch im Hinblick auf den Klimawandel eine relevante Rolle.

Als wie hoch empfinden Sie die Generationengerechtigkeit in Deutschland?

Dialog-Café „Gleichwertigkeit“

Das Dialog-Café beschäftigte sich mit der Frage, ob eine Gleichwertigkeit zwischen Mensch und Natur möglich und erstrebenswert ist. Eine denkbare Form, diese Gleichwertigkeit umzusetzen, wäre die verfassungsrechtliche Verankerung von Rechten der Natur.

Wie stehen Sie dazu?





8

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Alberto Acosta Espinosa, geboren 1948, lehrte als Professor für Ökonomie an der Universität Quito. Von 1970 bis 1979 studierte er Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsgeographie und Volkswirtschaftslehre in Köln; zur gleichen Zeit war er Mitarbeiter der Botschaft der Republik Ecuador in Bonn. Ab 1980 war er in verschiedenen Institutionen des ecuadorianischen Staates sowie an Universitäten und Forschungseinrichtungen in Ecuador und in anderen Ländern tätig. 2007 amtierte Acosta Espinosa als Minister für Energie und Bergbau, dann bis 2008 als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors.



Prof. Dr. Lars Adler, geboren 1976, ist Stellvertretender Abteilungsleiter und Archivdirektor am Hessischen Staatsarchiv Darmstadt (HStAD). Er studierte Mittlere und Neuere Geschichte, Philosophie und Historische Hilfswissenschaften in Leipzig und Heidelberg. Nach seiner Promotion absolvierte er das Archivreferendariat für den höheren Archivdienst in Hessen. Er ist Referatsleiter für Erschließung und Erhaltung beim HStAD und zudem Dienststellenleiter der Koordinierungsstelle Bestandserhaltung Hessen. Seit 2020 ist er zudem Honorarprofessor an der Technischen Universität Darmstadt.



Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen, geboren 1956, war bis 2022 Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Von 2010 bis 2014 war Altmeyen Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er ist Fellow des Zentrums für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft und leitete von 2017 bis 2022 das Zentrum Flucht und Migration an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Von 2013 bis Herbst 2019 gehörte Klaus-Dieter Altmeyen dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung als dessen Sprecher an.



Katharina Apfelbaum, geboren 1997, absolviert den Masterstudiengang Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Zuvor studierte sie Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. 2017 verbrachte sie ein Semester an der University of Lincoln, England. Von Januar bis März 2019 war Apfelbaum Praktikantin der Schader-Stiftung. Seit Juni 2021 ist sie als Werkstudentin in der Kreditanstalt für Wiederaufbau Entwicklungsbank im Kompetenzcenter Energie und Klima am Standort Frankfurt am Main tätig.



Prof. Dr. Jürgen Aring, geboren 1961, ist seit 2015 Vorstand des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Er studierte in Münster und Oslo Geographie und promovierte 1999 an der Universität Oldenburg zum Thema Suburbanisierung. Von 2005 bis 2012 war Aring als Professor für Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel tätig. Es folgte eine Gastprofessur an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und eine Vertretungsprofessur an der Technischen Universität Dortmund. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit gründete er 2002 das Büro für angewandte Geographie.



Maika Axenkopf, geboren 1987, ist Historikerin und als Bildungsreferentin mit dem Schwerpunkt „Tage ethischer Orientierung“ beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend in Berlin tätig. Sie studierte Geschichte und Anglistik mit den Abschlüssen Magister und Erstes Staatsexamen an den Universitäten Trier und Cork. Seit 20 Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich im medizinischen wie auch organisatorischen Bereich beim Malteser Hilfsdienst e.V. Sie gehörte dem Team zur Vorbereitung des histocamp 2019 an.



Andrea Bartl, geboren 1970, ist seit 2018 kaufmännische Geschäftsführerin der Stiftung Lesen in Mainz. Sie studierte Betriebswirtschaft an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht, an der École Supérieure de Commerce de La Rochelle und an der University of California, Berkeley. Von 2007 bis 2017 war Bartl Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH, ein Stipendienprogramm der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund. Andrea Bartl ist seit 2019 Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung, seit 2022 als dessen Vorsitzende.



Prof. Dr. Volker Beck, geboren 1957, ist Professor an der Hochschule Darmstadt und als Psychotherapeut tätig. Er schloss 1987 sein Studium der Philosophie und Psychologie in Frankfurt und Gießen ab, erwarb Zusatzqualifikationen und erhielt 1999 die Approbation als Psychologischer Psychotherapeut. Als Psychoonkologe und als Leiter des Bereichs Krebsprävention war er von 1988 bis 2007 bei der Deutschen Krebsgesellschaft e.V. tätig. Seitdem lehrt er an der Hochschule Darmstadt im Fachbereich Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Psychoonkologie, Sozialmedizin und Sexueller Missbrauch.



Dr. Joachim Beerhorst, geboren 1954, war langjähriger Leiter des Ressorts Personalentwicklung/Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche beim Vorstand der Gewerkschaft IG Metall. Er hat eine kaufmännische Ausbildung und ein Studium der Sozialwissenschaften abgeschlossen, war in der betrieblichen Interessenvertretung tätig und fünf Jahre lang Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Universität Hannover sowie drei Jahre hauptberuflich an der Europäischen Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main, wo er auch gegenwärtig lehrt.



Dr.-Ing. Susanne Bieker, geboren 1976, ist seit 2018 am Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung im Bereich „Nachhaltigkeit und Infrastruktursysteme“ im Geschäftsfeld Wasserwirtschaft tätig und leitet das Querschnittsthema „Transformations- und Innovationssysteme urbaner Räume“. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund und promovierte am Institut IWAR der Technischen Universität Darmstadt, wo sie von 2003 bis 2015 im Kontext nachhaltiger Infrastrukturentwicklung, dann bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ab 2015 politikberatend tätig war.



Prof. Dr. Tanja Brühl, geboren 1969, ist seit 2019 Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt. Sie studierte Biologie und Sozialkunde auf Lehramt. 2002 promovierte sie im Fach Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt, wo sie anschließend als Juniorprofessorin und von 2007 bis 2019 als Professorin für Politikwissenschaft tätig war, von 2012 bis 2018 zudem als Vizepräsidentin für Studium und Lehre. Brühl ist Präsidentin der Europäischen Universitätsallianz Unite! und Co-Vorsitzende der Allianz führender Technischer Universitäten in Deutschland TU9.



Beatriz Casas González, geboren 1992, ist seit 2018 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München und seit 2020 Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Arbeit und Subjekt, Leistungssteuerung und -kontrolle sowie Technikfetischisierung. Sie studierte Politikwissenschaft und interdisziplinäre Lateinamerikastudien in Berlin und Inequalities Studies an der London School of Economics and Political Science. Von 2016 bis 2017 war sie für die Basisgewerkschaft United Voices of the World in London tätig.



Heiko Depner, geboren 1983, ist seit 2013 geschäftsführender Gesellschafter der Darmstädter Kommunikationsagentur La Mina und der zugehörigen Holding Good Business. An der Hochschule Darmstadt lehrt er als Dozent im Studiengang Wirtschaftspsychologie im Bereich Werbung/Marketing. Sein Studium der Marketing-Kommunikationswirtschaft absolvierte er am Institut für Marketing und Kommunikation in Wiesbaden. Er engagiert sich persönlich und mit seiner Agentur in Gremien und sozialen Projekten. Heiko Depner ist seit 2022 Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.



Dr. Christof Eichert, geboren 1953, war von 2017 bis 2021 Mitglied des Vorstands der Schader-Stiftung. Der promovierte Jurist war von 1985 bis 2003 in Baden-Württemberg Bürgermeister und Oberbürgermeister und anschließend in der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung tätig. Von 2007 bis 2010 war Eichert Abteilungsleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und bis 2016 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Seit 2017 ist er Senior Expert der Strategiemanufaktur Karlsruhe.



Özlem Zahra Eren, geboren 1999, studiert den Bachelorstudiengang Soziologie mit dem Nebenfach Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Ihre Interessenschwerpunkte sind Fragen sozialer Ungleichheiten und Machtstrukturen sowie das Thema Menschenrechte. Özlem Zahra Eren war von August 2022 bis Oktober 2022 Praktikantin und ist seit November 2022 Studentische Mitarbeiterin der Schader-Stiftung.



Dr. Jana Friedrichsen, geboren 1983, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ökonomik des Wandels am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). 2021 war sie Gastprofessorin für Mikroökonomie an der Freien Universität Berlin. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Kiel promovierte sie 2013 an der Universität Mannheim. Seit 2013 war sie auch an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) tätig. Sie forscht unter anderem im Bereich Industrieökonomik sowie zu Verhaltens- und Experimentalökonomik.



Prof. Dr.-Ing. Birte Frommer, geboren 1974, ist Professorin für Raum- und Umweltplanung an der Hochschule Darmstadt (h_da) und dort neben den Aufgaben in der Lehre in verschiedenen Forschungsvorhaben zur „Zukunftsorientierten Stadtentwicklung“ engagiert. Frommer studierte Geographie, Geologie und Landschaftsplanung. Nach ihrer Promotion war sie unter anderem als Projektleiterin und als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Ihre Forschung umfasst Themen wie Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung, Strategische Planung sowie Anpassung an den Klimawandel.



Dr. Gösta Gantner, geboren 1979, lehrt und forscht seit 2019 an der Max Planck School Matter to Life an der Universität Heidelberg und war Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsgruppen zu ethischen, rechtlichen und sozialen Fragen der modernen Lebenswissenschaften. 2017 promovierte er an der Goethe-Universität Frankfurt zum Thema „Möglichkeit. Über einen Grundbegriff der praktischen Philosophie und kritischen Gesellschaftstheorie“. Gösta Gantner engagiert sich in verschiedenen Projekten, die an den Schnittstellen von Kunst, Wissenschaft und Politik angesiedelt sind.



Dr. Jens Geisse, geboren 1983, ist seit 2019 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Qualifikationen in der Tutoriellen Lehre am Fachbereich Informatik der Technischen Universität Darmstadt zuständig. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Philosophie des Digitalen und der Informatik sowie in der interdisziplinären Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Jens Geisse studierte Soziologie und Informatik in Freiburg, Marburg und Darmstadt und promovierte 2019 in Darmstadt im Bereich Technikphilosophie.



Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Geschäftsführender Vorstand und Direktor der Schader-Stiftung. Er studierte Sozialwesen und Soziale Verhaltenswissenschaften. Von 2000 bis 2003 war er Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Hessen, dann Geschäftsführer und Referent für Publizistik des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim. Er gehört mehreren Fachgesellschaften an, vertritt die Schader-Stiftung in verschiedenen Beiräten und moderiert den Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt sowie das Stiftungsnetzwerk Südhessen.



Dr. Marilena Geugjes, geboren 1991, ist Postdoktorandin an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit und koordiniert das DFG-Forschungsprojekt „Polizei, Politik, Polis – Zum Umgang mit Geflüchteten in der Stadt“. Sie studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaft, Anglistik und Germanistik und promovierte am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg. 2017/2018 leitete sie das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. Sie ist Stadträtin in Heidelberg und seit 2021 kooptiertes Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Dr. Angelina Göb, geboren 1986, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), Teilinstitut Hannover, an der Leibniz Universität Hannover. Sie studierte Geographie, Städtebau und Bodenkunde an der Universität Bonn und promovierte an der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft. Ihre Forschungsthemen sind Stadtentwicklung und Stadtplanung, Öffentliche Räume sowie qualitative Raumanalyse. Im Frühjahr 2022 trat sie ein dreimonatiges Fellowship in der Schader-Residence zum Thema Gesellschaftlicher Zusammenhalt an.



Ronald Grütz, geboren 1958, ist seit Oktober 2021 Direktor des Goethe-Instituts in Barcelona. Er studierte Germanistik, Katholische Theologie und Philosophie in Tübingen und Frankfurt am Main. Von 1989 bis 1992 war er als Programmlehrkraft der Internationalen Organisation für Migration in Sao Paulo sowie als Vizedirektor einer UNESCO-Projektschule tätig. Er arbeitete als Sprachlehrer, Leiter der Programmarbeit und Referent des Vorstands an verschiedenen Standorten des Goethe-Instituts. Von 2008 bis 2021 war er Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) in Stuttgart.



Jan Frederik Gruß, geboren 1980, ist seit 2022 Abteilungsleiter für Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Beratung sowie Leiter des Sachgebiets Senioren der Stadt Offenburg. Er studierte Soziologie in Bamberg und Tampere, Finnland. Zwischen 2008 und 2019 war Gruß als Programmkoordinator in der Not- und Katastrophenhilfe sowie in der Entwicklungszusammenarbeit mit regionalem Fokus auf Südasien und Ostafrika für diverse Hilfsorganisationen tätig. Ab 2019 war er Akademischer Mitarbeiter im Projekt „Digitaldialog 21“ unter Leitung von Prof. Dr. Stefan Selke an der Hochschule Furtwangen.



Dr. Andreas Gutmann, geboren 1991, ist seit November 2022 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Just Transitions Rechtspolitik an der Universität Kassel und seit 2020 im DFG-geförderten Projekt „Die Natur als Rechtsperson“. Er studierte Rechtswissenschaften in Freiburg und Santa Marta, Kolumbien, war als Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bern und bis 2022 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen tätig. Dort promovierte er 2021 zum Thema „Hybride Rechtssubjektivität: Die Rechte der Natur oder Pacha Mama in der ecuadorianischen Verfassung von 2008“.



Prof. Anselm Hager Ph.D., geboren 1988, ist seit 2019 Juniorprofessor für Internationale Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte an der London School of Economics und promovierte an der Columbia University, New York. Ab 2017 war er Juniorprofessor für Political Economy an der Universität Konstanz. Zudem ist Hager Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und evaluiert Entwicklungsprojekte im subsaharischen Afrika. Hager ist seit 2019 Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Dr. Martin Hambrecht, geboren 1955, war von 2002 bis 2019 Chefarzt der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie am Agaplesion Elisabethenstift in Darmstadt. Er studierte Psychologie und Medizin an den Universitäten Freiburg, Hamburg, Rhode Island, USA, und Mannheim und habilitierte sich 1995. Hambrecht war Professor für psychiatrische Prävention an der Universität Köln und ist Lehrbeauftragter für Klinische Psychologie an der Technischen Universität Darmstadt.



Christopher Hamich, geboren 1995, studiert Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt, wo er zudem Studentischer Mitarbeiter im Forschungsverbund „Normative Ordnungen“ ist. Ab 2014 studierte er Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Parlamentarismus und Konstellationen des Digitalen. Von September 2020 bis Juni 2021 war er als Studentischer Mitarbeiter im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ für die Schader-Stiftung tätig.



Prof. Dr. Michael Haus, geboren 1970, ist seit 2012 Professor für Moderne Politische Theorie an der Universität Heidelberg. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main und Heidelberg. Nach seiner Habilitation in Darmstadt wurde er 2009 Professor an der Universität Kassel. Michael Haus ist seit Januar 2020 einer von zwei Geschäftsführenden Direktor*innen der Heidelberg School of Education, in der Universität und Pädagogische Hochschule im Bereich der Lehrerbildung kooperieren.



Prof. Dr. Roger Häußling, geboren 1969, ist seit 2009 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Technik- und Organisationssoziologie an der RWTH Aachen. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen, Philosophie und Soziologie in Siegen und Karlsruhe. Von 2002 bis 2003 war er Fellow der Akademie Schloss Solitude Stuttgart. Seine Schwerpunkte umfassen die Bereiche Innovationsforschung, Digitale Soziologie sowie Relationale Soziologie. Er ist Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung (DGNNet). Seit 2020 ist Roger Häußling Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Erwin Heberling ist Soziologe und seit 2000 Geschäftsführer des Film- und Kinobüros Hessen e.V., das seit fast 40 Jahren für unabhängige Filmkultur und Filmförderung in Hessen steht und unter anderem den vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst vergebenen „Preis für nachhaltiges Kino“ organisiert. Zuvor war Heberling Gründer und langjähriger Leiter des soziokulturellen Marburger Zentrums Café Trauma und des OpenEyes Filmfest Marburg. Er ist Mitglied von Festivaljürs und übt gelegentlich journalistische Tätigkeiten zu filmischen Themen aus.



Stefan Heinig, geboren 1970, ist seit 2020 am Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung in Mainz im Referat Stadt- & Landentwicklung mit Schwerpunkt städtische und stadtnahe Räume tätig. Er studierte Geographie an der Universität Halle. Ab 2007 leitete er die Abteilung Stadtentwicklungsplanung und war ab 2015 stellvertretender Amtsleiter des Stadtplanungsamtes der Stadt Leipzig. Von 2017 bis 2020 war Heinig Vorsitzender der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages. Er ist zudem Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig und am Institut für Städtebau Berlin.



Meike Heinig, geboren 1970, ist seit 2014 Geschäftsführerin und Programmchefin der Centralstation Veranstaltungs-GmbH in Darmstadt und war dort ab 1998 im Bereich Programm und Organisation tätig. Sie studierte Kommunikationswissenschaften an der Universität Mainz. Vor und während ihres Studiums konnte sie unter anderem als Regieassistentin am Staatstheater Mainz, mit journalistischen Tätigkeiten sowie während eines Stipendiums im spanischen Pamplona berufliche Erfahrungen im Kulturbereich sammeln. Zu ihren Schwerpunkten gehören Literatur und Kinderkultur.



Anja Herdel, geboren 1967, ist seit 2006 Geschäftsführerin der Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH. Herdel studierte Germanistik, Anglistik und Baugeschichte an der Technischen Universität Darmstadt und war anschließend beim Verkehrsverein Darmstadt beschäftigt, wo sie von 1996 bis 1999 Abteilungsleiterin im Bereich Fremdenverkehr war. Nach der Umfirmierung zur Stadt- und Touristikmarketing Gesellschaft war sie von 2000 bis 2003 als Abteilungsleiterin im Touristikmarketing und von 2003 bis 2006 als stellvertretende Geschäftsführerin tätig.



Merja Herzog-Hellstén, geboren 1969, ist seit 2017 Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach und leitet dort das Labor Kunst. Sie wuchs in Finnland auf und erlangte ihren Abschluss Master of Arts in Freier Kunst an der Northern Arizona University, USA. Seit 1994 arbeitet sie als freischaffende Künstlerin und Kuratorin in Deutschland. Schwerpunkte ihrer künstlerischen Arbeit bilden konzeptbasierte Raumarbeiten neben situativen Außenskulpturen.



Johannes Heynold, geboren 1990, gründete 2016 das Studio JoHey! Dialoge im Raum. Nach dem Studium der Architektur und Stadtplanung an den Universitäten Darmstadt und Stuttgart arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Zentrum für Kultur- und Technikforschung. Anschließend war er als Architekt, Künstler und Urbanist in Frankfurt und Leipzig tätig. Seit 2022 liegt sein Fokus auf barrierefrei gestalteten Räumen. Heynold ist Mitglied des SUPERBLOCKS Leipzig e.V. und war Mitgestalter des Projekts „Bi/e Local“ im Rahmen des Sommercamps 2019 der Schader-Stiftung.



Dr. Marina Hofmann, geboren 1982, ist seit Frühjahr 2022 Leiterin des Amtes für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Seit 2017 war sie Referentin im Geschäftsbereich Unternehmen und Standort der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar. Hofmann studierte Wirtschaftsingenieurwesen mit der technischen Fachrichtung Bauingenieurwesen auf Diplom an der Technischen Universität (TU) Darmstadt und promovierte 2020 am Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der TU mit einer Analyse kommunaler Strategien energetischer Gebäudesanierung in deutschen Großstädten.



Dr. Ana Honnacker ist seit 2021 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am DFG-Projekt „Politics in Search of Evidence“ der Hochschule für Philosophie München. Seit 2015 lehrt sie unter anderem am Institut für Philosophie der Universität Hildesheim. Sie studierte Philosophie, Katholische Theologie und Sprachwissenschaft in Münster und promovierte 2014 am Fachbereich Philosophie der Goethe-Universität Frankfurt. Bis 2020 war sie Wissenschaftliche Assistentin am Forschungsinstitut für Philosophie Hannover. Themen ihrer Forschung sind politische Philosophie sowie Religions- und Umweltphilosophie.



Dr. Ulrike Höppner, geboren 1977, ist Politikwissenschaftlerin und lebt und arbeitet in Berlin. Nach ihrer Promotion 2011 forschte sie insbesondere zu Fragen von Internet und Gesellschaft, unter anderem im „Global Privacy Governance Network“ am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sie lehrt zudem an verschiedenen Universitäten, vorwiegend im Bereich politische Theorie und Ideengeschichte.



Dr. Markus Hoschek, geboren 1967, ist seit 2008 Vorstand der HEAG Holding AG. Er studierte in Darmstadt und in Grenoble, Frankreich, Mathematik und Elektrotechnik. Bis zur Promotion 1999 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Technischen Universität Darmstadt und der Siemens AG. Anschließend beriet er für IBM international Banken, auch bei Unternehmenstransaktionen. Markus Hoschek ist Vorsitzender des Vorstands der Bürgerstiftung Darmstadt und Mitglied in Aufsichtsgremien sowie in Verbänden der Kommunalwirtschaft. Zudem unterstützt er Technologie-Start-ups bei ihrer Entwicklung.



Peter Jakobs, geboren 1962, ist Institutsleiter am Odenwald-Institut der Karl Kübel Stiftung in Wald-Michelbach. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre in Mainz war er in verschiedenen Unternehmen der Lebensmittelbranche tätig, zuletzt zwölf Jahre als Mitglied der Geschäftsleitung der Alnatura GmbH. Im Jahr 2010 wechselte er zum Odenwald-Institut, einem Aus- und Weiterbildungsinstitut der gemeinnützigen Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie. Dort trägt er die wirtschaftliche Verantwortung für den Bildungsbetrieb.



Dr. Julia Jarass, geboren 1985, ist seit 2011 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Institut für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR). Sie studierte Geographie, Sozialwissenschaften und Rechtswissenschaften und promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bis 2018 betreute sie das Thema Mobilität als Baustein einer integrierten Stadtentwicklung im Rahmen der transdisziplinären Arbeitsgruppe „Neue Wege für die integrierte Entwicklung des Wohnens in städtischen Räumen“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.



Prof. Dr. Roland Kaehlbrandt, geboren 1953, war von 2008 bis 2022 Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt am Main, deren Vorstand er seit 2006 angehörte. Er studierte Romanistik, Germanistik und Völkerkunde an der Universität zu Köln, wo er 1989 mit einer linguistischen Arbeit promovierte. Bis 1999 war er Kommunikationschef der Bertelsmann Stiftung und anschließend Geschäftsführer der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung in Frankfurt. Er lehrt seit 2016 als Honorarprofessor für Sprache und Gesellschaft an der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft.



Bijan Kaffenberger, geboren 1989, ist direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Darmstadt II im Hessischen Landtag. Er studierte International Economics and Economic Policy an der Goethe-Universität Frankfurt und arbeitete dort anschließend am Lehrstuhl für Bankbetriebslehre. Im Thüringer Wirtschaftsministerium war er ab 2016 als Referent für Breitbandausbau und Digitalisierung tätig, bis er 2019 in den Hessischen Landtag gewählt wurde. Er ist digitalpolitischer Sprecher seiner Landtagsfraktion sowie Co-Vorsitzender des Forums für Kunst und Kultur der Sozialdemokratie in Hessen.



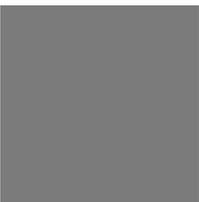
Joe Kaiser, geboren 1965, arbeitet seit 2019 in dem von ihm initiierten Transformationsnetzwerk re:nu SUSTAINABLE CULTURE als Marken- und Transformationsberater und als selbstständiger Creative Director, Fotograf und Filmmacher unter dem Label Kaisermore. Er studierte Kommunikationsdesign an der Fachhochschule Wiesbaden und war über 25 Jahre geschäftsführender Gesellschafter von Markenagenturen. Joe Kaiser ist Mitglied im Deutschen Designer Club und im Deutschen Werkbund Hessen und erhielt mehr als 40 Auszeichnungen in international bedeutenden Design- und Kreativwettbewerben.



Aylin Klisura, geboren 1997, ist Gender and Diversity Studies-Studierende im Bachelor an der Hochschule Rhein-Waal in Kleve. Ihre Schwerpunkte im Studium sind unter anderem Migration und Antidiskriminierung. Seit 2020 ist sie Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes. Aylin Klisura war von April bis August 2021 als Praktikantin der Schader-Stiftung und ist aktuell dort als Studentische Mitarbeiterin tätig.



Dr. Michael Koepe, geboren 1952, war von 1988 bis 2019 Arzt für Gynäkologie und Geburtshilfe, Naturheilkunde und Akupunktur sowie für Traditionelle Chinesische Medizin in Darmstadt. Nach dem Studium der Medizin in Düsseldorf und Hamburg war er zehn Jahre klinisch tätig. Gleichzeitig erwarb er die Qualifikation in Traditioneller Chinesischer Medizin, unter anderem an der Universität Witten/Herdecke. Michael Koepe absolvierte eine Ausbildung zum Kursleiter für medizinisches Qi Gong und unterrichtet nach dieser Methode.



Prof. Dr. Michaela Köttig, geboren 1965, ist seit 2009 Professorin für Kommunikation, Gesprächsführung und Konfliktbewältigung an der Frankfurt University of Applied Sciences. Sie studierte Sozialwesen, Politik und Soziologie in Kassel und promovierte an der Universität Göttingen. Köttig war in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie als Jugendbildungsreferentin tätig. Von 2014 bis 2022 war sie Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit. Sie war bis 2019 Mitglied im Fachbeirat „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Yaël Koutouan, geboren 1995, ist seit 2021 Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts „Staging Differences“ im DFG-Sonderforschungsbereich Humandifferenzierung an der Universität Mainz (JGU). An der JGU absolvierte sie ab 2016 das Bachelorstudium Theater- und Buchwissenschaft sowie das Masterstudium Theaterwissenschaft. Schwerpunkte ihrer Forschung sind die kritische Phänomenologie als Aufführungsanalyse, Critical Race Studies und Post Colonial Studies. Zudem setzt sie sich für mehr Diskriminierungssensibilität in Forschung und Lehre ein.



Dr. Astrid Kuhn, geboren 1983, ist seit 2015 hauptamtliche Geschäftsführerin und seit Juni 2020 Vorstandsvorsitzende der Stiftung Wissenschaft und Demokratie. Zuvor war die Politikwissenschaftlerin von 2009 bis 2015 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Stifters Eberhard Schuett-Wetschky am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Kiel tätig. Kuhn promovierte 2020 zum Thema „Bundesverfassungsgericht und Parlamentarismus“. 2021 absolvierte sie den Intensivstudiengang zur Stiftungsmanagerin an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht / EBS Executive School.



Prof. Dr. Thomas Kunz, geboren 1962, ist seit 2008 Professor am Fachbereich Soziale Arbeit der Frankfurt University of Applied Sciences. Er studierte Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt. Anschließend war er Mitarbeiter im Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. in Frankfurt und Referent im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Von 2017 bis 2019 war er Mitglied im Fachbeirat Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach, geboren 1987, ist Professor für Politikwissenschaft/Sozialpolitik an der Fachhochschule Münster und Privatdozent an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum (RUB). Er studierte Soziale Arbeit an der Hochschule Düsseldorf und Sozialwissenschaft an der RUB, promovierte 2016 an der Universität zu Köln und habilitierte 2021. Von 2016 bis 2018 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld. Von 2017 bis 2019 gehörte Kurtenbach dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Prof. Dr. Markus Landgraf, geboren 1968, ist seit 2000 Stabsmitarbeiter der European Space Agency (ESA) und seit 2015 als Senior Exploration System Architect und Projektmanager am Europäischen Weltraumforschungs- und Technologiezentrum in Noordwijk tätig. Unter anderem war er verantwortlicher Analyst für die Gaia Mission. Sein Diplom in Physik erwarb er an der Technischen Universität Darmstadt und ist dort Lehrbeauftragter für Angewandte Dynamik. 1998 promovierte er in Kosmophysik am Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg. Er engagiert sich für den Verein Flying Hope e.V.



Prof. Dr. Uwe Langbein, geboren 1948, ist Vorsitzender des Fördervereins Atelierhaus Vahle e.V. in Darmstadt und engagiert in der Bürgerbewegung Pulse of Europe. Von 1990 bis 2013 war er Professor für Technische Optik an der Hochschule RheinMain in Rüsselsheim und mehrmals Dekan des Fachbereichs Physikalische Technik. Er studierte Physik, promovierte und habilitierte sich 1986 auf dem Gebiet der Nichtlinearen Photonik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Fachgesellschaften. Forschungsaufenthalte führten ihn in die USA und nach Kanada.



Robert Langer, geboren 1959, ist seit März 2020 Vorstand Vermögen/Finanzen/Liegenschaften der Schader-Stiftung. Langer war als Diplom-Sparkassenbetriebswirt mit den Schwerpunkten Marketing sowie Wertpapier- und Privatkundengeschäft in verschiedenen Fach- und Leitungspositionen der Sparkassenorganisation tätig, darunter von 1998 bis 2001 als Vorstandsmitglied der Sparkasse Bensheim und ab 2002 als Bankdirektor der DekaBank in Frankfurt am Main. Ehrenamtlich engagiert sich Robert Langer für soziale Projekte in Deutschland und Ecuador.



Dr. Jutta Lauth Bacas, geboren 1956, ist Sozialanthropologin mit dem Schwerpunkt Migration, Flucht und Asyl in Südosteuropa. Auf die Promotion in Zürich folgten Lehrtätigkeiten an schweizerischen und deutschen Hochschulen. Von 2004 bis 2011 war sie an der Wissenschaftsakademie Athen in Forschungsprojekten zur Fluchtmigration nach Griechenland tätig. Neben ihrer publizistischen Arbeit ist sie seit 2015 als Research Affiliate dem Institute of Mediterranean Studies der Universität Malta assoziiert, mit dem Fokus auf die Situation von Geflüchteten an den südöstlichen EU-Außengrenzen.



Peter Lonitz, geboren 1959, ist in der Schader-Stiftung in den Bereichen Pressearbeit und Projektmanagement tätig. Er studierte Soziologie, Psychologie und Städtebau an der Technischen Universität Darmstadt. Nach Stationen bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt und der Technischen Universität Darmstadt ist Peter Lonitz seit 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Schader-Stiftung. Neben der Pressearbeit ist er im Projektmanagement zuständig für den Kontakt zu Partner*innen und Fachbesucher*innen sowie die Organisation des Schader-Preises.



Jo Lücke, geboren 1983, ist seit 2019 Trainerin für Equal Care und Mental Load. Als Co-Leiterin der Initiative Equal Care Day verantwortet sie die Sparte Mental Load sowie die jährliche „Equal Care Day-Konferenz“ am 1. März. Lücke studierte in Mannheim und Baltimore Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Ihre Workshops und Vorträge behandeln Themen wie Caring Companies, Familienarbeit teilen und Gender Care Gap. Sie entwickelte den ersten „Mental-Load-Test“ und veröffentlicht Materialien zur politischen Bildung.



Cora Maria Malik, geboren 1980, ist seit März 2020 Geschäftsführerin des Kulturhauses Karlstorbahnhof e.V. in Heidelberg. Sie war zuvor seit 20 Jahren als Geschäftsstellen-, Projekt- und Abteilungsleiterin bei unterschiedlichen Kultureinrichtungen und in der kulturpolitischen Kommunikation tätig, unter anderem für das Enjoy Jazz Festival und das Nationaltheater Mannheim. Nach ihrer Ausbildung zur Veranstaltungskauffrau absolvierte Malik ein Studium im Bereich Kulturmanagement.



Matthias Mayer ist seit 2008 Leiter des Bereichs Wissenschaft der Körber-Stiftung Hamburg. Dort verantwortet er unter anderem den Körber-Preis für die Europäische Wissenschaft, zuvor war er Projektleiter des Deutschen Studienpreises. Er studierte Philosophie, Germanistik, Politik und Pädagogik in Konstanz und an der Freien Universität Berlin. Mayer war kulturpolitisch aktiv, unter anderem als Vorsitzender des Kulturausschusses Altona. Er gehört diversen Gremien zur Wissenschaftskommunikation an, seine inhaltlichen Schwerpunkte sind Wissenschaftspolitik und Nachwuchsförderung.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte Politikwissenschaft, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war Mensch Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, wo sie 1999 promovierte. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Sicherheitspolitik, Menschenrechte und Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zudem betreut sie Projekte mit agilen Formaten.



Ronald Menzel-Nazarov, geboren 1973, ist Leiter der Kommunikation und des Fundraisings der START-Stiftung gGmbH in Frankfurt am Main. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Romanistik in Dresden, Aachen und Clermont-Ferrand sowie Management in Central and Eastern Europe an der Europa-Universität Viadrina. Nach Stationen beim Goethe-Institut Tallinn, dem Theodor-Heuss-Kolleg, der Robert Bosch Stiftung, der CBM – Christoffel Blindenmission und der Evangelischen Kirche ist er seit 2017 für die START-Stiftung tätig, eine Tochtergesellschaft der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung.



Dr.-Ing. Monika Meyer ist seit 2012 Geschäftsführerin des Instituts Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Meyer studierte Architektur an der Technischen Universität Braunschweig und promovierte zu städtebaulichen Effekten von Großereignissen. Sie gestaltete für das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die Initiative Architektur und Baukultur mit. Danach arbeitete Meyer im Leibniz Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden. Sie ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung.



Anke Müffelmann, geboren 1963, ist seit 2011 Vorstand des Kunstvereins Haus 8 in Kiel und gründete 2013 dort das „atelier für kunst und projekte“. Sie arbeitet seit 1996 als freiberufliche Künstlerin. Müffelmann studierte Kunstgeschichte in Hamburg, dann Malerei, Keramik und Druckgrafik in Kiel, Oslo und Porto. Von 2005 bis 2012 war sie künstlerische Leiterin im EU-Projekt „radius of art“ für die Heinrich-Böll-Stiftung, die Muthesius Kunsthochschule und die Landeshauptstadt Kiel. Seit 2017 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Transferpark der Muthesius Kunsthochschule.



Marijke Mulder, geboren 1980, ist seit 2018 Koordinatorin für Bildung und Beratung bei FEMNET e.V. in Bonn, der sich in Unternehmen und Politik für die Rechte von Frauen in der globalen Bekleidungsindustrie einsetzt. Sie studierte an der Universität Groningen Germanistik und Allgemeine Literaturwissenschaft. Mulder ist im Vorstand des Instituts für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit sowie des Vereins zur Förderung politischen Handelns. Zudem ist sie als Vorstandsmitglied von kollektiv eG an der Gründung eines genossenschaftlichen Supermarkts in Köln beteiligt.



Luca Müller, geboren 1995, ist Mitarbeiter in der Projektadministration am Passivhaus Institut Darmstadt, einer Einrichtung, die sich mit energieeffizienten und nachhaltigen Baukonzepten beschäftigt. Er absolvierte 2017 den Bachelorstudiengang Social Sciences an der Justus-Liebig-Universität Gießen und schloss 2021 den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt ab. Von Dezember 2019 bis Ende Februar 2020 war Luca Müller Praktikant der Schader-Stiftung.



Dorett Mumme, geboren 1982, ist Projektmanagerin im Kulturbereich. Ihr Schwerpunkt liegt seit einigen Jahren auf der Konzeption und Realisation von Digitalen Infrastrukturen sowie Kulturangeboten, die analoge und digitale Räume miteinander verbinden. Sie moderiert Veranstaltungen aus den Bereichen Politik, Kultur und Wissenschaft. Dorett Mumme studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Geschichte in Mainz, Istanbul und Bielefeld. An diversen Museen und Ausstellungshäusern arbeitete sie an den Schnittstellen von kuratorischem Bereich, Kultureller Bildung und Öffentlichkeitsarbeit.



Dr. Tanja Münch, geboren 1969, ist seit 2017 an der Hochschule Darmstadt im Ressort Studium, Lehre und studentische Angelegenheiten tätig und seit Juli 2022 kommissarische Leiterin des Ressorts. Sie studierte Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaften an der Universität Heidelberg und promovierte 2014 im Fach Soziologie. Nach Stationen in der freien Wirtschaft in den Bereichen Produktionsplanung und eBusiness ist Münch seit 2006 im Hochschulkontext zu den Themen Qualitätssicherung, Beratung und Strategieentwicklung sowie Hochschuldidaktik und Wissenschaftsmanagement tätig.



Anette Neff, geboren 1963, arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Historische Aufarbeitung bei der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Seit 2007 ist sie zudem Lehrbeauftragte am Institut für Geschichte der Technischen Universität Darmstadt. Ihre Themen reichen von Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg über deutsche West-Ost-Partnerschaften im Kalten Krieg bis hin zur Heimerziehung und sexualisierter Gewalt nach 1945 mit einem Schwerpunkt in Oral History. Sie studierte Neuere Geschichte, Alte Geschichte sowie Kunstgeschichte in Darmstadt, Trier und Washington, D.C.



Andrea Nispel, geboren 1960, ist seit 1998 als freiberufliche Beraterin, Coach, Moderatorin und Sozialwissenschaftlerin tätig. Sie studierte Erziehungswissenschaften und Soziologie. Es folgten Ausbildungen zur Systemischen Beraterin und zum Systemischen Coach. Ihre Schwerpunkte sind die gesellschaftspolitischen Themenfelder Diversität und Inklusion sowie macht- und rassismuskritische Perspektiven auf Bildung, Arbeit und Lernen in der Einwanderungsgesellschaft. Nispel war Mitgründerin von *beramí* – berufliche Integration e.V. in Frankfurt am Main und gehört seit 1994 dessen Vorstand an.



Désirée Nothnagel, geboren 1990, ist seit Juni 2022 als Wissenschaftliche Referentin im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ bei der Schader-Stiftung tätig und unter anderem für die Themen Zukunftsorientierte Stadtentwicklung und Konsuminfrastrukturen zuständig. Sie studierte European Studies an der Maastricht University sowie International Development Studies an der Wageningen University. Anschließend absolvierte sie Praktika bei Aurora Investments Global Ltd. in Vietnam und bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Eschborn.



Laura Pauli, geboren 1991, ist seit 2018 für die Schader-Stiftung tätig, derzeit als Wissenschaftliche Referentin sowie als Persönliche Referentin des Vorstands. 2015 war Pauli Stadtteil-Botschafterin der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt. Nach ihrem Bachelor in Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt schloss sie den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt ab. 2020 absolvierte sie eine Ausbildung zur Stiftungsmanagerin (DSA).



Michelle Pfeiffer, geboren 1993, studiert Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Von Juli bis September 2022 war sie Praktikantin bei der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Roswitha Pioch, geboren 1963, ist seit 2009 Professorin für Politische Zusammenhänge der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Kiel. Sie studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Marburg und promovierte 1999 in Leipzig. Pioch war Wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Leipzig und Göttingen sowie am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, und Vertretungsprofessorin in Duisburg-Essen und Kassel. Sie ist Lehrbeauftragte an mehreren Universitäten und Sprecherin des Arbeitskreises Migrationspolitik der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft.



Prof. Dr. Oliver Quiring, geboren 1969, ist Professor für Kommunikationswissenschaft am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er studierte Kommunikationswissenschaft, Soziologie, Psychologie und Volkswirtschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg und promovierte dort 2003. 2009 habilitierte er sich in München. Von 2008 bis 2018 war Quiring Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK), die letzten vier Jahre als Vorsitzender. Seine Forschungsschwerpunkte sind soziale, ökonomische und politische Kommunikation.



Dagmar Rechenbach, geboren 1957, ist seit 2008 Präsidentin des Verwaltungsgerichts Darmstadt. Zuvor war sie seit 2006 Präsidentin des Verwaltungsgerichts Wiesbaden. Seit 1999 gehörte Dagmar Rechenbach langjährig als Mitglied dem Staatsgerichtshof des Landes Hessen an. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seit 1988 ist sie als Richterin tätig, von 2000 bis 2004 war sie an das Hessische Justizministerium abgeordnet. Sie ist unter anderem Mitglied im Vorstand der Bürgerstiftung Darmstadt und Stiftungsrätin der Schader-Stiftung.



Dr. Johannes Reidel, geboren 1968, leitet seit 2022 das Nachhaltigkeitsbüro der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Technische Kybernetik in Stuttgart und promovierte dort im Fach Philosophie. Er war unter anderem als Koordinator des Center for Responsibility Research im Kulturwissenschaftlichen Institut Essen und Teamleader Sustainable Infrastructure, Products and Services beim Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production in Wuppertal tätig und ab 2016 Themenverantwortlicher für „Forschung für Nachhaltigkeit“ im Wissenschaftsbereich der Robert Bosch Stiftung.



Charly Richter, geboren 1998, studiert Komparatistik und Zivilrecht an der Johannes-Gutenberg-Universität (JGU) Mainz. 2016 wurde unter ihrer Regie das von ihr und ihrem Bruder geschriebene Musical „Classmates“ in Darmstadt uraufgeführt. 2020 schloss sie als deutschlandweit Beste ihres Jahrgangs eine Ausbildung zur Handwerks-Buchbinderin ab. Seither hat sie Erfahrungen im Lokaljournalismus sowie beim Hörfunkprogramm hr2-kultur gesammelt. Richter betätigt sich in der Hochschulpolitik und als Lebensmittelretterin. Sie arbeitet studienbegleitend in der Studienstrukturentwicklung der JGU.



Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist Professor für Journalistik sowie Studiendekan an der Hochschule der Medien Stuttgart (HdM). Er studierte Journalistik und Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund. Von 2008 bis 2012 war er Professor für Verlagsmanagement im Studiengang Medienwirtschaft an der HdM. Rinsdorf war von 2018 bis 2022 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK). Seine Forschungsschwerpunkte sind Rezeptionsforschung, Redaktionsmanagement, Forschung und Entwicklung in Medienunternehmen sowie Medienmarken.



Ute Ritschel, geboren 1956, ist Kuratorin und Kulturanthropologin. Sie leitet seit 2009 das Internationale Waldkunst Zentrum in Darmstadt. 2002 war sie Gründungsmitglied des Vereins für Internationale Waldkunst e.V. und ist seitdem Vorsitzende des Zentrums für Kunst und Natur e.V. Seit 2008 ist sie Lehrbeauftragte an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Von 1995 bis 2015 war Ritschel Veranstalterin und Kuratorin der Kunstbiennale „Vogelfrei“ in Darmstädter Privatgärten und Parks. Sie kuratierte Waldkunstpfade und Waldkunstkonferenzen in Deutschland, den USA und China.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, ist Distinguished Senior Fellow am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Sie war Gründungsdirektorin und bis 2021 Wissenschaftliche Leiterin des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am KIT. Sie vertritt die Bundesrepublik im Advisory Council der Anna Lindh Stiftung, war Mitglied des Kulturbetriebs der deutschen UNESCO-Kommission und ist Mitglied des Forschungsbeirats des Instituts für Auslandsbeziehungen. Seit 2017 ist sie Mitglied und seit März 2020 Sprecherin des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dorothee Rodenhäuser, geboren 1983, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Forschung, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) e.V. mit Sitz in Heidelberg. Sie studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Lausanne. Ihre Forschungsschwerpunkte sind insbesondere Indikatoren gesellschaftlicher Wohlfahrt, Klimaschutz sowie Postwachstumsfragen im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation. Rodenhäuser ist Mitglied der Jury für das staatliche Umweltzeichen Blauer Engel.



Oberst i.G. Prof. Dr. Matthias Rogg, geboren 1963, ist seit 2013 Professor für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt Militärgeschichte an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Von 2017 bis 2021 war er Mitglied im kollegialen Vorstand des German Institute for Defence and Strategic Studies an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Nach seiner Offiziersausbildung studierte er Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und promovierte dort 1998. Von 2010 bis 2017 war er Direktor des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr in Dresden.



Dr. Michael Rose ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Nachhaltigkeitssteuerung der Leuphana Universität Lüneburg. Bis 2018 war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Wohlstands-Transformation Wuppertal“ und als Wissenschaftlicher Koordinator des Zentrums für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit an der Universität Wuppertal tätig. Rose studierte bis 2012 Politikwissenschaft an der Universität Bamberg und promovierte 2016 an der Universität Düsseldorf zur Theorie und Praxis der Vertretung zukünftiger Generationen in der heutigen Demokratie.

Foto: Brinkhoff-Moegenburg/Leuphana



Kai Rosenstein, geboren 1973, leitet seit 2019 den Bereich Kommunikation am Staatstheater Darmstadt. Er studierte Industrie-Design in Darmstadt und Manchester. 2010 gründete er die Agentur KRDK | Kai Rosenstein Designkultur und absolvierte 2012 das Masterstudium Design Cultures an der Züricher Hochschule der Künste. Rosenstein ist zudem als Dozent, Referent und Experte im Designbereich tätig und war Mitgründer der Plattform „social design archive“.



Prof. Dr. Ulrike Röttger, geboren 1966, ist seit 2003 Professorin für Public Relations-Forschung an der Universität Münster. Sie studierte Journalistik und Raumplanung und war Wissenschaftliche Mitarbeiterin an unterschiedlichen Hochschulen in Hannover, Hamburg und Zürich. Von 2008 bis 2010 war Röttger Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Lokale Kommunikation, Vertrauen und strategische Kommunikation, Nachhaltigkeitskommunikation. Seit 2019 gehört sie dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Katalin Saary, geboren 1964, leitet seit 2017 das Planungsbüro Mobilitätslösung in Darmstadt. Sie studierte an der Technischen Hochschule Darmstadt Bauingenieurwesen mit Vertiefung Verkehrswesen, Soziologie und Städtebau, war für verschiedene Planungsbüros tätig, zuletzt als Partnerin im Büro Verkehrslösungen. Saary engagiert sich in Fragen des öffentlichen Raums und des Verkehrs, so als Sachverständige im Verein Kinderfreundliche Kommunen. Sie ist aktiv bei der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) e.V. sowie bei FUSS e.V.



Sven Sabary, geboren 1971, ist seit 2022 stellvertretender Dekan des Evangelischen Dekanats Darmstadt. Sabary studierte Architektur und Städtebau in Aachen, Wien, Delft und Valencia. Als Architekt arbeitete er in verschiedenen Planungs- und Immobilienbüros, bevor er sein Zweitstudium der Theologie in Frankfurt, Marburg, Mainz und Rom absolvierte. Sein Vikariat leistete er in der Luthergemeinde Frankfurt und beim Präsidium der Diakonie Deutschland. Von 2013 bis 2022 war er Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Heusenstamm.



Alois M. Schäder, geboren 1928, ist Diplom-Ingenieur und Stifter. Nach dem Studium an der Darmstädter Staatsbauschule und der Technischen Hochschule Darmstadt war er freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung und gehörte bis 2022 dem Vorstand an. Schäder erhielt 2013 die Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und 2015 die Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. 2019 wurde ihm die Ehrensenatorenwürde der Technischen Universität Darmstadt und 2021 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.



Dr. Anne Schäfer, geboren 1989, ist seit 2020 Persönliche Referentin der Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt. Sie war von 2013 bis 2020 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung und an der Universität Mannheim, wo sie 2019 in Politikwissenschaft promovierte.



Dirk Scheelje, geboren 1964, ist Geschäftsführender Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V. und gewähltes Mitglied der deutschlandweiten Heinrich-Böll-Stiftung. Er ist Ratsmitglied und dort wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Kiel. Zudem ist Dirk Scheelje Vorsitzender des Kulturausschusses. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender des Kieler Seehafens und gehört unter anderem dem Verwaltungsrat des Theaters Kiels und dem Aufsichtsrat der Kieler Wirtschaftsförderung an.



Jan Peter Schemmel, geboren 1974, ist seit 2019 Sprecher der Geschäftsführung des Öko-Instituts e.V. in Berlin. Er studierte Politikwissenschaft und war ab 2001 Mitarbeiter der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, von 2010 bis 2013 als Landesdirektor in Mexiko. Ab 2009 und ab 2014 war er als Forschungsgruppenleiter bei der Stiftung Neue Verantwortung und bis 2019 als Abteilungsleiter Förderprogramme der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit tätig. Von 2015 bis 2019 leitete er parallel das Programmbüro der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums.



Kjell Schmidt, geboren 1981, ist seit 2016 Geschäftsführer der Regionalpark Rhein-Main gGmbH. Er war zuvor beim Landesbetrieb HessenForst und dort zuletzt als Referent des Projekts „Land mit Zukunft“ der Herbert Quandt-Stiftung und der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ tätig. Schmidt studierte Forstwirtschaft an den Hochschulen Rottenburg und Inverness sowie berufsbegleitend Business Administration an der Hochschule Mainz. Er war von 2011 bis 2014 stellvertretender Geschäftsführer des Naturparks Taunus. Seit 2022 ist Kjell Schmidt Mitglied des Stiftungsrates der Schader-Stiftung.



Rolf Schnauer, geboren 1998, studiert an der Universität zu Köln den Masterstudiengang Business Analytics and Econometrics. Zuvor absolvierte er an der Universität Kassel den Bachelorstudiengang Soziologie mit dem Nebenfach Wirtschaftswissenschaften. Schnauer war von August bis Oktober 2020 Praktikant der Schader-Stiftung. Zudem war er im Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg sowie als Erhebungsbeauftragter beim Zensus 2022 tätig.



Dr. Dieter Schneberger, geboren 1958, ist Redaktionsleiter des epd-Landesdienstes Mitte-West in Frankfurt am Main und Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik der Universität Mainz. Er studierte Publizistik, Politikwissenschaft und Englische Philologie an der Universität Mainz. Nach einer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach wurde Schneberger 1990 promoviert. Von 1989 bis 1990 absolvierte er ein Volontariat beim „Wiesbadener Kurier“ und war danach Politikredakteur bei der „Oberhessischen Presse“ in Marburg.



Dr. Jonas Schönefeld, geboren 1987, ist seit 2020 als Wissenschaftler am Institut Wohnen und Umwelt tätig. Er studierte Psychologie, Umweltstudien und Spanisch in den USA, dann Geographie und Umwelt in Oxford und promovierte am Tyndallzentrum für Klimaforschung der University of East Anglia. Von 2016 bis 2020 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Aktuell forscht er zur Anpassung hessischer Kommunen an den Klimawandel und zur nachhaltigen Entwicklung und den Handlungslogiken von Akteuren im Gebäudebereich.



Susanne Schröder-Bergen, geboren 1994, ist seit Anfang 2020 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin sowie stellvertretende Frauenbeauftragte am Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. In ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit Partizipation und sozialer Ungleichheit im freien Kartenprojekt OpenStreetMap. Sie studierte im Bachelor an der Universität Münster Geographie und Geoinformatik und im Master an der Universität Erlangen-Nürnberg Kulturgeographie. Schröder-Bergen war 2019 Praktikantin der Schader-Stiftung.



Tom Schüler, geboren 1963, ist Diplom-Sozialarbeiter und seit 2013 Leiter des Freiwilligenzentrums Darmstadt. Darüber hinaus ist er im Rahmen seiner weiteren Berufspraxis seit 1991 Mitarbeiter des Selbsthilfebüros Offenbach der Paritätischen Projekte gGmbH. In gleicher Trägerschaft war er lange Jahre in der ambulanten Wohnungslosenhilfe im Landkreis Offenbach tätig. An der Evangelischen Hochschule Darmstadt und der Hochschule Darmstadt lehrt er zu den Themen Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenzentren und Selbsthilfegruppen-Unterstützung.



Uwe Seibel, geboren 1966, ist Pfarrer und Referent für Gemeinwesenarbeit, sozialraumorientierte Arbeit und allgemeine Sozialarbeit sowie armutslindernde Dienste bei der Diakonie Hessen – Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck. Er studierte Evangelische Theologie in Wuppertal und Marburg. Bis 2009 war er Gemeindepfarrer in Kassel, seit 2012 versieht er Aufgaben für die Diakonie Hessen. Er ist im Vorstand des Landesverbands der Hessischen Tafeln und im Sprecherinnenkreis des Bundesnetzwerks Gemeinwesendiakonie tätig.



Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, ist seit 2008 Professor für das Lehrgebiet Gesellschaftlicher Wandel an der Hochschule Furtwangen und seit 2015 Forschungsprofessor für Transformative und Öffentliche Wissenschaft. Selke studierte zunächst Luft- und Raumfahrttechnik, dann Soziologie und promovierte im Fach Soziologie. Seine Forschungsinteressen sind Öffentliche Wissenschaft, soziale Utopien, Künstliche Intelligenz sowie Weltraumexploration aus gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive. Von 2014 bis 2020 war er Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Tatiana Soto Bermudez, geboren 1992, ist seit Mai 2021 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte in Kooperation mit IBM Wirtschaftsinformatik im Bachelor an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Mannheim. Später absolvierte Soto Bermudez ein Masterstudium der Umweltsystemwissenschaften mit Schwerpunkt Nachhaltigkeitsmanagement an der Karl-Franzens-Universität in Graz, Österreich. Bei der Schader-Stiftung ist sie im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ tätig und verantwortlich für die Darmstädter Tage der Transformation.



Luise Spieker, geboren 1992, ist seit 2022 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Zuvor war sie bereits als Volontärin in der Schader-Stiftung tätig. Spieker studierte im Bachelor Politikwissenschaft und Amerikanistik, dann Politische Theorie im Master-Kooperationsstudiengang der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt und absolvierte das Zertifikat Gender Studies des Cornelia Goethe Centrums. Aktuell schließt sie ihre Weiterbildung zur Stiftungsmanagerin an der Deutschen Stiftungsakademie ab.



Dr. Lea Stahel, geboren 1986, ist seit 2018 Postdoktorandin und Oberassistentin am Soziologischen Institut der Universität Zürich (UZH). Sie studierte Psychologie an der Universität Basel und im Master Politische Psychologie in Belfast. Danach war sie von 2011 bis 2012 bei einem freiwilligen Einsatz als Menschenrechtsbeobachterin in Israel und Palästina tätig. Ab 2012 arbeitete Stahel als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am UZH. Ihre Promotion erfolgte 2018. Schwerpunkte ihrer Forschung sind unter anderem Digitale Soziologie, Online-Aggression sowie Nutzerverhalten und Soziale Normen.

Foto: Claude Gasser, Zürich



Prof. Dr. Christian Stecker, geboren 1979, leitet seit 2021 den Arbeitsbereich „Politisches System Deutschlands und Vergleich politischer Systeme“ an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft in Potsdam und Canterbury und habilitierte 2018 in Mannheim. Von 2015 bis 2020 war er Research Fellow und Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Fragen des Designs von Demokratien, Eigenarten föderaler Systeme, die Funktionsweise von Minderheitsregierung und der Effekt des Populismus auf die Parlamente.



Prof. Dr. Christian Stegbauer, geboren 1960, ist außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Es folgten Tätigkeiten an der Technischen Universität Darmstadt, bei Nielsen-Marketing Research und an der Universität Frankfurt. Er ist Mitbegründer der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mitinitiator der Initiative interdisziplinäre Netzwerkforschung und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung.



Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, geboren 1957, ist Inhaberin des Büros Stein Stadt- und Regionalplanung. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund, wo sie 2006 zum Thema Lernende Stadtregion promovierte. Seit 2005 ist sie Honorarprofessorin für Kommunikation in der Planung an der Universität Kassel. Ihre Schwerpunkte sind Strategien für Städte und Regionen, Prozessgestaltung kooperativer Planung und Organisationsentwicklung in planenden Institutionen, unter anderem der Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier. Sie gehört seit 2020 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Vanessa Strickstock, geboren 2000, studiert den Bachelorstudiengang Politikwissenschaft mit Nebenfach Gender Studies an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie war Mitarbeiterin des Schulprojekts „Demokratie & Teilhabe“ der ZuBaKa gGmbH und engagiert sich ehrenamtlich, so im Netzwerk Über den Tellerrand e.V. Ihre Schwerpunkte sind Demokratieförderung, Nachhaltige Entwicklung und Friedensforschung. Von Oktober bis Dezember 2022 absolviert sie ein Praktikum bei der Schader-Stiftung.



Laurin Strößenreuther war 2019 Gründerin und ist CEO der LEADERSHIP RHEIN-MAIN – Netzwerk auf Augenhöhe gUG mit kreativen „experiential learning“ Bildungsangeboten für Führungskräfte aus dem öffentlichen, privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Bereich. Sie absolvierte 1991 ihren Bachelor of Science in Psychologie an der Duke University in Durham, USA, und 1997 ihren Master in International Business Studies an der University of South Carolina. Es folgten mehr als 20 Jahre als Führungskraft in den internationalen Pharmaunternehmen Hoechst, Aventis, Sanofi, Novartis und Merck.



Dr. Meriem Tazir, geboren 1973, ist Bauingenieurin und Geschäftsführerin der eco impact experts GmbH & Co KG. Das Unternehmen berät in strategischen und technischen Nachhaltigkeitsfragen, Nachhaltigkeitsberichterstattung und Innovation. Tazir studierte an der Technischen Universität Darmstadt und erwarb einen Master of Business Administration an der University of Edinburgh Business School. Sie promovierte zum Thema Nachhaltigkeit und unternehmerische Wertschöpfung. Seit 1999 ist sie international im Bereich Nachhaltigkeitsstrategien, Risiko- und Innovationsmanagement tätig.



Philipp Thoma, geboren 1979, ist seit 2017 Bürgermeister der Gemeinde Fischbachtal. Thoma ist Bankkaufmann und studierte Wirtschaftspädagogik an der Uni Konstanz mit Abschluss Diplom-Handelslehrer. Von 2006 bis 2017 unterrichtete er an einer Beruflichen Schule. Von 2014 bis 2017 war er zudem an das Staatliche Schulamt für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis abgeordnet. Thoma gehört seit 2019 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an, seit 2022 als dessen stellvertretender Vorsitzender. Er ist außerdem Mitglied im Finanzausschuss des Hessischen Städte- und Gemeindebundes.



Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist seit 2016 Professor für Entwicklungspsychologie an der Leibniz Universität Hannover. Er studierte in Greifswald Psychologie und promovierte an der Universität Jena. Bis 2015 war er Assistenzprofessor für Lebenslauf und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter an der Universität Zürich, dann Professor für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Seine Forschung bezieht sich vor allem auf den Kontext von Migration, Akkulturation und normativer Entwicklung. Er gehört seit 2021 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Canan Topçu, geboren 1965, ist Dozentin, Journalistin und Moderatorin mit Schwerpunkt auf den Themen Migration, Integration, Partizipation, Medien, Islam und muslimisches Leben in Deutschland. Sie studierte Geschichte und Literaturwissenschaft an der Universität Hannover. Topçu lehrt an der Hochschule Darmstadt und an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Sie veröffentlicht regelmäßig, führt Lesungen zu eigenen Publikationen und – unter anderem mit der Schader-Stiftung – Kulturelle Salons durch.



Rolf Toyka, geboren 1950, ist Berater mit dem Schwerpunkt Kommunikation im Themenfeld Architektur und Städtebau. Der diplomierte Architekt war bis 2015 Geschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und Leiter der Akademie der AKH. Er studierte an der Technischen Universität Braunschweig und der ETH Zürich. Toyka war als Architekt in Architekturbüros und als Stadtbaumeister tätig. Er hatte Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen inne, zuletzt für Marketing und PR für Architekten an der Fachhochschule Frankfurt, und ist Autor von Fach-, Schul- und Kindersachbüchern.



Anna-Lena Treitz, geboren 1996, ist seit 2018 Studentische Mitarbeiterin der Schader-Stiftung. Seit 2019 verantwortet sie schwerpunktmäßig die Organisation des Großen Konvents und des Kleinen Konvents (Wissenschaftlicher Beirat) der Stiftung und ist seit 2020 Moderatorin des Podcasts „In guter Gesellschaft“. Treitz studierte Soziologie und Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, schloss mit dem Bachelor ab und beendet dort aktuell ihr Masterstudium im Fach Soziologie.



Prof. Dr. Georg Vobruba, geboren 1948, war von 1992 bis 2013 Professor am Institut für Soziologie an der Universität Leipzig. Sein Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Soziologie absolvierte er an den Universitäten Wien und Freiburg im Breisgau. Nach Stationen am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und am Hamburger Institut für Sozialforschung folgten Lehrstuhlvertretungen an der Universität Kiel und an der Universität Oldenburg. Von 2007 bis 2017 war er Mitglied des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.



Caroline Walter, geboren 1997, studiert im Master Stadtgeographie an der Universität Heidelberg. Ihren Bachelor absolvierte sie am Heidelberg Center for American Studies. Seit Januar 2021 arbeitet sie als Studentische Hilfskraft in der AG Stadtgeographie des Geographischen Instituts und unterstützt daneben ein Mannheimer Moderationsunternehmen bei der Begleitung von Beteiligungsprozessen. Zwischen 2018 und 2022 war sie als Studentische Hilfskraft am Heidelberg Center for American Studies in der Veranstaltungsorganisation tätig.



Tim Weinert, geboren 1982, ist Mitgründer und -gesellschafter der now-work GbR und dort als Nachhaltigkeitsberater, Organisationsbegleiter und Moderator tätig. Überdies ist er seit 2019 Lehrbeauftragter an der Hochschule Fresenius und seit 2021 an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen an der Hochschule Bremen und erwarb anschließend seinen Master in Business Administration an der Universität Lüneburg. Zudem ist er Mitglied des Gemeinwohl-Ökonomie Baden-Württemberg e.V. und des Soziokratie Zentrum Bodensee e.V.



Dennis Weis, geboren 1987, ist seit 2018 Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung und schwerpunktmäßig verantwortlich für das Projekt „Kultur leben. Vielfalt und Integrationspotenziale in Rhein-Main und Hessen“. Er betreut weitere Projekte zu Politik und internationalen Beziehungen sowie den Podcast „In guter Gesellschaft“ und die Social-Media-Kanäle. Weis studierte Internationale Entwicklung an der Universität Wien und schloss seinen Master im Fach International Public Management and Policy an der Erasmus Universität zu Rotterdam ab.



Jurek Werth, geboren 1988, ist Inhaber des Planungsbüros social.form für Projektentwicklung, Raum und Aktion in Darmstadt. Nach einer Tischlerlehre und dem Studium der Architektur an der Technischen Universität Darmstadt und an der Royal Danish Academy of Fine Arts – KADK gründete er 2018 mit Partnern das Gestaltungskollektiv DIESE Studio, das bis 2021 in Darmstadt tätig war. 2018 war er Initiator und Leiter der freien Summer School Bauwhat? und ist seit 2020 Lehrbeauftragter am Fachbereich Architektur an der Technischen Universität Darmstadt.



Dr. Birgit Wetzel, geboren 1955, ist freie Wirtschaftsjournalistin. Ihr Studium der Slawistik, Amerikanistik, Wirtschaft und Geschichte mit anschließender Promotion absolvierte sie an der Universität Hamburg und der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet für TV-, Hörfunk-, Print- und Onlinemedien im In- und Ausland über Energiethemen, Wirtschaft und Politik. Zudem war sie unter anderem in Usbekistan langjährig als Trainerin im Bereich Journalismus tätig. Sie engagiert sich für Schüleraustausche mit Osteuropa, Russland, dem Kaukasus und Zentralasien.



Karsten Wiegand, geboren 1972, ist seit 2014 Intendant des Staatstheaters Darmstadt. Er studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre in München und Berlin. Als Dramaturg für Schauspiel und Musiktheater begann seine Laufbahn am Hans Otto Theater in Potsdam. Er arbeitete anschließend als freier Regisseur unter anderem am Theater Bremen, an der Oper Hannover, dem Staatsschauspiel und der Staatsoper Stuttgart und der Staatsoper Berlin. Von 2008 bis 2013 war er Operndirektor des Deutschen Nationaltheaters Weimar. 2001 erhielt Wiegand den Bayerischen Theaterpreis.



Torsten Windels, geboren 1963, ist seit 2018 selbstständiger Ökonom. Stationen nach seinem Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hannover waren die Niedersächsische Staatskanzlei und die Norddeutsche Landesbank. Dort war er unter anderem als Leiter der Zentralen Wertpapierberatung und der Abteilung Research sowie von 2007 bis 2018 als Chefvolkswirt tätig. Er ist Mitglied der Initiative Niedersächsischer Ethikrat, der Forschungsgruppe für Strukturwandel und Finanzpolitik sowie Vorstand und seit 2022 stellvertretender Vorsitzender des Vereins Monetärer Workshop e.V.



Berthold Winkler, geboren 1952, ist seit 2015 Lehrbeauftragter am Karlsruher Institut für Technologie und freiberuflich Coach, Supervisor und Logotherapeut. Er studierte Katholische Theologie an der Universität Tübingen und Sozialpädagogik an der Hochschule Reutlingen. Von 1979 bis 1984 war er Referent für Mitarbeiterfortbildung der Diözese Rottenburg-Stuttgart und von 1984 bis 2010 leitete er die Katholischen Bildungswerke Stuttgart und Böblingen. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der ZauberBergSchule eG in Karlsruhe und „Transformations-Mentor“ für Organisationsentwicklungen in Klöstern.



Prof. Dr.-Ing. Axel Wolfermann, geboren 1977, ist seit 2017 Professor für Verkehrswesen am Fachbereich Bau- und Umweltingenieurwesen der Hochschule Darmstadt. Er studierte Bauingenieurwesen und promovierte in Verkehrstechnik an der Technischen Universität Darmstadt. Von 2011 bis 2017 war Wolfermann Mitarbeiter am Institut für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Berlin. Seine Schwerpunkte sind nachhaltige Verkehrsplanung, städtischer Wirtschaftsverkehr und die Anwendung transdisziplinärer Ansätze zur Förderung der Mobilitätswende.



Karin Wolff, geboren 1959, ist seit 2019 Geschäftsführerin der Gemeinnützigen Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH. Sie studierte Geschichte und Theologie in Mainz und Marburg. Von 1995 bis 2019 war Wolff Landtagsabgeordnete, von 1999 bis 2008 Hessische Kultusministerin und von 2003 bis 2008 stellvertretende Ministerpräsidentin, zudem ab 1989 mehrfach Stadtverordnete der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie gehört dem Kuratorium der Evangelischen Hochschule Darmstadt an. Seit 2014 war sie Mitglied und von 2018 bis 2022 stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrats der Schader-Stiftung.



Dr. Jürgen Wüst, geboren 1965, ist Referent für frühkindliche Bildung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Nach dem Studium der Politischen Wissenschaft, Germanistik und Evangelischen Theologie begleitete er Projekte in den Bereichen Bildungs-, Familien- und Beteiligungspolitik, so als Seniorberater des Instituts für Organisationskommunikation und als Referent am Staatsinstitut für Frühpädagogik. Von 2014 bis 2021 war er als Abteilungsleiter der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie für die Projektarbeit in Deutschland zuständig.



Prof. Dr. Hanna Zapp ist selbstständige Beraterin in den Bereichen Strategieentwicklung, Mediation und Coaching. Sie absolvierte ein Studium in Evangelischer Theologie, Philosophie und Germanistik und promovierte an der Universität Koblenz-Landau in den Fächern Pädagogik und Soziologie. Als Oberkirchenrätin war sie Leiterin der Personal- und Organisationsentwicklung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Von 2010 bis 2020 lehrte sie in den Studiengängen Integrative Heilpädagogik und Management in Sozialen Organisationen an der Evangelischen Hochschule Darmstadt.



Prof. Dr. Ulrike Zeigermann, geboren 1987, ist seit Mai 2022 Juniorprofessorin für sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung an der Universität Würzburg. Sie studierte Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Europastudien in Münster sowie am Institut d'Études Politiques Lille und absolvierte den Master im Fach Human Rights an der London School of Economics and Political Science. Ihre Promotion erfolgte 2017 an der Universität Münster. Zeigermann war unter anderem als Gastwissenschaftlerin an der Sciences Po Paris und als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Magdeburg tätig.

9

Wahl zum Kleinen Konvent



Die Mitglieder des Großen Konvents wählen jeweils bei ihrer Jahrestagung im November aus den Reihen der Gesellschaftswissenschaftler*innen einen Kleinen Konvent, der als zentrales Beratungs- und Begutachtungsgremium die Aufgabe hat, mit dem Vorstand gemeinsam die kommende Konventstagung vorzubereiten, Kooperationsanträge zu begutachten und die Stiftung in wissenschaftlichen Fragen zu beraten.

Der Kleine Konvent besteht aus sechs Personen und soll ein weiteres Mitglied als Vertretung der nächsten akademischen Generation kooptieren. Am 29. Oktober 2021 wurden drei Mitglieder des Kleinen Konvents durch den Großen Konvent für die Amtszeit 2022/23 bestätigt und ein Mitglied wurde neu gewählt als Nachfolger für Frau Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, die bedauerlicherweise aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Kleinen Konvent ausgeschieden ist:

- *Prof. Anselm Hager Ph.D.*
Humboldt-Universität zu Berlin
- *Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha*
KIT-Distinguished Senior Fellow
- *Prof. Dr. Ulrike Röttger*
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
- *Prof. Dr. Peter F. Titzmann*
Leibniz Universität Hannover

Die Wahl zum Kleinen Konvent unterliegt gemäß der Geschäftsordnung der Schader-Stiftung (GO 2.3) folgenden Grundregeln:

- Wählbar sind Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler im Verständnis von § 2 (2) der Satzung.
- Es muss mindestens je ein Mitglied des Kleinen Konvents dem Bereich der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft angehören.
- Es dürfen nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder des Kleinen Konvents einer Hochschule oder einem Institut angehören.

- Gewählt werden immer drei Mitglieder auf jeweils zwei Jahre.
- Das passive Wahlrecht ist nicht an die Präsenz bei der Tagung des Großen Konvents gebunden.
- Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich während der Tagung des Großen Konvents wahrgenommen werden.
- Um gewählt zu werden, muss eine Person mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreichen.
- Eine direkte Wiederwahl ist zweimalig möglich.
- Die Wahlliste wird von Vorstand und amtierendem Kleinen Konvent aufgestellt.

Eine Aufgabe des Kleinen Konvents ist es, ein Mitglied der nächsten akademischen Generation aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften zu kooptieren. Für dieses stimmberechtigte Mitglied gilt eine Berufungszeit von zwei Jahren.

Im Oktober 2021 wurde als Mitglied der nächsten akademischen Generation für die Amtszeit 2022/23 in den Kleinen Konvent kooptiert:

- *Dr. Marilena Geugjes*
Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit, Wiesbaden

Die Wahl zum Kleinen Konvent wurde ordnungsgemäß während der Jahrestagung des Großen Konvents am 4. November 2022 vollzogen. Im Fall von Roger Häußling (er gehört dem Kleinen Konvent seit 2020 an), Ursula Stein (seit 2020) und Peter F. Titzmann (seit 2021) fand eine Wiederwahl statt.

Die Kandidierenden hatten Gelegenheit, sich persönlich vorzustellen. Die Wahlbeteiligung lag bei 75 Prozent. Jedes Mitglied des Großen Konvents hatte drei Stimmen. Dabei entfielen auf die Kandidierenden Stimmen in folgender prozentualer Verteilung:

Prof. Dr. Roger Häußling	84 %
Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein	88 %
Prof. Dr. Peter F. Titzmann	89 %

Prof. Dr. Roger Häußling, geboren 1969, ist seit 2009 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Technik- und Organisationssoziologie an der RWTH Aachen. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen, Philosophie und Soziologie in Siegen und Karlsruhe. Von 2002 bis 2003 war er Fellow der Akademie Schloss Solitude Stuttgart. Seine Schwerpunkte umfassen die Bereiche Innovationsforschung, Digitale Soziologie sowie Relationale Soziologie. Er ist Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung (DGNet). Seit 2020 ist Roger Häußling Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.

*„Über die Netzwerkforschung bin ich mit der Schader-Stiftung in Berührung gekommen. Wir haben gesehen, dass wir als interdisziplinäre und transdisziplinäre Gruppe hier einen enorm profitablen Ort haben. Die Themen, die uns bewegen, werden hier kommuniziert. Wenn ich mich als Innovationsforscher mit Ingenieur*innen oder Informatiker*innen unterhalte, dann geht es um die Fragestellung, wie technische Innovation sozial gedacht werden kann. Und da ist die Übermittlung wissenschaftlichen Wissens in die Gesellschaft absolut entscheidend. Deswegen möchte ich gerne im Kleinen Konvent weiter daran arbeiten, wichtige Themen zu identifizieren, die für morgen zu diskutieren sind.“*

Prof. Dr. Roger Häußling

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, geboren 1957, ist Inhaberin des Büros Stein Stadt- und Regionalplanung. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund, wo sie 2006 zum Thema Lernende Stadtregion promovierte. Seit 2005 ist sie Honorarprofessorin für Kommunikation in der Planung an der Universität Kassel. Ihre Schwerpunkte sind Strategien für Städte und Regionen, Prozessgestaltung kooperativer Planung und Organisationsentwicklung in planenden Institutionen, unter anderem der Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier. Im November 2022 wurde sie zur Vorsitzenden der Landesgruppe Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) gewählt. Sie gehört seit 2020 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

„Mit meinem Büro erarbeite ich Strategien und Konzepte für Städte und Regionen. Das hat viele Schnittpunkte mit dem, was die Schader-Stiftung tut, unter anderem in der Kooperation mit der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. So war der Workshop ‚Innovative Formate der Planungskommunikation‘ ein typisches Beispiel für interdisziplinäre, sektorenübergreifende Zusammenarbeit in der Schader-Stiftung. Das ist etwas, was die Stiftung für mich repräsentiert: Offenes, demokratisch orientiertes und innovationsorientiertes Denken – und das Ziel, ein Teil der gesellschaftlichen Transformation zu sein, indem die Stiftung als Treib- und Transmissionsriemen fungiert. Das würde ich gerne weiterhin befördern. Die ersten zwei Jahre im Kleinen Konvent waren überaus spannend und interessant. Ich würde mich freuen, wenn ich das fortsetzen darf.“

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein

Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist seit 2016 Professor für Entwicklungspsychologie an der Leibniz Universität Hannover. Er studierte in Greifswald Psychologie und promovierte an der Universität Jena. Bis 2015 war er Assistenzprofessor für Lebenslauf und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter an der Universität Zürich, dann Professor für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Seine Forschung bezieht sich vor allem auf den Kontext von Migration, Akkulturation und normativer Entwicklung. Er gehört seit 2021 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

„Wenn man sich mit dem Thema Migration im Jugendalter beschäftigt, wird klar, dass dies ein sehr vielschichtiges Thema ist, welches sich über disziplinäre Grenzen erstreckt. Die Schader-Stiftung repräsentiert genau diese interdisziplinäre Zusammenarbeit aus meiner Sicht sehr deutlich. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Das Thema Migration wird gesellschaftlich spezifisch diskutiert und damit auch anders, als es im wissenschaftlichen Kontext stattfindet. Ich glaube, dass die Schader-Stiftung dadurch Enormes leisten kann. Die Stiftung betreibt damit eine Arbeit, die ich gesellschaftlich wichtig finde. Das ist auch meine Motivation, die Schader-Stiftung zu unterstützen, weswegen ich mich freuen würde, wenn ich das weiterhin tun dürfte.“

Prof. Dr. Peter F. Titzmann



Vorstand und Kleiner Konvent der Schader-Stiftung danken dem Team der Geschäftsstelle für die Durchführung des Großen Konvents 2022. Im Bild (v.l.n.r.): Verena Frühauf, Anna-Lena Treitz, Michelle Pfeiffer, Simone Munding, Christopher Hamich, Aylin Klisura, Alexander Hinz, Luca Müller, Vanessa Strickstock, Alla Stoll, Alexander Gemeinhardt, Johanna Lanio, Hanna Santelmann, Özlem Zahra Eren, Rolf Schnauffer, Luise Spieker, Laura Pauli, Désirée Nothnagel, Till Miethe, Tatiana Soto Bermudez, Dennis Weis, Justus Heinecker

Zum zehnten Mal trafen sich beim Großen Konvent Partner*innen der Schader-Stiftung. Ihr Blick auf gesellschaftliche Herausforderungen und gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven konfrontiert die Stiftung mit ihrem Auftrag der Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Aufgrund dieser gemeinsamen Standortbestimmung wird das Jahr 2023 unter dem Konventsthema „Balancen“ stehen.

Der diesjährige Große Konvent tagte am 4. November 2022. Diskussionsthemen waren, welche Ungleichgewichte die gesellschaftliche Gegenwart prägen und wie Versuche des Austarierens aussehen. Wir fragten, wo Ausgewogenheit überhaupt ein Ziel sein sollte und wo Kompromisse faul sind. In Expert*innengesprächen, den Impulsvorträgen und in Dialog-Cafés wurde die Balance zwischen Emotionen und Rationalität, der öffentliche Umgang mit multiplen Krisen sowie (un-)gleiche Zugänge und Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen innerhalb von Kultur beleuchtet. Diskutiert wurde über das Verhältnis von Arbeit und anderen Lebensinhalten, über Formen der Aushandlung und Entscheidungsfindung und die Frage, wie Mensch und Natur zueinander stehen.

Die vorliegende Dokumentation informiert über den Großen Konvent 2022, die Teilnehmenden und die Wahl zum Kleinen Konvent.

Weitere Informationen unter www.schader-stiftung.de/GrKo22

ISBN 978-3-932736-59-9